



Plenum

149. Sitzung

München, Dienstag, 4. Juli 2023, 14:00 bis 20:33 Uhr

Nachruf auf die ehemaligen Abgeordneten **Franz Xaver Werkstetter** und **Blasius Thätter**..... 21266

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten **Johannes Becher, Hans Herold** und **Volkmar Halbleib**..... 21267

Regierungserklärung des Staatsministers der Finanzen und für Heimat
"Schluss mit der Umverteilung auf Kosten Bayerns - wir brauchen einen fairen 'Finanzkraftausgleich'!"

Staatsminister Albert Füracker..... 21267
Tim Pargent (GRÜNE)..... 21272
Josef Zellmeier (CSU)..... 21275
Katrin Ebner-Steiner (AfD)..... 21279 21281
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER)..... 21281 21284
Toni Schuberl (GRÜNE)..... 21284
Florian von Brunn (SPD)..... 21285 21294
Martin Hagen (FDP)..... 21287
Christian Kligen (fraktionslos)..... 21289
Raimund Swoboda (fraktionslos)..... 21290 21291
Michael Hofmann (CSU)..... 21291 21293 21295
Harald Güller (SPD)..... 21295 21297
Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU)..... 21296
Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP)..... 21297 21298

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion

"Sicher in Bayern - Schützen, Helfen, Retten"

Tobias Reiß (CSU)..... 21299
Katharina Schulze (GRÜNE)..... 21301
Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER)..... 21304
Roland Magerl (AfD)..... 21306
Stefan Schuster (SPD)..... 21308
Alexander Muthmann (FDP)..... 21310

Alfred Grob (CSU).....	21311	21313
Andreas Krahl (GRÜNE).....		21313
Norbert Dünkel (CSU).....		21315
Manfred Ländner (CSU).....		21316
Staatsminister Joachim Herrmann.....		21317

Abstimmung**über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Beschluss.....		21320
----------------	--	-------

Wahl**der Präsidentin bzw. des Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs**

Geheime Wahl.....		21320
Ergebnis.....		21328

Wahl**einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags**

Uli Henkel (AfD).....		21321
Ulrich Singer (AfD).....		21323
Geheime Wahl.....		21324
Ergebnis.....		21332

Wahl**eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums**

Ralf Stadler (AfD).....		21325
Andreas Winhart (AfD).....		21326
Geheime Wahl.....		21327
Ergebnis.....		21333

Bericht**der Vorsitzenden der Kinderkommission**

Tanja Schorer-Dremel (CSU).....	21328	21340
Johannes Becher (GRÜNE).....		21333
Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER).....		21335
Katrin Ebner-Steiner (AfD).....		21336
Doris Rauscher (SPD).....		21337
Julika Sandt (FDP).....		21339

Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Helmut Markwort, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
zur Änderung des Bayerischen Rundfunkgesetzes und des Bayerischen Mediengesetzes (Drs. 18/24731)
- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Wissenschaftsausschusses (Drs. 18/29468)

Helmut Markwort (FDP).....	21342	21343
Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD).....	21343	21349 21350
Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU).....	21344	21346
Uli Henkel (AfD).....	21345	21346
Susanne Kurz (GRÜNE).....		21346
Alexander Hold (FREIE WÄHLER).....	21348	21350
Inge Aures (SPD).....		21351
Beschluss.....		21352

Bericht
der Vorsitzenden des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE).....	21352	21362 21368
Dr. Harald Schwartz (CSU).....		21360
Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER).....		21364
Martin Böhm (AfD).....		21365
Alexandra Hiersemann (SPD).....	21366	21368
Albert Duin (FDP).....		21369

Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Energieeffizienz von Flüchtlingsunterkünften durchsetzen
(Drs. 18/28434)

Beschlussempfehlung des Bauausschusses (Drs. 18/29305)

Martin Böhm (AfD).....		21370
Jochen Kohler (CSU).....		21372
Ursula Sowa (GRÜNE).....		21372
Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER).....		21373
Inge Aures (SPD).....		21373
Sebastian Körber (FDP).....		21373
Beschluss.....		21373
Schluss der Sitzung.....		21373

(Beginn: 14:01 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 149. Voll-sitzung des Bayerischen Landtags und weise darauf hin, dass die Regierungserklärung sowie die anschließende Aussprache von BR24 live übertragen werden.

Zu Beginn der Sitzung bitte ich Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 11. Juni ist im Alter von 90 Jahren Franz Xaver Werkstetter verstorben. Er ge-hörte dem Bayerischen Landtag von 1977 bis 1990 an und vertrat die CSU zu-nächst im Wahlkreis Oberbayern und dann im Stimmkreis Berchtesgadener Land. Franz Xaver Werkstetter unterrichtete zunächst an Berufsschulen in Pfaffenhofen und Freilassing. Er stieg auf bis zum Studiendirektor und wurde schließlich Leiter der Außenstelle Bad Reichenhall der Berufsschule im Kreis Berchtesgadener Land.

Neben seiner schulischen Tätigkeit engagierte er sich in der Kommunalpolitik im Stadtrat von Freilassing, im Kreistag des Landkreises Laufen und dann im Kreistag Berchtesgadener Land.

1977 zog er in den Bayerischen Landtag ein und war in den folgenden Legislatur-perioden insbesondere Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen.

Im Ehrenamt war Franz Xaver Werkstetter Bezirksvorsitzender der Oberbayeri-schen Verkehrswacht sowie stellvertretender Landesvorsitzender der Landesver-kehrswacht Bayern und Präsident des Bayerischen Skibobverbands.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag engagierte er sich als Gründungsmit-glied intensiv in der Europa-Union Berchtesgadener Land. Für sein langjähriges politisches und gesellschaftliches Wirken wurde er unter anderem mit der Verfas-sungsmedaille ausgezeichnet, mit dem Bayerischen Verdienstorden, dem Bundes-verdienstkreuz 1. Klasse sowie mit dem Kavalierekreuz des Verdienstordens der Republik Polen. – Der Bayerische Landtag trauert mit seinen Angehörigen und wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.

Am 22. Juni ist im Alter von 87 Jahren Blasius Thätter verstorben. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1994 bis 2008 an und vertrat die CSU im Stimmkreis Da-chau. Blasius Thätter war zunächst Volksschullehrer, Altphilologe und Germanist. Nach dem Tod seines Vaters übernahm er jedoch dessen Baufirma und qualifizierte sich zusätzlich zum Meister im Zimmerer- und Betonbauhandwerk.

Doch Blasius Thätter war Pädagoge aus Leidenschaft, und so wandte er sich Ende der Siebzigerjahre wieder der Sonderpädagogik zu und wurde neben der Arbeit für die Baufirma Sonderschullehrer an der Kreissonderschule Dachau.

Und er ging in die Politik: Er war 35 Jahre Mitglied im Gemeinderat Erdweg, zeit-weise als 2. Bürgermeister. 24 Jahre war er im Kreistag Dachau und 14 Jahre im Bayerischen Landtag. Ich durfte seine Sitznachbarin sein. – Er war insbesondere Mitglied im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport und legte seinen Schwer-punkt auf seine Herzensthemen, die Förderschulen und die Integration bzw. die In-klusion.

Ehrenamtlich gehörte er vielen Vereinen in Kultur und Sport auf Gemeinde- und Kreisebene an. Erst 2022 wurde er mit der Erdweger Ehrenbürgerschaft geehrt. Zudem wurde er für seinen großen politischen und gesellschaftlichen Einsatz unter

anderem mit der Verfassungsmedaille und dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet. – Der Bayerische Landtag trauert mit seinen Angehörigen und wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.

Sie haben sich zum Gedenken an die Verstorbenen von den Plätzen erhoben. Vielen herzlichen Dank. –

Zu Beginn der Sitzung möchte ich aber auch den Geburtstagskindern herzlich gratulieren: Am 2. Juli hatte der Kollege Johannes Becher einen halbrunden Geburtstag und heute feiern zwei Kollegen, Hans Herold und Volkmar Halbleib, Geburtstag. – Allen Geburtstagskindern alles Gute, Gottes Segen und gutes Wirken in Ihrem politischen Mandat!

(Allgemeiner Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, weise ich darauf hin, dass im Laufe der heutigen Sitzung drei Wahlen stattfinden: die Wahl der Präsidentin des Bayerischen Obersten Rechnungshofes, die Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags sowie die Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums. Alle Wahlen finden mit Namenskarte und Stimmzettel statt. Sie wissen, dass die Stimmkartentasche bei Ihnen in den Fächern liegt, und ich bitte Sie, diese vorher abzuholen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung des Staatsministers der Finanzen und für Heimat

"Schluss mit der Umverteilung auf Kosten Bayerns - wir brauchen einen fairen 'Finanzkraftausgleich'!"

Damit erteile ich dem Staatsminister Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Leistung muss sich lohnen – eine Maxime, die in Bayern in besonderer Weise gilt, auch für unsere Politik. Der Finanzkraftausgleich, über den wir heute sprechen, stellt leider das Gegenteil dar. Andere freuen sich schon darüber, machen sich gar lustig. Der Kabarettist und Sänger Thomas Pigor hat es auf den Punkt gebracht. In seinem Lied über Berlin hat er gedichtet: "Die anderen werden kreidebleich beim nächsten Länderfinanzausgleich. Det iss'n Grund zum Feiern. Wir sind verrückt, und unsere Schulden zahlen die Bayern." – So kann es nicht weitergehen, meine Damen und Herren.

Deswegen haben wir heute im Ministerrat beschlossen, dass der bundesstaatliche Finanzkraftausgleich dem Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung vorgelegt werden muss. Das ist kein Zeichen fehlender Solidarität. Wir stehen zum Finanzkraftausgleich als Bestandteil der bundesstaatlichen Finanzordnung, aber eben bitte fair.

Der Finanzkraftausgleich hat mittlerweile ein Rekordvolumen erreicht: 18,5 Milliarden Euro wurden im Jahr 2022 umverteilt; davon zahlte Bayern alleine 9,8 Milliarden Euro. Das ist ein Rekord, ein Spitzenwert. Zur Solidarität wiederhole ich folgende Zahlen: Seit es Ausgleichssysteme dieser Art zwischen den Bundesländern gibt, seit etwa 1950, hat der Freistaat Bayern insgesamt 3,4 Milliarden Euro von anderen Bundesländern erhalten und 108 Milliarden Euro bezahlt. Wenn wir jetzt 2022 knapp 10 Milliarden Euro über Jahre hinweg – immer etwas mehr als die Hälfte – bezahlt haben, dann haben wir unsere Solidarität längst unter Beweis gestellt, meine Damen und Herren. Solidarität kann aber nicht bedeuten, dass die einen quasi nicht darauf achten müssen, wie sie sich auch selbst in die Lage ver-

setzen, die Einnahmen zu erhöhen, weil eben die anderen bezahlen. Deswegen müssen wir uns nicht mangelnder Solidarität bezichtigen lassen. Diese Ungerechtigkeit ist mit Händen greifbar, meine Damen und Herren. – Wenn es einen Verhandlungsweg gäbe, wäre das super. Gestern haben die GRÜNEN in Bayern erstmals überhaupt, seit ich mich politisch interessiere, eingeräumt, dass es schon ein bisschen viel ist, was wir da zu bezahlen haben.

(Beifall bei der CSU)

Da müsste doch jetzt endlich der Verhandlungsweg beschritten werden. – Ich habe geantwortet, dass man sich seitens der bayerischen GRÜNEN bei den anderen grün-regierten Ländern natürlich gerne einsetzen kann, um den Verhandlungsweg zu eröffnen. Gerade vor einer halben Stunde habe ich eine Mitteilung über eine Pressemitteilung von zwölf deutschen Ländern gelesen, in denen teilweise die GRÜNEN mitregieren. Darin steht kein Wort von Verhandlungen. Vielmehr steht dort nur, wir seien unsolidarisch. Das ist immer die gleiche Leier. Es gibt keine Verhandlungsbereitschaft, lieber Herr Hartmann. Sie können gerne bei den grün-regierten Bundesländern dafür werben. Das ist aber einfach utopisch. Drei, vier, fünf Länder bezahlen, und elf, zwölf, dreizehn nehmen, kassieren. Da können Sie lange verhandeln. Wenn sich 16 treffen und 4 davon zahlen, geht jede Abstimmung bestenfalls 4 : 12 aus. Das ist die Realität.

Deshalb sind wir auf verschiedener Seite schon tätig geworden. Wir haben appelliert, dass die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu verhandelt werden müssen; wir haben mehrfach appelliert, dass die Länder-Finanzbeziehungen neu verhandelt werden müssen. Bislang ist alles verhallt. Im Übrigen: Dinge, die verfassungswidrig sind, lassen sich auch durch weitere Verhandlungen allein nicht verfassungskonform machen. – Es geht um Strukturen, meine Damen und Herren. Jetzt geht es nicht darum, ein bisschen Kosmetik zu betreiben. Die Strukturen müssen hinterfragt und müssen dem Verfassungsgericht vorgelegt werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es geht um bizarre und paradoxe Ergebnisse aufgrund dieser Strukturen. Ich kann dem bayerischen Steuerzahler viele dieser Dinge nicht mehr erklären. Der Finanzkraftausgleich ist sehr komplex. Es gibt aber einige sehr anschauliche Beispiele. Ich bitte darum, sich diese Beispiele in aller Sachlichkeit und Ruhe anzuhören und nicht immer nur zu sagen, wir in Bayern wollten unsolidarisch sein.

Ein Beispiel ist die Normierung der Grunderwerbsteuer. Normalerweise fließen Steuereinnahmen mit ihren Ist-Aufkommen in den Finanzkraftausgleich ein. Anders ist es bei der Grunderwerbsteuer: Hier gilt ein durchschnittlicher Satz, mit dem die Bundesländer in Deutschland die Steuern erheben. Das heißt: Je höher die Steuersätze in den Ländern sind, umso höher ist der maßgebliche Durchschnittssteuersatz. In Bayern haben wir bei der Grunderwerbsteuer mit 3,5 % den niedrigsten Steuersatz, weil wir Menschen entlasten wollen, die sich zum Beispiel selber Eigentum schaffen wollen. Dafür, dass wir den niedrigsten Steuersatz haben, werden wir beim Finanzkraftausgleich geradezu bestraft. Beim Finanzkraftausgleich ist man also der Benachteiligte, wenn man Steuern nicht erhöht. Meine Damen und Herren, es ist kaum mehr möglich, so etwas zu erklären. Das kann aus meiner Sicht nicht verfassungskonform sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Uns fällt damit quasi der Einsatz für bezahlbaren Wohnraum auf die Füße. Wir zahlen für Steuern, die wir nicht erheben. Andere erhöhen die Steuern: Zuletzt wurde die Grunderwerbsteuer in Hamburg und in Sachsen erhöht. Damit steigt der Durchschnittssteuersatz in Deutschland, und wir müssen das bezahlen, meine Damen

und Herren. Über 650 Millionen Euro hat alleine dieses Element den Freistaat Bayern im Jahr 2022 gekostet. Ich sage es noch einmal: Für Geld, auf das wir verzichtet haben, wurden wir dann im Finanzkraftausgleich bestraft. Das ist nicht Solidarität, meine Damen und Herren, sondern ein Systemfehler, der aus meiner Sicht nur verfassungswidrig sein kann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein zweiter Punkt ist die Einwohnergewichtung bzw. Einwohnerveredelung. Die Einwohnerzahlen einiger Länder werden höher gewichtet. Die Einwohner der Stadtstaaten sind 135 % wert, nämlich wegen abstrakter Mehrbedarfe – so heißt es in den Regelungen –, die dort berücksichtigt werden. Man unterstellt also, in Stadtstaaten seien die Kosten je Einwohner höher als überall sonst. Meine Frage lautet: Was unterscheidet eigentlich die Hansestadt Hamburg oder die Hansestadt Bremen hinsichtlich der Kosten von München oder von Nürnberg? Sind die Mieten in Bremerhaven höher als in München? – Das möchte ich einmal sehen.

Die Einwohnergewichtung führt in der Tat zu sehr paradoxen Ergebnissen. Reiche Stadtstaaten wie zum Beispiel Hamburg mit sehr hoher Finanzkraft pro Kopf bekommen sogar noch etwas obendrauf. Da kann der Kollege aus Hamburg heute gerne wieder twittern, dass er solidarisch ist. Er könnte viel solidarischer sein, wenn es gerecht zuginge; denn er hat eine reiche Stadt, zahlt aber deshalb weniger, weil die 135 % gelten. Deswegen möchte er natürlich nicht, dass wir klagen und diese Dinge einmal offenlegen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wie skurril ist es denn, wenn Hamburg mit einer Finanzkraft pro Kopf von über 7.000 Euro auch noch etwas obendrauf bekommt, nämlich 35 %, die die Einwohner mehr wert sind, aber Thüringen mit etwa 3.800 Euro pro Kopf nichts obendrauf bekommt? Welche Finanzkraft soll jetzt hier genau ausgeglichen werden: die hohe von Hamburg oder die niedrige von Thüringen oder was? Die Gewichtung macht wirklich keinen Sinn. Der Finanzkraftausgleich besteht deshalb, damit alle ihren Pflichtaufgaben nachkommen können, und nicht, damit wir Bayern anderswo etwas bezahlen, was wir in Bayern nicht zahlen können oder nicht verantworten können. Wir bezahlen quasi billiges Bahnfahren in Berlin oder anderswo mit bayerischen Steuergeldern, und das kann so nicht bleiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, es gibt weitere skurrile Dinge, zum Beispiel Sonderbedarfszuweisungen für überdurchschnittlich hohe Kosten politischer Führung. Der Bund zahlt hier, weil die politische Führung in manchen Ländern angeblich besonders teuer sein soll, über 600 Millionen Euro. Davon profitieren mittlerweile 10 der 16 Bundesländer. Die politische Führung ist in unserem föderalen Land höchst unterschiedlich organisiert. Die Bremische Bürgerschaft ist zum Beispiel, bezogen auf die Einwohner, siebenmal so groß wie der Bayerische Landtag. Ich sage das nur all denen, die glauben, der Bayerische Landtag sei zu groß. Im Saarland gibt es 51 Abgeordnete. Der Landkreis Ansbach ist etwa so groß wie das Saarland. Im Landkreis Ansbach gibt es vier Abgeordnete, im Saarland 51. Wenn ich das auf die Einwohnerzahl umrechne, müsste der Bayerische Landtag etwa 684 Abgeordnete haben, wenn wir für unsere politische Führung relativ gesehen so viel wie das Saarland ausgeben wollten.

Da geht es nicht um Sonderlasten, meine Damen und Herren, sondern da geht es um Organisation von Politik, um Repräsentation. Das ist natürlich eine autonome Entscheidung eines jeden Landes. Diese Kosten werden für einige Länder bezuschusst, für andere aber nicht. Eine Gleichbehandlung stellt das keinesfalls dar. 10

von 16 bekommen etwas, 6 bekommen nichts. Raten Sie einmal, wer nichts bekommt: Die, die am meisten bezahlen.

Das wundervollste Beispiel ist, dass uns unsere Finanzstärke, die gute Politik, die wir in Bayern betreiben, und die harte Arbeit, die die Menschen in Bayern leisten, letztendlich zum Goldesel der gesamten Nation machen. Anstrengung lohnt sich offensichtlich nicht. Einige Länder scheinen das auch verinnerlicht zu haben. Das System befindet sich so nicht mehr in Einklang mit den Grundgedanken des solidarischen Föderalismus. Das Bundesverfassungsgericht hat längst die Grenzen bundesstaatlicher Solidarität aufgezeigt. Ein System darf nicht zur Nivellierung der Länderfinanzen führen. Ein System darf nicht zu einer entscheidenden Schwächung der Leistungsfähigkeit eines Geberlandes führen. Die derzeitigen Regelungen des Finanzkraftausgleichs führen dazu, dass beide Grenzen überschritten werden. Mit anderen Worten: Das derzeitige System ist verfassungswidrig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Noch einige interessante Zahlen: Die Pro-Kopf-Finanzkraft Bayerns betrug vor dem Länderfinanzausgleich im Jahr 2022 6.463 Euro je Einwohner, diejenige Bremens 5.067 Euro. Vor dem Finanzkraftausgleich hat ein bayerischer Bürger gegenüber einem Bürger der Hansestadt Bremen also eine um rund 1.400 Euro höhere Finanzkraft. Nach dem Finanzkraftausgleich sind die Zahlen wie folgt: Bayern hat nicht mehr 6.463 Euro, sondern 5.723 Euro pro Kopf, Bremen hat nicht mehr 5.067 Euro, sondern 7.061 Euro pro Kopf. Plötzlich ist Bremen um rund 1.300 Euro je Einwohner finanzstärker als Bayern. Die Nehmer können doch nicht besser gestellt werden als die Geber, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich kann jedenfalls niemandem erklären, dass die Helfer aus dem System deutlich schwächer hervorgehen als die Bedürftigen. Das ist unfair. Deswegen ist die Grenze für uns im Freistaat Bayern nicht nur erreicht, sondern überschritten.

2022 – 9,864 Milliarden! Meine sehr geehrten Damen und Herren, verglichen mit den Ausgaben Bayerns im Jahr 2022 haben wir 13,86 % an andere Länder gegeben. Damals hatten wir auch noch die Corona-Belastung, die ich herausrechnen muss; ich wollte es nur der intellektuellen Redlichkeit halber sagen, damit es hinterher nicht wieder heißt, es wären nur 13,86 %. Wenn ich die Corona-Sondereffekte herausrechne, gibt der Freistaat Bayern über 15 % seines Haushaltsvolumens an andere Bundesländer. – Sehr geehrte Damen und Herren, da kann man doch nicht davon sprechen, dass wir unsolidarisch wären oder dass das gerecht sei – und schon gleich gar nicht verfassungskonform.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich kann das auch belegen, weil sich das Bundesverfassungsgericht dazu schon vor Jahren geäußert hat, wie viel Prozent einigermaßen in Ordnung wären, wenn man abgeben muss. Damals war im Urteil des Bundesverfassungsgerichts davon die Rede, eine Belastung von etwa 7 % der Gesamtausgaben wäre noch in Ordnung. 7 %! – Wir sind bei 15,03.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, 7 % würde ich zusagen; dazu wäre ich bereit. So viele Solidarität würden wir als Bayern selbstverständlich aufbringen. 7 % – das wären nicht 10 Milliarden sondern 5. Die Ausgleichslast würde sich halbieren.

Das System läuft aus dem Ruder – zulasten weniger Länder, hauptsächlich zulasten Bayerns. Der angemessene Ausgleich ist ein verfassungsrechtlicher Auftrag.

Er ist aber längst nicht mehr angemessen. Es muss eine gesetzliche Belastungsobergrenze geben, meine Damen und Herren.

Ich sage Ihnen ganz offen: Möglicherweise werden wir es demnächst von einem bayerischen Politiker im Bayerischen Landtag wieder hören, es könnte ja sein, dass sich die Opposition weiter darin ergeht und erklärt, wir Bayern müssten solidarisch sein, müssten mehr bezahlen, wir seien halt stärker als die anderen. Meine Damen und Herren, ich verstehe nicht, dass Ampel-Politiker in Bayern die Meinung vertreten, wir sollen weiterhin möglichst viel Geld – 15 % gemessen an unserem Haushalt – in andere Bundesländer geben, obwohl das Verfassungsgericht gesagt hat, 7 % wären in Ordnung. Ich bitte Sie, wenigstens heute angesichts dieser Zahlen und der Realitäten einmal anzuerkennen, dass es so auf Dauer doch nicht sein kann. Ich kann doch heute, selbst wenn ich einer kleinen Ampel in Bayern angehöre, nicht verteidigen, dass das gerecht ist, meine Damen und Herren. Ich fordere die Opposition auf: Bekennen Sie sich endlich dazu, dass wir mit bayerischem Geld vor allen Dingen in Bayern Segensreiches tun sollen und nicht in anderen Bundesländern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dieses System führt zu einer deutlichen Schwächung Bayerns. Liebe Opposition, Sie können dieses Volumen doch sicherlich nicht rechtfertigen wollen. Ich möchte es noch einmal sagen – man kann es nicht oft genug sagen –, weil es immer wieder heißt, ihr wart mal Empfängerland. – Ja, vor allem bis in die Achtzigerjahre. 3,4 Milliarden erhalten, 108 Milliarden bezahlt. Es geht nicht um das Ende der Solidarität. Es geht um Solidarität und Eigenverantwortung, und die Empfängerländer müssen sich für mehr Einnahmen anstrengen. Das System muss die bayerischen Belange und die Anliegen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger besser berücksichtigen. Die bayerischen Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch darauf, dass wir in diesem Land für bayerische Interessen kämpfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Andere Länder leisten sich Dinge, die wir uns nicht leisten können. Bayerische Bürgerinnen und Bürger bezahlen das. Wer gut wirtschaftet, darf nicht bestraft werden. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, in 73 Jahren – seit es Ausgleichssysteme gibt – hat es nur ein Land geschafft, vom Nehmerland zum dauerhaften Geber zu werden, nämlich Bayern. Eigentlich ein Armutszeugnis, andererseits ein weiterer Beweis, dass Bayern wirklich Spitze ist. Auch stelle ich manchmal, wenn ich bei Debatten, bei Veranstaltungen und bei Reden insbesondere der Opposition zuhören darf, immer wieder fest: Man stellt Bayern immer schlecht dar. Immer erklärt man, was in Bayern alles schlecht läuft und wie furchtbar Bayern sei und wie schlimm es sei, in Bayern leben zu müssen.

Meine Damen und Herren, wenn es dann ans Zahlen geht und wir für die ganze Nation bezahlen sollen, dann sagt die Opposition in Bayern: Ja, da müsst ihr schon solidarisch sein, das müssen wir schon bezahlen.

Diese Zahlen beweisen nicht, dass Bayern schlecht wirtschaftet und schlecht dasteht. Meine Damen und Herren, ich sage es aber noch einmal ausdrücklich: Ich möchte schon, dass sich auch andere anstrengen. Das Ziel, vom Nehmerland zum Geberland zu werden, können sich alle vornehmen, wie es Bayern vorgemacht hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen bitte ich Sie heute auch dringend, als Bayerischer Landtag zu dokumentieren, dass wir Bayern vertreten. Vertreten Sie Bayern und bayerische Inte-

ressen, zeigen Sie Ihr Bayern-Gen! Darauf kommt es an, meine Damen und Herren. Nicht die kleine Ampel regiert Bayern, sondern diejenigen, die ein Bayern-Gen haben und für Bayern streiten.

Aus diesem Grund kämpfen wir für diese grundlegende Neuordnung des Finanzkraftausgleiches. Wir kämpfen für Bayern. Deswegen haben wir heute den ersten Schritt getan. Der Normenkontrollantrag wird in Kürze beim Bundesverfassungsgericht eingereicht werden.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit wurde mit den Fraktionen auf 73 Minuten festgelegt. Als Erster spricht für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kollege Tim Pargent.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf den Tag genau vor sechs Wochen haben wir über Ihre Klage gegen die Erbschaftsteuer debattiert. Jetzt erfolgt der erneute Griff in Ihre Wahlkampftrickkiste,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ist das billig! – Robert Brannekämper (CSU): Das hat damit nichts zu tun! – Florian von Brunn (SPD): Robert, komm, hör doch mit der Schauspielerei auf! Du könntest ja als bayerischer Staatsschauspieler auftreten!)

medienwirksam Klage einzureichen statt neuer Ideen.

Es ist aber auch verständlich, denn die Wahlkampfstrategie aus dem Jahr 2018 funktioniert nicht mehr. Damals war es Markus Söder, der Politik mit dem offenen Geldbeutel gemacht hat: Pflegegeld bis Familiengeld, dazu die eine oder andere kostspielige Behördenverlagerung, ein neues Museum in München und zuletzt das Desaster bei der Stammstrecke.

(Zuruf von der CSU: Zum Thema bitte!)

Da gehen langsam selbst dem reichen Bayern die Mittel aus.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Jetzt gehen die Argumente aus, oder?)

Es ist schon so weit gekommen, dass Sie Ihr Familiengeld sozial staffeln wollen. – Sehr gut, eine langjährige Forderung von uns GRÜNEN.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nachdem nun langsam die Mittel ausgehen, müssen Sie wieder das Lied der Klage gegen den Länderfinanzausgleich singen. Wenn man zurückblickt, ist das ein Evergreen auf der CSU-Playlist. Schauen wir mal zurück: 1999 klagte Bayern erstmals gegen den Länderfinanzausgleich. 2013 haben Sie erneut geklagt, zufälligerweise wie jetzt kurz vor der Wahl. 2018 haben Sie im Sommer vor der Wahl zumindest noch mal damit geworben.

Hatten Sie 2013 immerhin noch einen Mitstreiter für Ihren Vorstoß, stehen Sie heute allein auf weiter Flur, und das ist kein Wunder. Ihre aktuelle Klage ist ein derartig durchsichtiges Wahlkampfmanöver, dass es mich nicht wundert, wenn andere Länder dabei nicht mitmachen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, vielleicht zahlt Bayern zu viel.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Dass wir in Bayern allein über die Hälfte des Gesamtvolumens stemmen, zeigt eine Unwucht. Und doch geht vorwärtsgewandte Politik anders.

(Unruhe bei der CSU)

Wie wäre es statt langwieriger Klageverfahren mit konstruktiven Vorschlägen? Es stünde dem Länderfinanzausgleich und den Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern gut zu Gesicht, diese ganzheitlich in einer Föderalismuskommission zu besprechen. Aber Sie haben überhaupt keinen konkreten Gestaltungsvorschlag. Sie haben kein Konzept, wie Sie den Länderfinanzausgleich gestalten wollen. Wir haben heute nur von Problemen gehört, davon, was alles Fehlanreize sind – oder sein sollen. Ganz ehrlich: Damit würde auch ich mich nicht an den Verhandlungstisch trauen.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Klage zeigt nur eines: Ihre Ideenlosigkeit, was die weitere Gestaltung des Finanzausgleichs angeht. Aber: Von einer Staatsregierung, die nicht nur wiedergewählt werden will, sondern auch Verantwortung übernehmen muss, erwarte ich an dieser Stelle Vorschläge statt Getöse.

Dann zu den Zahlen, die Sie zum Vergleich heranziehen: 3,4 Milliarden Euro versus 108 Milliarden Euro. Dass Sie nicht wenigstens ein bisschen rot werden, wenn Sie diese Zahlen so miteinander vergleichen! Sie haben keinen Inflationsausgleich vorgenommen und nicht die unterschiedliche Kaufkraft berücksichtigt. 1 Euro in den Achtzigerjahren war nicht dasselbe, wie es 1 Euro heute ist. Es waren also Äpfel und Birnen, die Sie miteinander verglichen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich jedenfalls bin froh darüber, dass Bayern so stark ist. Das ist das Verdienst der vielen fleißigen Menschen, der Unternehmen – und, ja, auch der Verwaltung –, die den Wohlstand in diesem Land auf der einen Seite fleißig erwirtschaften bzw. erarbeiten, der auf der anderen Seite auch hin und wieder gewissenhaft verwaltet wird. Es ist aber – historisch – auch ein Verdienst des Finanzausgleichs selbst, der Bayern in die Situation brachte, vom Nehmerland zum Geberland aufzusteigen, übrigens mit Finanzmitteln aus Nordrhein-Westfalen.

Nichtsdestoweniger: Bayern ist seit 2008 der größte Zahler und stemmt heute mehr als die Hälfte des Finanzausgleichs. Aus dieser Stärke erwächst eine Verantwortung zur Solidarität unter den Ländern in Deutschland. Es ist kein Wunder, dass selbst das Grundgesetz einen Ausgleich unter den Ländern einfordert.

Wir GRÜNEN sind überzeugt: Wir Bayern schwächen uns am Ende selbst, wenn Deutschland insgesamt schlechter funktioniert. Wir haben nichts davon, wenn Deutschland weiter auseinanderdriftet. Das gilt politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Für die klassischen Länderaufgaben – nehmen wir Bildung, Wissenschaft, innere Sicherheit und Justiz – gibt auch Bayern über die Hälfte seines Haushalts aus. Ein Länderfinanzausgleich ist wichtig; denn wir können uns keine Zwei-Klassen-Gesellschaft bei Bildung oder innerer Sicherheit leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um es klar zu sagen: Jedes Kind in Deutschland hat das Recht auf gute Bildung, egal wo es geboren wird.

Nehmen wir als Beispiel dafür, dass aktuell andere Länder solidarisch mit Bayern sind, das Thema Strompreise. Wegen Ihrer verkorksten Energiewende – Thema Netzausbau, Thema Windkraftausbau –

(Zuruf von der CSU: Sie in Berlin haben sie verkorkst!)

schlagen die Nordländer zwei Strompreiszonen vor. Meinen Sie wirklich, mit Ihrem Klagegetöse wird diese für Bayern verheerende Forderung weniger laut? Meinen Sie das wirklich?

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Dazu kommt: Wir in Bayern versuchen selbst, einen Ausgleich zwischen wirtschaftlich starken und wirtschaftlich schwachen Regionen herzustellen: mit Behördenverlagerungen, Förderprogrammen und dem kommunalen Finanzausgleich. Ich sage: zu Recht! Denn der kommunale Finanzausgleich dient dem kommunalen Frieden und der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen, dass beispielsweise die drei steuerstärksten Städte München, Erlangen und Coburg, die ohne Schlüsselzuweisungen auskommen, hier solidarisch sind.

Dass Sie den Ausgleich in Bayern jedes Jahr bejubeln, in Deutschland aber beklagen, zeigt, dass Sie, die CSU, am Ende doch nur eine Regionalpartei sind.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU – Zuruf von der CSU: Mein Gott!)

Aber zurück zu Ihrer Klage. Selbst nach Ihrer Regierungserklärung bleibt noch sehr unklar, was genau Sie beklagen. Es wäre einer Regierungserklärung durchaus angemessen, nicht nur in Wahlkampfmanier zu kritisieren, an welchen Stellen Fehlanreize bestehen, sondern Ihre Klage auch vorzulegen oder zumindest dem Landtag vorab zur Verfügung zu stellen. Schon deshalb sind wir GRÜNEN für diese neuerliche CSU-Wahlkampf-Klage nicht zu haben.

Ihre Aufforderung an uns GRÜNE, wir sollten in den anderen Ländern Mitstreiter für Ihre Klage gegen den Länderfinanzausgleich suchen, ist maximal peinlich. Sie selbst wissen ganz genau, dass es hier in erster Linie um Länderinteressen geht. Sie selbst schaffen es doch auch nicht, auch nur einen – nur einen – Ihrer Unionskollegen für Ihr Anliegen zu gewinnen. Kein Wunder, denn die drei größten Neherländer – Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen – sind unionsgeführt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sagte es bereits: Wenn man nicht nur auf Punkte im Wahlkampf aus wäre, wären wir GRÜNEN bereit, den Verhandlungsweg einzuschlagen; denn es gibt tatsächlich Aspekte, die nicht ganz logisch sind. Die folgenden drei Fragen könnte man wirklich angehen:

Ist erstens die Höhe insgesamt angemessen, wenn ein Land über die Hälfte des Aufkommens stemmt?

Zweitens. Ist es gerecht, wenn trotz guter Wirtschaftsförderung und kräftiger Steuerzahlungen der Unternehmen wenig Geld im Landeshaushalt verbleibt? Beispiel BioNTech: Der Impfstoffhersteller machte Rheinland-Pfalz 2021 über Nacht zum Geberland. Nur, von den Steuerzahlungen des Impfstoffherstellers verblieb in der Landeskasse relativ wenig. Das ist sicherlich kein guter Anreiz im Länderfinanzausgleich.

Drittens. Ist es gerecht, wenn ein Land von einer guten und konsequenten Steuerverwaltung nicht ausreichend profitiert? Gerade in Bayern, meine ich, hätten wir insoweit noch einiges zu tun. Auch ein klarer Fehlanreiz!

Leider geht es Ihnen weniger um diese Fehlanreize. Sie wollen nur pünktlich vor dem Wahltermin wieder einmal kräftig auf die Pauke hauen. Anders ist der Zeitpunkt Ihrer Klage auch aus folgendem Grund nicht zu erklären: Die Wirtschaftszahlen der vergangenen Jahre sind nicht völlig unerwartet gekommen. Alles, was Sie heute stört, wussten Sie, als Finanzminister Söder den aktuellen Finanzkraftausgleich höchstpersönlich ausgehandelt hat.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Habe ich das wirklich gewusst?)

Es gibt seitdem keinerlei neue Erkenntnisse, die Sie heute vorbringen könnten.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Das ist die Unwahrheit!)

Nichts von dem, was Sie hier heute vorgetragen haben, ist in den letzten Jahren in der Sache neu aufgetaucht.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Das ist die Unwahrheit!)

Einzig und allein die schiere Höhe der Umlagekraft ist, wenn auch absehbar, gestiegen. Wenn Sie den Finanzkraftausgleich heute für verfassungswidrig halten, wie konnten Sie als Staatsregierung dann dieser Ihrer Meinung nach verfassungswidrigen Neuregelung zustimmen?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn man so will, klagen Sie heute gegen einen Vertrag, den Sie selbst ausgehandelt, abgeschlossen und unterzeichnet haben. Es bleibt bei dem Eindruck: Sie klagen extra kurz vor der Wahl – nicht nur, um jetzt Stimmung zu machen, sondern auch, damit das Urteil bloß nicht noch vor der Wahl kommt. Alles, was Sie heute angekündigt haben, hätten Sie in den letzten Jahren längst tun können. Dass Sie es nicht getan haben, spricht Bände.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das ist einfach nur peinlich für einen bayerischen Abgeordneten!)

Mit seriöser Regierungsarbeit hat das nichts mehr zu tun.

(Alexander König (CSU): Mit seriöser Regierungsarbeit kennen Sie sich ja aus – siehe Berlin!)

Wir brauchen Ernsthaftigkeit in der Staatsregierung. Wir brauchen eine Staatsregierung, die auch unter den Jahren die Themen angeht und keine Wahlkampffolklore betreibt. Deswegen finden wir GRÜNEN: Lassen wir das alte Denken der Kleinstaaterei dort, wo es hingehört! Wir stehen zum Länderfinanzausgleich und zu einem kollegialen Miteinander der Länder. Wir sprechen Fehlanreize an und klären Auseinandersetzungen am Verhandlungstisch, nicht in Karlsruhe. Das ist verantwortungsvolle und ernsthafte Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht als Nächster Herr Kollege Josef Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! An sich schätze ich Herrn Kollegen Pargent sehr als sachlichen Menschen. Aber heute,

meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir von ihm eine reine Wahlkampfrede gehört.

(Lachen bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Es war eine sachliche Rede! – Alexander König (CSU): Die haben Sie ihm aufgeschrieben! Er hat sie nur vorgelesen!)

Wenn jemand in die Wahlkampftrickkiste gegriffen hat, dann waren Sie es, Herr Kollege Pargent von den GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf Ihren Parteifreund Kretschmann, den grünen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, zitieren, der im Hinblick auf die Klage, die Bayern anstrengt, vor nicht allzu langer Zeit gesagt hat, dass auch er eine gehörige Unwucht im Länderfinanzausgleich erkennen könne und Verständnis für die Klage Bayerns habe. Das sagt Ihr Parteifreund aus einem Bundesland, das ebenfalls zu den Hauptzahlern gehört.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ich dann einige Argumente nehme, die Sie bringen, warum die Situation in Bayern so gut ist – Sie sagten, es sei das Verdienst der Menschen, also der Arbeitnehmer, der Unternehmer und der Verwaltung –, dann sage ich: Damit haben Sie recht. Aber Sie haben die Politik vergessen – bewusst vergessen –, weil die Politik der CSU seit Jahrzehnten dafür sorgt, dass wir vom Armenhaus zum stärksten Land in Deutschland geworden sind. Das gehört zur Wahrheit, und das verschweigen Sie bewusst.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dann kommt der Hinweis auf die Steuerverwaltung, man könnte noch mehr erzielen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, wir erzielen gute Steuereinnahmen, weil die Steuerverwaltung hervorragend arbeitet. Jetzt sage ich mal eines: weil sie hervorragend arbeitet und nicht Dinge bewusst verjähren lässt, siehe die 47 Millionen in Hamburg, was der jetzige Kanzler mit zu verantworten hat. Ein Skandal! So etwas ist in Bayern undenkbar.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Alexander König (CSU): Hört, hört!)

Übrigens ist unser Ziel nicht, den Länderfinanzausgleich abzuschaffen. Wir stehen zur Solidarität mit den Schwächeren; wir haben sie auch einmal erfahren, wenn es auch schon lange her ist. Wir wollen einen gerechten Länderfinanzausgleich.

Ich sage Ihnen jetzt, was das bedeuten würde: Rund 10 Milliarden Euro – 740 Euro pro Kopf in Bayern – würden, wenn wir dieses Geld nicht ausgeben müssten, bedeuten: Die Corona-Verschuldung von 10,2 Milliarden Euro könnten wir in einem Jahr abbezahlen, wenn wir das Geld hätten. Wir könnten die staatlichen Investitionen von 10,3 Milliarden Euro innerhalb eines Jahres verdoppeln, wenn wir diese Mittel hätten. Wir könnten den kommunalen Finanzausgleich mit 11 Milliarden Euro nahezu verdoppeln, wenn wir den Länderfinanzausgleich nicht bezahlen müssten, und wir könnten uns ein Land wie Mecklenburg-Vorpommern leisten, das einen Gesamthaushalt von 9,7 Milliarden Euro hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tim Pargent (GRÜNE): Alles auf einmal?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben allein in dieser Legislatur rund 40 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich bezahlt. Allein Berlin hat rund die Hälfte davon bekommen, das kleine Bremen rund 4 Milliarden.

Sie sehen also: Das, was hier passiert, ist nicht gerecht. Es ist nicht in Ordnung, wenn man die Reichen schwächt, indem man ihnen viel zu viel abnimmt, und die Armen nicht ermutigt, etwas zu tun. Wir haben ja Verständnis für die armen Verwandten in anderen Bundesländern. Wir haben aber kein Verständnis, wenn nichts getan wird, um die Lage zu verbessern, und das ist die Situation: Die anderen Länder tun nichts, insbesondere die rot-grün geführten,

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

weil sich eben mit unserem Geld besser leben lässt, ohne eigene Anstrengungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann müssen wir auch mal sehen, wie sich das Ganze entwickelt hat. Erstmals hat 1990 ein Land – das war Baden-Württemberg – die Milliardengrenze überschritten. Das heißt, die haben damals mehr als eine Milliarde bezahlt. 2002 hat Bayern erstmalig zwei Milliarden bezahlt. Damals waren wir erstmals die größten Zahler. Das heißt, es ist noch gar nicht so lange her, dass wir uns vom Nehmer zum Geber, vom kleinen Geber zum großen Geber und dann zum größten Geber entwickelt haben. Das sind 20 Jahre, und in diesen 20 Jahren ist das sprunghaft angestiegen. Die Ungerechtigkeit ist deshalb so groß, weil die Dimension nicht mehr vertretbar ist. Deshalb bin ich überzeugt, dass unsere Klage Erfolg haben wird oder vielleicht auch die anderen Länder und den Bund zum Verhandeln zwingt.

Nehmen wir das Delta: 2002 hat Bayern, wie gesagt, 2 Milliarden Euro bezahlt. Der größte Empfänger war damals Berlin mit 2,7 Milliarden Euro, eine Schere von 4,7 Milliarden Euro. Letztes Jahr, 2022, hat Bayern 9,9 Milliarden Euro gezahlt. Berlin erhält 3,6 Milliarden Euro. Das ist eine Schere von 13,5 Milliarden Euro. Das ist eine Verdreifachung innerhalb von 20 Jahren. Der Ausgleich ist also nicht mehr angemessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen in einem föderalen Wettbewerb. Wettbewerb ist gut, Leistung muss sich lohnen. Dieser Wettbewerbsföderalismus dient uns allen, weil sich jeder anstrengen soll. Aber diese Anstrengung muss eben auch belohnt werden, und das passiert im jetzigen Länderfinanzausgleich nicht. Wir brauchen Anreize, und diese Anreize müssen durch eine Neuregelung geschaffen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Relation zwischen Bayern, Baden-Württemberg und Hessen hat sich in den letzten 20 Jahren verändert. Ursprünglich haben die anderen starken Länder ähnlich wie wir bezahlt. Heute zahlen wir das Dreifache dessen, was Hessen zahlt und das Doppelte dessen was Baden-Württemberg zahlt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Leistungsbilanz Bayerns, ist doch beeindruckend, zwar mit einem Ergebnis, das uns nicht gefällt, aber das zeigt auch auf, wie stark Bayern ist. Das liegt natürlich an den Arbeitnehmern, an den Unternehmern, auch an der guten Verwaltung, keine Frage, es liegt aber auch und in besonderer Weise an der bayerischen Politik, die immer auf Stärke, auf Wachstum gesetzt hat, die die Mittel, die wir früher bekommen haben, richtig eingesetzt hat und nicht nur konsumtiv, wie es jetzt viele andere Länder machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben vorher die Zahlen gehört: 3,4 Milliarden Euro haben wir erhalten, 108,6 Milliarden haben wir einbezahlt. Wenn man das jetzt inflationsbereinigt betrachtet, dann hätten wir, umgerechnet auf die jetzige

Kaufkraft, 130 Milliarden Euro bezahlt und 10 Milliarden erhalten. Auch wenn man die Inflation und die Kaufkraft einrechnet, ist das also noch immer ein Delta von über 100 Milliarden Euro.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Warum ist das so? – Weil der Unternehmer in Bayern nicht das Feindbild ist, sondern das Vorbild, weil wir an der Spitze des Fortschritts stehen und die Chancen nutzen und weil wir Bayern zum Hightech-Land gemacht haben, mit modernen Industrien mit Zukunft, wie zum Beispiel Luft- und Raumfahrt, oder mit einer hervorragenden Verkehrsinfrastruktur. Die ist auch ein Feindbild der GRÜNEN. Alles, was mit Verkehr zu tun hat, versuchen sie ja zu blockieren. Dazu gehören der Flughafen München, aber auch der Ausbau der Staatsstraßen und vieles mehr.

(Widerspruch des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Die Strukturpolitik für den ländlichen Raum: Bei uns gibt es keine abgehängten Regionen wie in anderen Bundesländern, weil wir die schwachen Regionen mit Behördenverlagerungen, mit Sonderförderungen gestärkt haben, sodass auch schwache Regionen in Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern an der Spitze stehen.

Bildung, Forschung, Wissenschaft, ein starker Mittelstand – ich will nur einige Dinge aufzählen, damit Sie sehen, was uns alles wichtig ist und was zu diesem Erfolg wesentlich beigetragen hat. Da kommen viele Dinge zusammen, zum Beispiel in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre "Bayern Innovativ", "Bayern Kapital", "Bayern International" – das sind Schrittmacher des wirtschaftlichen Aufschwungs. Unter Edmund Stoiber hieß es: "Offensive Zukunft Bayern", "High-Tech-Offensive"; heute heißt es "HTA", "HTA Plus", "Bayern-Fit" unter Markus Söder. – Das alles zeigt, dass wir nicht nachlassen, sondern dass wir weiter dafür sorgen, dass es Bayern gut geht. Dass es uns gut geht, hat natürlich als negative Folge auch, dass wir viel zahlen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das zeigt sich auch an der Wirtschaftsleistung. Wir haben in den letzten 30 Jahren 153 % zugelegt, Baden-Württemberg 123 %, Hessen 103 % und NRW 98 %.

Das ist alles das Verdienst von vielen – Sie haben recht –, aber eben auch der bayerischen Politik, der Politik der CSU und in dieser Periode der CSU und der FREIEN WÄHLER. Deshalb fordern wir mehr Eigenverantwortung von den anderen Ländern. Wir sind solidarisch, ja, aber ohne Eigenverantwortung geht es nicht, und deshalb können wir so nicht weitermachen.

Denn seien wir einmal ganz ehrlich: Wenn jemand in der Hängematte liegt und ich ihm sage: "Du, arbeite doch lieber!", dann wird sich nichts tun. Wenn aber jemand in der Hängematte liegt und ich sage: "Du, dein Taschengeld wird dir gekürzt, wenn du nichts tust!", dann tut sich vielleicht etwas. Genau das wollen wir.

Wir wollen, dass andere Länder solide haushalten, dass sie in die Zukunft investieren und nicht auf Kosten anderer leben – in der Bildung, in der Infrastruktur, in der Stärkung der Kommunen, und zwar nicht, indem der Bund durch die Stärkung der schwachen Kommunen die Fehler der Vergangenheit ausbügelt. Das sollen die Länder gefälligst selber tun.

Wir wollen die Regionalisierung von noch mehr Steuern. Ein Beispiel ist die Erbschaftsteuer. Bei der Grundsteuer wissen wir, dass das gut geklappt hat. Denn auch damit kann man Anreize schaffen und das Verhältnis von Geber- zu Nehmerländern verändern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb bin ich der Überzeugung: Wir werden es vor dem Bundesverfassungsgericht schaffen, denn die Zahlen sind eindeutig. Da hilft auch das Lamentieren der Ampel-Opposition hier im Landtag nicht. Sorgen Sie dafür, dass in den Ländern, in denen Sie regieren, ordentliche Politik gemacht wird, dann können wir weiterdiskutieren. Dann sind wir auch bereit, denen zu helfen, die es nicht aus eigener Kraft schaffen, aber nicht, wenn man in der Hängematte liegt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Katrin Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Symptom der Politik der Einheitsmeinungsparteien ist, dass sie über jedes selbstverschuldete Problem ein beschönigendes, wohlklingendes Wort kleben, nur um die eigentlichen Tatsachen zu verschleiern. So wurde aus Sonderschulden das Wort "Sondervermögen", aus verfassungswidrigen Grundrechtseinschränkungen und Zwangsmaßnahmen wurde "Gesundheitsschutz", die Zerstörung unseres industriellen Fundaments nennt sich "Klimaschutz", und die Masseninvasion in die Sozialsysteme heißt "Fachkräftezuwanderung".

Genauso verhält es sich auch mit dem Finanzkraftausgleich, der eigentlich ein "Finanzschwächeausgleich" ist; denn in der Regel müssen Sie Finanzkraft ja nicht ausgleichen, Finanzschwäche hingegen schon. Diese Finanzschwäche anderer Bundesländer ist nun aber ausgerechnet von den hier im Hohen Hause anwesenden Parteien CSU, SPD, GRÜNE und FDP wesentlich mitverschuldet worden; denn trotz Ihrer den Bürger enteignenden Steuerpolitik auf Bundesebene mit den höchsten Steuer- und Abgabensätzen der Welt konnten Sie einige Bundesländer nicht zum eigenständigen finanziellen Erfolg führen. Die verfehlte Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik der Merkel-Partei CSU wird dabei nur noch von der Deindustrialisierungspolitik der Ampel getoppt.

Wie auch immer Sie Ihre Umverteilungsmaßnahmen nennen, ob Länderfinanzausgleich oder Finanzkraftausgleich, der bayerische Steuerzahler weiß, dass er genauso abgezockt und um sein sauer verdientes Geld gebracht wird wie bisher. Der Finanzausgleich schwächt die Haushaltsdisziplin der Empfänger und demoralisiert die Steuerzahler der Geberländer. Mehr Wettbewerb hat schon immer zu mehr Wohlstand geführt, im Privaten genauso wie im öffentlichen Bereich.

Dass die geschätzten Damen und Herren von der CSU jetzt versuchen, mit dem Länderfinanzausgleich Wahlkampf zu machen, entbehrt nicht einer tragischen Komik;

(Beifall bei der AfD)

denn die Bürger erinnern sich, und wir werden Sie auch immer daran erinnern, dass der Länderfinanzausgleich von der CSU selbst ausgehandelt wurde. Sie missbrauchen den Rechtsstaat für ein billiges, durchschaubares und geradezu verzweifelt wirkendes Wahlkampfmanöver, weil Sie – und jetzt passen Sie gut auf! – zu feige sind, die wirklich epochalen Probleme Bayerns zu thematisieren; die Masseneinwanderung nach Deutschland durch Millionen Asylforderer, die grüne Industrievernichtung unter aktiver Beteiligung der Wetterretter von der CSU, den Wirtschaftsniedergang durch Unternehmens- und Leistungsträgerabwanderung und Rezession, die Erosion von Bildung und Rechtsstaat sowie die Enteignung unserer Menschen durch die höchste, von der EZB hausgemachten Inflation, der höchsten seit mehr als einem halben Jahrhundert. Diese katastrophalen Probleme,

die unsere Bürger schwer belasten, haben Sie verursacht oder zumindest mitverursacht.

(Beifall bei der AfD)

Das größte Problem Bayerns heißt also nicht Finanzkraftausgleich und schon gar nicht Klimawandel, sondern Christlich-Soziale Söder-Union, an der nebenbei bemerkt nichts mehr christlich oder gar sozial ist. Weil diese Partei ihr eigenes Versagen nicht zum Wahlkampfthema machen kann, haben sich die Filzexperten des Söder'schen Maskenladens händeringend ein schönes, populistisches Ersatzthema gesucht und den Finanzkraftausgleich entdeckt. Dieser sei ungerecht, und Bayern zahle zu viel. Ich sage jetzt einmal einen Satz, den Sie nicht so oft von mir hören: Hier hat die CSU recht. Niemand weiß besser, wie ungerecht und teuer dieser Finanzschwächeausgleich ist, als Sie von der CSU. Sie haben ihn 2016 selbst federführend ausgehandelt und mitgetragen. Voll verantwortlich war und ist der damalige Finanzminister, ein gewisser Markus Söder, der jetzt leider schon wieder abwesend ist. Die damalige Neuordnung des alten Länderfinanzausgleichs trägt durch und durch Söders Handschrift. Seehofer, Söder und Konsorten haben sich von ihrer Hauspresse dafür feiern lassen und dem Bürger vorgelogen, dass Bayern künftig Milliarden sparen würde. Die CSU hat sich damit vor vielen Jahren selbst eine Falle gestellt, in die sie nun medienwirksam hineintritt und sich lauthals darüber beklagt.

Dann kommen Sie um die Ecke und wedeln mit einer neuerlichen Klage gegen den Finanzkraftausgleich. Meine Damen und Herren, für wie blöd halten Sie eigentlich unsere bayerischen Bürgerinnen und Bürger? Die Klage ist das gleiche hilflose Manöver wie vor zehn Jahren im Wahljahr 2013, nur diesmal ohne Beteiligung von Hessen. Medienwirksam wird über die selbst angerichtete Ungerechtigkeit lamentiert und dann Klage eingereicht. Die herbeikonstruierte Grundlage für diese Klage kennt bisher nur die CSU. Mitstreiter für die Klage finden sich keine, auch deshalb, weil alle anderen Länder wissen, dass die CSU pünktlich zum Wahlkampf das altbekannte Thema hervorholt und die Klage nach gelaufener Wahl ohnehin wieder zurückzieht.

Der Höhepunkt Ihrer Finte ist aber, dass Sie sich lautstark über die Mittelverwendung anderer Bundesländer beklagen, während Sie selbst Mittel im großen Stil verschwenden und mit Steuergeldern herumprassen, als gäbe es kein Morgen. Milliarden über Milliarden für illegale Grenzübertreter und Asylleistungsbeansprucher, für einen Rohrkrepierer namens Hightech Agenda und für den sogenannten Klimaschutz! Vieles davon wurde mit zweckentfremdeten Kreditermächtigungen aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie mitfinanziert, und somit wurden Bayerns Bürger durch noch mehr Schulden belastet.

Meine Damen und Herren von der CSU, kehren Sie doch erst einmal vor Ihrer eigenen Haustüre und machen Sie Ihre eigenen Hausaufgaben!

(Beifall bei der AfD)

Die Zahl der illegalen Ausländer steigt seit 2022 wieder stark an. Die bayerischen Kommunen sind heillos überfordert und finanziell überlastet. Die wirtschaftlichen Verwerfungen und die Rezession in Bayern liegen in Ihrer grünen Industrie- und Energiepolitik, vom Atomkraftausstieg bis hin zur Elektromobilität, begründet. Meine Damen und Herren, es geht bergab, und das rasant. Doch ich verspreche Ihnen eines: Bei all dem wird dem Wähler so klar wie nie zuvor: Ihr billiges Wahlkampfmanöver ist eine Verzweiflungstat. Sie alle, wie Sie hier sitzen, sind bereits politisch bankrott!

(Lachen bei der CSU)

Die CSU ist zu feige, die Wahrheit auszusprechen, und rudert nun hilflos mit den Armen, um nicht in einem Meer aus selbstverschuldeten Problemen unterzugehen.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Högl (CSU))

Sie hat sich selbst von der bürgerlich-bayerischen Vernunftpartei eines Franz Josef Strauß zu einem woken Mitläuferverschein des linken Zeitgeists gemacht. Heute ist Söder der Faschingskommandant auf dem Narrenschiff. Die Söder-CSU ist der Bock im Gärtnergewand.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Immer noch besser als auf dem Nazischiff!)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, es geht heute um den Länderfinanzausgleich.

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Die wahre bayerische Vernunftspartei heißt heute Alternative für Deutschland.

(Lachen bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Sie sind eine Schande für Deutschland!)

Das werden Ihnen die Wähler am 8. Oktober auch deutlich machen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Finanzminister! Frau Ebner-Steiner, diese Rede war unappetitlich und unangemessen.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Sie ging völlig am Thema vorbei.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wenn Sie sich das noch einmal anhören, sollten Sie sich eigentlich dafür schämen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben heute das Thema Finanzkraftausgleich, Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. Zehn Milliarden Euro zahlt Bayern für andere Bundesländer und damit fast so viel, wie wir Jahr für Jahr in den kommunalen Finanzausgleich investieren. Das heißt, wir müssen anderen Ländern Unterstützung geben, weil sie selbst nicht in der Lage sind zu wirtschaften, und das um einen Preis, der genauso hoch ist wie der für unsere Kommunen, die in ihrer Finanzkraft von uns abhängig sind. Das ist ein Unding! Das muss geändert werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Herr Staatsminister, Sie haben einige Themen angesprochen, wo es nicht passt. Das Thema Grunderwerbsteuer ergänze ich gern um das Thema Erbschaftsteuer, weil die Erbschaftsteuer in den Länderfinanzausgleich einfließt. Die Erbschaftsteuer ist in Bayern besonders hoch. Davon profitieren die anderen Bundesländer, ohne dass wir die Chance haben, die Erbschaftsteuer zu reduzieren oder abzuschaffen. Das heißt, die Erbschaftsteuer, die wir einnehmen, geben wir zum Teil an die anderen Bundesländer weiter. Wie absurd ist das denn?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Noch absurder wird es, wenn wir uns überlegen, wer die Hauptprofiteure sind, nämlich Berlin und Bremen. Die Bundeshauptstadt Berlin muss von Bayern alimentiert werden. Das ist genauso absurd, wie wenn wir uns vorstellen würden, dass alle Regionen Bayerns für die Landeshauptstadt München zahlen müssten. Umgekehrt muss es sein! Eine Metropole muss kraftvoll sein und mit ihrer Finanzkraft diejenigen unterstützen, die nicht die Möglichkeit einer Metropole, einer Bundeshauptstadt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Warum ist das so? – Weil in Berlin eine Politik gemacht wird, die man als ideologisch verfehlt bezeichnen muss, die aber auch handwerklich schlecht ist. Der Kollege Pargent sagt jetzt: Wer regiert in Berlin? – Na ja, seit ein paar Wochen regiert jetzt die CDU in Berlin. Mal schauen, ob sie es besser macht. Keine Garantie ist das. Aber wer hat denn bitte vorher in Berlin regiert? – Ein Linksbündnis, und das hat die Bundeshauptstadt an die Wand gefahren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Länderfinanzausgleich setzt völlig falsche Anreize. Ich höre, Herr Kollege Pargent, Sie sprechen von Solidarität. Ja, Solidarität ist aber etwas anderes als Dummheit und Alimentation der Faulen. Solidarität ist eine Alimentation der Schwachen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Toni Schuberl (GRÜNE):
Wer ist denn faul? Ist Berlin faul?)

Auseinanderdriften? – Sagen Sie ernsthaft, dass Bundesländer, gerade die neuen Bundesländer, keine Chancen haben? – Die neuen Bundesländer haben sich überdurchschnittlich gut entwickelt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Sind die faul?)

Es gibt die Stadtstaaten, also vor allem Bremen und Berlin, die hinterherhinken. Warum ist denn Niedersachsen nicht fast pleite, sondern Bremen? – Das muss doch einen Grund haben. So weit sind diese beiden Länder nicht auseinander.

Meine Damen und Herren, jetzt höre ich: Wahlkampfklage. – Lieber Kollege Pargent, vielleicht ist es Ihnen entgangen, dass wir in den Jahren 2020 bis 2022 die Corona-Pandemie hatten. Auf welcher Grundlage hätten wir da eine Klage formulieren können, sollen und müssen? – Das waren wirtschaftliche Ausnahmesituationen. Da wird man wohl noch warten können, bis wieder Normalität einkehrt. Ich halte es im Gegenteil für notwendig und richtig, dass wir jetzt die Klage einreichen. Oder sollen wir noch Jahre warten und Jahre diesen ungerechten Länderfinanzausgleich bezahlen? – Nein, das kann es nicht sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Jetzt haben Sie allerdings ein Argument gebracht, mit dem wir uns tatsächlich auseinandersetzen müssen. Sie haben gesagt: Den Länderfinanzausgleich habt ihr doch selber ausgehandelt. – Es gibt im römischen Recht den Grundsatz "Volenti non fit iniuria" – den Wollenden geschieht kein Unrecht. Die Geschäftsgrundlage setzt auch darauf auf, dass man jetzt ein unvorhergesehenes Ereignis hat. Ja, dieser Punkt könnte an Sie gehen, wenn es nicht Artikel 107 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes gäbe, der einen angemessenen Ausgleich der Finanzkraft der Länder fordert. Damit haben wir Gott sei Dank eine gesetzliche Grundlage,

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

und mit dieser gesetzlichen Grundlage können wir sehr wohl zum Ziel kommen.

Ich möchte allerdings an dieser Stelle schon mal daran erinnern, wie wir am 18. Oktober 2016 darüber gesprochen haben, dass die damalige Klage Bayerns – Herr Pargent, Sie haben das zitiert – am 25. März 2013 zugunsten eines Verhandlungsergebnisses zurückgezogen wurde. Der damalige Ministerpräsident Horst Seehofer hat damals gesagt:

Die zweite wichtige Entscheidung betraf den Länderfinanzausgleich. Man kann dazu sagen: Was lange währt, wird endlich gut. Zehn Jahre nach der Föderalismusreform haben wir nun auch die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu gestaltet. [...]

Vor dem Hintergrund der gleich folgenden Debatte darf ich sagen, dass es dem Freistaat gelungen ist, mit Vertretern aller politischen Lager Bündnisse zu schließen. Meine Hauptbündnispartner waren aus der SPD der Erste Bürgermeister von Hamburg, Olaf Scholz, ein ungewöhnlicher Sachkenner dieser Materie, und mein Nachbar, der in der Ministerpräsidentenkonferenz immer zu meiner Rechten sitzt, der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

Er hat dann noch die Kanzlerin, Dr. Schäuble und den Vizekanzler Sigmar Gabriel gelobt und sich bei ihnen für das super Ergebnis bedankt.

Ich darf allerdings an dieser Stelle mal zitieren, was ich als Erwiderung auf den damaligen Ministerpräsidenten für die damalige Oppositionsfraktion der FREIEN WÄHLER gesagt habe, und davon habe ich heute nichts, aber auch gar nichts zurückzunehmen. Ich habe gesagt:

Die Arbeit und die Politik der Staatsregierung der letzten Jahre haben sich als erfolgreich erwiesen. Wir sind jetzt genau dort gelandet, wo wir hin wollten, nämlich bei mehr Wettbewerbsföderalismus.

Volkmar Halbleib, Zwischenruf: "Stimmt doch nicht!" – Allerdings habe ich das nicht als meine Meinung gekennzeichnet, sondern aus der Rede von Edmund Stoiber vom 26. Juni 2001 zitiert, in der er seinen Länderfinanzausgleich, der die Grundlage allen Übels ist, damals gepriesen hat.

Ich habe dann gesagt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Solidarität ist wichtig, auch im eigenen Interesse. Wir müssen aber auch darauf achten, dass bayerische Interessen vertreten werden und dass die Stärke Bayerns angemessen abgebildet wird. Ich bin gespannt, wie lange es dauert, bis neue Tränen über den Länderfinanzausgleich vergossen werden, und zwar insbesondere vonseiten der CSU. Sie haben eine hervorragende PR-Abteilung, das habe ich neulich schon gesagt. Sie lassen sich für ein Ergebnis feiern, das Sie Jahre später in Bausch und Bogen verdammten. Ich bin gespannt, wie lange es diesmal dauert, bis die ersten Klagen über den ungerechten und rechtswidrigen Länderfinanzausgleich kommen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Ich bin gespannt, ob Sie, Herr Ministerpräsident,

– Seehofer damals –

oder ein Nachfolger dann eine weitere Klage beim Bundesverfassungsgericht einreichen. Wenn man davon ausgeht, dass das nur alle 15 Jahre passiert, dann werden Sie das wahrscheinlich nicht mehr sein.

Zwischenruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer: "Täuschen Sie sich nicht!"

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Eine visionäre Rede war das! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Herr Finanzminister, damals Markus Söder, wendete sich übrigens mit Grausen, habe ich bemerkt. Ich habe resümiert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, das Ergebnis

– damals –

bleibt deutlich hinter dem zurück, was Ihre Staatsregierung, was die CSU-Fraktion, was die Mehrheit in diesem Hause erwartet hat. Es ist deshalb kein Tag der Freude und auch kein Anlass, sich auf die Schulter zu klopfen. Das hat nichts mit Nörgeln zu tun. Wir hätten die Klage gerne gemeinsam mit Ihnen bis zum Ende weiterverfolgt. Mehr als nichts kann hier nicht herauskommen.

(Zuruf: Ich verstehe nicht, was das soll!)

[...] Es geht um die Interessen des Freistaats Bayern, und diese haben die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion nicht optimal vertreten. Die FREIEN WÄHLER sind mit dem Ergebnis unzufrieden.

Das sind wir heute auch. Deswegen stehen wir zu der Klage, und ich finde es schön, dass sich die CSU-Fraktion diesem Missmut und diesem Ärger über das damalige schlechte Ergebnis anschließt. Wir werden die Klage einreichen, wir werden die Klage gewinnen und damit den Bürgern des Freistaats Bayern etwas Gutes tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Pohl. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung, und zwar von Kollege Toni Schuberl von der Fraktion der GRÜNEN. Bitte schön.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kollege Pohl, können Sie mir sagen, wo Ihr Ministerpräsident ist? – Wir sind es ja gewohnt, dass er eigentlich nie da ist. Heute war ich ganz überrascht, dass er dort saß. Dann ist er nach weniger als einer Stunde wieder gegangen. Ist wieder irgendein Volksfest zu eröffnen oder ein Starkbier anzustechen? Stört es Sie als Parlamentarier eigentlich nicht, als derjenige, der diese Koalition mit stützt, dass dem Parlament so viel Respekt verweigert wird und er das Parlament so missachtet?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Kollege Schuberl, der Beifall hält sich zu Recht in Grenzen. Sie reden völlig an der Sache vorbei. Aber wenn Sie mir schon die Gelegenheit geben, eine Minute länger zu sprechen, darf ich aus der damaligen Debatte noch den Herrn Vizepräsidenten zitieren. Es ist schön, dass der damalige Redner heute als Vizepräsident hinter mir sitzt. Der Vizepräsident Karl Freller sagte damals:

Herr Pohl, auch zu den FREIEN WÄHLERN möchte ich noch etwas sagen. Seien Sie mir nicht böse, aber bei Ihnen fällt mir zurzeit immer nur der Ringelnetz-Spruch ein: Die Badewanne prahlte sehr, sie hielt sich für das Mittelmeer. – Sie nehmen sich bei diesem Thema dermaßen wichtig, sind in keinem anderen Land vertreten, haben keine Ahnung davon, was deutschlandweit läuft, und glauben, hier Ratschläge geben zu müssen.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Sie glauben, hier Ratschläge geben zu müssen. Sie machen mich zwar nicht aggressiv, aber ich muss sagen: Damit liegen Sie total daneben.

Lieber Herr Kollege Freller, es ist gut, dass wir jetzt gemeinsam in der Staatsregierung sitzen. Die Arbeit ist besser geworden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Lieber Herr Kollege Pohl, Sie haben Sinn für Humor. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen: Das ist der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Florian von Brunn. Herr Abgeordneter von Brunn, bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Freller, ich gebe Ihnen nicht oft recht, aber damals haben Sie, was die FREIEN WÄHLER angeht, offensichtlich recht gehabt.

Herr Minister Füracker, ich finde Ihre Regierungsklärung sehr mutig. Mit solcher Überzeugung gegen die Ergebnisse der eigenen Arbeit Opposition zu machen, ist schon beeindruckend. Den Länderfinanzausgleich zu kritisieren, ist eine bekannte Melodie aus diversen Wahlkämpfen der CSU.

Ich glaube, wir alle wissen, worum es geht. Das Grundgesetz verpflichtet uns, die Lebensverhältnisse anzugleichen. Die Finanzkraft der Bundesländer muss ausgeglichen werden, damit alle Länder ihre Aufgaben erfüllen können. Natürlich kann man kritisch darüber diskutieren, wie die Situation heute ist, aber dazu muss man natürlich auch einmal nachschauen, wie das überhaupt zustande kam.

Ende der Neunzigerjahre gab es schon einmal eine Klage Bayerns gegen den Länderfinanzausgleich. Das Bundesverfassungsgericht hat über diese Klage entschieden. Der CSU-Ehrenden Vorsitzende und damalige Ministerpräsident Edmund Stoiber hat – nach seinen Worten – einen Verhandlungserfolg erzielt. Er hat gesagt: Die Regelung des Länderfinanzausgleichs ist ein großer Erfolg für Bayern.

(Zuruf des Staatsministers Albert Füracker)

Das war im Jahr 2001. Herr Zellmeier hat gerade gesagt, im Jahr 2001 habe sich das Problem aufgebaut, dass Bayern immer mehr zahlen muss. Das ist spannend.

(Staatsminister Albert Füracker: Das ist Vergangenheit!)

– Sie sagen "Vergangenheit"; aber wir wissen doch, was im Jahr 2001 das Problem war.

Im Jahr 2013 hat die CSU erneut die Benachteiligung Bayerns beim Länderfinanzausgleich als Thema für den Landtagswahlkampf entdeckt. Die Benachteiligung ist aber von ihr selbst, nämlich von Herrn Stoiber verhandelt worden.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

Horst Seehofer und Markus Söder sind damals gegen die Verhandlungsergebnisse des Ministerpräsidenten von der CSU Edmund Stoiber ins Feld gezogen.

(Beifall bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Und die SPD bleibt in der Opposition!)

– Bleiben Sie ruhig. Es ist die Wahrheit, die ich hier sagen und schildern muss.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Högl (CSU))

Im Jahr 2017 gab es dann eine Einigung, die Markus Söder und sein Staatssekretär – das war damals Herr Füracker – verhandelt haben. – Oh, jetzt ist er gerade gegangen.

(Staatsminister Albert Füracker: Ich kann ja stehen bleiben, wenn Sie das wollen! Ich kann auch hierbleiben!)

– Ich freue mich, dass Sie wieder hier sind. – Sie haben dann dieses Verhandlungsergebnis aus dem Jahr 2017 als großen Erfolg gepriesen. Für Markus Söder war das Verhandlungsergebnis aus dem Jahr 2017 über den Länderfinanzausgleich ein großer Erfolg.

Der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende, unser Kollege Markus Rinderspacher, hat in seiner damaligen Rede vorhergesagt, was passieren würde, nämlich dass der bayerische Beitrag zum Länderfinanzausgleich wieder steigen wird. Er hat auch die erneute Klage der CSU gegen den Länderfinanzausgleich vor dem Bundesverfassungsgericht prophezeit. Es kam, wie es kommen musste. Im Jahr 2023 ist wieder Landtagswahlkampf, Markus Söder und Albert Füracker ziehen erneut gegen die Benachteiligung Bayerns zu Felde, die sie vorher selber ausgehandelt haben. Das heißt: Söder klagt gegen Söder, und Herr Füracker beklagt das, was er mit Herrn Söder zusammen erreicht hat.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Staatsministers Albert Füracker)

Herr Füracker, ob das zu mehr Glaubwürdigkeit führt, weiß ich nicht. Ich stelle fest: 1999 haben Sie noch gemeinsam mit Baden-Württemberg und Hessen gegen den Länderfinanzausgleich geklagt. Im Jahr 2017 haben Sie nur noch zusammen mit dem Land Hessen geklagt. 2023 ist Bayern mit seiner Klage im Alleingang unterwegs. Das kann man machen. Es ist ja auch ein berechtigtes Anliegen, überprüfen zu lassen, ob der Länderfinanzausgleich in der jetzigen Form noch verfassungsgemäß ist. Die Frage ist tatsächlich – Sie haben das ein bisschen weggewischt –, ob konstruktives Verhandeln besser ist, um mehr für Bayern herauszuholen. Vielleicht ist das wirklich sinnvoller, als mit lautem Wahlkampfgeschrei allein loszustürmen.

(Zurufe der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER) und Michael Hofmann (CSU))

Sicher ist, dass Bayern am meisten zahlt. Wir bestreiten das überhaupt nicht. Selbstverständlich könnte auch Bayern mehr Geld gebrauchen.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Hören Sie doch erst mal zu. – Selbstverständlich könnte Bayern mehr Geld gebrauchen, um seine Aufgaben zu erfüllen, zum Beispiel um den öffentlichen Verkehr auf dem Land besser auszubauen.

(Beifall bei der SPD)

Bundesweit liegen vier der "Flop Five"-Landkreise, also die, die am schlechtesten an den öffentlichen Verkehr angebunden sind, in Bayern. Es gibt hier also Investitionsbedarf.

Wir sollten in dieser Debatte aber auch nicht vergessen, was Bayern vom Bund bekommt, zum Beispiel jährlich 1,6 Milliarden Euro für Bundesbauaufgaben, insbesondere für die Verkehrsinfrastruktur.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

Während der Corona-Pandemie hat der Bund in den Jahren 2020 und 2021 13 Milliarden Euro an Bayern überwiesen, davon über 6 Milliarden Euro für Gewerbesteuerausfälle. Der Bund finanziert mittlerweile auch Aufgaben, die eigentlich die Länder erledigen müssen: Altersgrundsicherung, Kosten der Unterkunft, Unterhaltszuschüsse, Ausbildungsförderung, einen Anteil am öffentlichen Personennahverkehr. Wenn man ehrlich ist, finde ich, muss man das in dieser Debatte auch erwähnen. Man muss das sehen und auch mitverhandeln in dieser ganzen Geschichte.

Herr Füracker, dann gibt es auch noch ärgerliche Kosten, die die CSU und die FREIEN WÄHLER verursacht haben, zum Beispiel die sogenannten Redispatch-Kosten im Stromsystem, die Kosten für die Stabilisierung des Stromnetzes. Das müssen alle Kunden in Deutschland zahlen, weil Horst Seehofer, Markus Söder und Hubert Aiwanger die großen Stromtrassen in den Süden nach Bayern verhindert haben. Im Jahr 2021 beläuft sich die Summe auf 2,3 Milliarden Euro. Im Jahr 2022 beläuft sie sich wahrscheinlich auf ungefähr 6 Milliarden Euro. Auch das muss man in dieser Debatte berücksichtigen und bedenken.

(Beifall bei der SPD)

Mein Fazit: Vor der eigenen Tür kehren, konstruktiv verhandeln, dann kann man vielleicht für Bayern auch mehr herausholen. Ansonsten ist es schon in Ordnung, dass Sie den Länderfinanzausgleich durch das Bundesverfassungsgericht noch einmal auf die Verfassungsmäßigkeit überprüfen lassen. Das ist sicher besser, als hier eine Wahlkampfshow zu veranstalten. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter von Brunn. – Ich darf als nächsten Redner den Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Herrn Martin Hagen, aufrufen. Herr Kollege Hagen, bitte schön. Sie haben das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ohne Zweifel ist der Länderfinanzausgleich aus bayerischer Sicht ein Ärgernis. Wir von der FDP-Fraktion sind uns mit den Regierungsfractionen in der Bewertung einig: Bayern zahlt jedes Jahr 10 Milliarden Euro mehr in das System ein als alle anderen Geberländer zusammen. Das darf auf Dauer nicht so weitergehen.

Allein das System, gegen das Sie jetzt klagen wollen, haben Sie selber ausgehandelt. Markus Söder war im Jahr 2016 bayerischer Finanzminister und als solcher federführend bei den Verhandlungen zur Reform des Länderfinanzausgleichs. Die CSU hat die Reform damals als großen Erfolg gefeiert. Horst Seehofer hat hier an dieser Stelle, im Plenarsaal des Bayerischen Landtags, im Jahr 2016 erklärt – ich zitiere –:

Wir haben mit dieser Entscheidung auch einen bleibenden Erfolg für die Menschen in Bayern geschafft. Wir waren ja der eigentliche Motor und haben das Ganze angetrieben. Auch waren wir federführend bei den Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich.

Es steht also schwarz auf weiß im Protokoll: Sie waren der Motor. Sie waren federführend. – Das Ergebnis sieht wie folgt aus: Bayern zahlt heute fast doppelt so viel in dieses System wie vor der Reform. Doppelt so viel wie vor der Reform! Wir müssen also heute feststellen: Die CSU hat bei der Vertretung bayerischer Interessen ganz offensichtlich versagt.

(Beifall bei der FDP)

Dass Sie jetzt versuchen, der Ampel, die erst seit Ende 2021 überhaupt im Amt ist, die Verantwortung für diesen im Jahr 2016 beschlossenen Länderfinanzausgleich in die Schuhe zu schieben, wie das zum Beispiel der Generalsekretär Martin Huber am 15. März 2023 gemacht hat, als er auf Twitter den Länderfinanzausgleich unter die Überschrift "Ampel gegen Bayern" stellt, entlarvt, worum es Ihnen eigentlich geht, nämlich nicht um die Lösung eines Missstandes, nicht um die Vertretung bayerischer Interessen, sondern um Wahlkampf ohne Rücksicht auf die Fakten und die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ginge es Ihnen um die Fakten, würden Sie nicht klagen, sondern verhandeln. Das haben Sie noch nicht einmal versucht. Stattdessen stoßen Sie jetzt die anderen Bundesländer vor den Kopf. Jetzt sehen wir die Reaktion: Selbst CDU-geführte Länder, darunter auch Geberländer aus dem Finanzausgleich, haben Ihre Klage heute scharf kritisiert. Sie bringen uns also mit Ihrem Handeln einer gerechten Lösung nicht näher, nein, Sie nehmen in Kauf, dass eine gerechte Lösung in weite Ferne rückt, und das alles nur für ein kleines bisschen Punktgewinn im bayerischen Landtagswahlkampf. Meine Damen und Herren, das ist zum Schaden unseres Landes; denn eine Neujustierung des Länderfinanzausgleichs wäre wichtig und dringend geboten.

Statt populistisches Wahlkampfgetöse fordern wir deshalb eine glaubwürdige Reforminitiative. Dazu haben wir auch eine Gelegenheit; denn in der letzten Einigung von Bund und Ländern heißt es – Zitat –: "Die Neuordnung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen gilt unbefristet, es sei denn, dass mindestens drei Länder oder der Bund nach 2030 eine Neuordnung einfordern." Nutzen wir doch diese Möglichkeit, und arbeiten wir gemeinsam mit anderen Bundesländern einen seriösen Vorschlag aus, der die Defizite des aktuellen Systems behebt.

Aus Sicht der FDP sollte sich eine Reform an folgenden Leitlinien orientieren:

Erstens. Wir wollen mehr Finanzautonomie für die Bundesländer und klare Verantwortlichkeiten. Das führt zu mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Bundesländer.

Zweitens. Wir wollen eine Vereinfachung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, die zu mehr Transparenz führt, damit fiskalische Effekte von politischem Handeln vorhersagbar und berechenbar werden.

Drittens. Wir brauchen ein Anreizsystem zur Angleichung der Finanzkraft. Momentan haben viele Geberländer wenig Anreiz, ihre Wirtschaftskraft auszubauen. Gleichzeitig haben viele Nehmerländer wenig Anreize, ihre finanzielle Situation zu verbessern.

Viertens. Die Reihenfolge der Einnahmen bei Geber- und Nehmerländern darf sich durch den Finanzkraftausgleich nicht verändern.

Fünftens. Wir brauchen eine wirksame Deckelung der Ausgleichszahlungen.

Wir brauchen also weniger Show, weniger Wahlkampfgetöse und mehr seriöse Politik. Meine Damen und Herren, sollten Sie das nicht hinkriegen, wir helfen nach dem 8. Oktober gerne dabei mit.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hagen. – Als nächsten Redner darf ich den fraktionslosen Abgeordneten Christian Klingen aufrufen. Sie haben vier Minuten. Bitte schön, Herr Abgeordneter Klingen.

Christian Klingen (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Knapp 10 Milliarden Euro zahlte der Freistaat Bayern allein im letzten Jahr in den Länderfinanzausgleich ein. Damit finanziert Bayern allein mehr als die Hälfte des gesamten Finanzkraftausgleichs zwischen den Bundesländern. Das meiste davon kassiert Berlin mit insgesamt 3,6 Milliarden Euro.

Seit Jahren sind die Kitas und die Kindertagespflege in Berlin für alle Kinder kostenfrei. Mit fremdem Geld lassen sich ja locker Geschenke verteilen. Bayerische Eltern können davon nur träumen; denn hier liegen die Kosten für die Kinderbetreuung zum Teil bei mehreren Hundert Euro im Monat. Bayerische Normalverdiener finanzieren damit im Extremfall die Betreuung der Kinder gut betuchter Berliner Eltern mit. Das ist nur ein Beispiel für die verschiedenen Alltagsungerechtigkeiten, die durch den Länderfinanzausgleich möglich sind.

Dabei bleibt es noch lange nicht. Gerade Berlin leistet sich eine Geldverschwendung, als gebe es kein Morgen mehr. Die aufwendige Imagekampagne für den am Ende gescheiterten Mietendeckel gehört dazu genauso wie die ebenso teure wie unsinnige Einrichtung einer autofreien Friedrichstraße. In Pankow muss ein für knapp 50.000 Euro sanierter Gehweg wieder umgebaut werden, weil er angeblich gegen das Berliner Mobilitätsgesetz verstößt.

Trotz der Zuflüsse von zahlreichen Milliarden Euro über die Jahre hinweg bleibt die Sanierung von Schulgebäuden oder öffentlichen Schwimmbädern in Berlin auf der Strecke. Das zeigt: Der Länderfinanzausgleich muss zwingend an Bedingungen gebunden werden; denn es kann nicht angehen, dass die Bürger in Berlin und anderen Nehmerländern besser dastehen als die Bürger in Bayern, wo der größte Teil der Milliarden erwirtschaftet wird; denn von gleichwertigen Lebensverhältnissen – ursprüngliche Voraussetzung für den Länderfinanzausgleich – ist schon lange keine Rede mehr.

Ein gerechter Länderfinanzausgleich muss mehr Anreize für Schuldenabbau und eine sparsame Haushaltsführung bieten, statt Ineffizienz und Misswirtschaft zu belohnen. Er muss dazu führen, dass in sinnvolle Infrastruktur und Projekte investiert wird, statt in Prestigeprojekte oder Klientelwirtschaft.

Dass es auch anders ginge, zeigt sich gerade an unserem Freistaat: Vom einstigen Nehmerland zum Geberland, und das, obwohl der Input über die Jahrzehnte hinweg bei insgesamt nicht einmal 3,5 Milliarden Euro lag, also etwa der Summe, die Berlin pro Jahr beansprucht.

Gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, funktioniert auf längere Sicht nur mit solider Planung und Bewirtschaftung. Diese muss künftig von den Nehmerländern viel stärker eingefordert werden; denn finanzielle Fehlanreize gilt es tunlichst zu vermeiden, sowohl gegenüber dem Einzelnen als auch gegenüber einzelnen Landesregierungen.

Ich begrüße daher die Klage vor dem Verfassungsgericht und hoffe, dass diese Klage bis zum Ende erfolgreich durchgefochten wird.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Klingen. – Damit darf ich einen weiteren fraktionslosen Abgeordneten aufrufen, nämlich Herrn Abgeordneten Raimund Swoboda. Sie haben ebenfalls vier Minuten.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Verehrte Bürger, Hohes Haus! Wäre die Bundesrepublik mit jährlich 896 Milliarden Euro Steuereinnahmen eine Aktiengesellschaft, wäre sie mit 7,5 % Wachstum als Blue-Chip-Unternehmen börsennotiert. Aber der Schein trügt. Nein, die Bundesrepublik Deutschland ist keine Firma, wie das manche meinen, und mit 2,3 Billionen Euro Rekordschuldenstand auch nicht reich, wie das die Grünen und Roten gebetsmühlenartig behaupten.

Aber die Bundesrepublik Deutschland könnte ein ausbeuterischer Steuer- und Abgabenstaat sein, wie das immer öfter zu hören ist, weil circa zwei Drittel der aus Arbeit resultierenden Einkommensleistungen eines Großteils der 46 Millionen einkommensteuerveranlagten Beschäftigten direkt oder indirekt vom Staat durch Zwangsabgaben abgeschöpft werden. Nimmt ein Zuhälter einer Prostituierten mehr als 50 % ihres Dirnenlohnes ab, wird er von der Justiz wegen ausbeuterischer Zuhälterei mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bedroht.

Die Moral von der Geschichte kann man sich selbst ausmalen, insbesondere wenn man dabei die großzügige Steuerpolitik der EU gegenüber ausländischen Konzernen betrachtet und die Lehren aus dem Cum-Ex-Skandal und den dabei festgestellten Vergesslichkeiten höchster Spitzenpolitiker zieht. Die Geldgier der sozialistischen Konsortialparteien CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zielt inzwischen klar auf die 7,25 Billionen Euro Geldvermögen der privaten Haushalte und die Immobilien der Häuslebauer in Deutschland ab; denn dort gibt es ja noch was zu holen. Warum sonst will man die Einführung der Vermögensteuer und die Abschaffung der Erbschaftsteuerbefreiung?

Doch nicht nur Privatleute werden geschöpft, auch innerhalb des Steuerstaates gibt es nach der heutigen Regierungserklärung offensichtlich das Schmarotzen auf Kosten anderer. Man nennt das verharmlosend Länderfinanzkraftausgleich oder Umsatzsteuerumverteilung. Bayerns Söder-CSU will nun rechtzeitig vor der Landtagswahl einmal mehr wenigstens eine Verfassungsklage dagegen ankündigen, um sich so populistisch als Schutzpatron der Steuerzahler zu profilieren. Herr Füracker, wir haben heute Ihre Ankündigung deutlich gehört. Jetzt müssen Taten folgen. Ob diese Taten etwas bringen, ist die Frage.

Bayern hat irgendwann einmal 3,4 Milliarden Euro aus dem Länderfinanzausgleich bekommen und hat sich vom Nehmerland zum größten Geberland mit bisher über 108 Milliarden Euro entwickelt. Seither wird mehr als die Hälfte des Ausgleichs von Bayern bestritten. Das begründet die Klagewut, die Bayerns Ministerpräsident Söder ehemals als Akt der politischen Notwehr bezeichnet hat. Das ist verständlich; doch es hat bisher in keinem Fall genutzt.

Bei mir bestehen ernsthafte Zweifel an der Absicht der CSU, hier zu einem tragbaren Ergebnis zu kommen; denn Sie haben in den Bund-Länder-Ausgleichsverhandlungen diese Rechtslage, die Sie jetzt bekämpfen, selber geschaffen. Geht man von den Kernsätzen des Bundesverfassungsgerichts aus, muss man wohl feststellen, dass Bayern recht hat; denn das Verfassungsgericht meint

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): – ich komme zum Ende –, dass es nicht zu einer Bevorteilung von leistungsschwächeren Ländern kommen darf. Nivellierungsverbot nennt man das.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege. Ihre Redezeit ist zu Ende. Danke schön.

(Raimund Swoboda (fraktionslos): Vier Minuten? Ja!)

– Sehen Sie, hier vorne an der Tafel ist alles aufgezeichnet. Sie haben jetzt um neunzehn Sekunden überzogen. Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Michael Hofmann von der CSU-Fraktion. Bitte.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit ich politisch denken kann, ist das Thema Länderfinanzausgleich ein ausgesprochenes Ärgernis, weil Solidarität eben anstrengend ist für diejenigen, die die Solidarität üben müssen. Solidarität sollte allerdings auch für diejenigen anstrengend sein, die sie genießen dürfen; denn das Genießen allein kann nicht der Maßstab dafür sein, ob wir tatsächlich solidarisch sind oder nicht, sondern die Solidarität muss immer dazu führen, dass derjenige, der ausgehalten wird, sich auch selbst anstrengt.

Da will ich darauf hinweisen, dass der Freistaat Bayern seit dem Jahr 2009 beständig mehr als die Hälfte des Länderfinanzausgleichs oder jetzt des Finanzkraftausgleichs leistet. Seit 2009! Seit 2009 und eigentlich auch schon davor stellen wir fest, dass es eine immer geringere Anzahl von Ländern gibt, die den Hauptteil dieser Zahlungen leisten. Deswegen muss man festhalten: Ein solidarisches System zwischen Bundesländern funktioniert nicht, solange sich diejenigen, die das Geld bekommen, schön grinsend zurücklehnen und sagen: Macht mal nur weiter so. – Deswegen braucht es von unserer Seite eine Klage, weil wir nicht feststellen, dass sich in der letzten Zeit in irgendeiner Form dahingehend etwas getan hat, dass sich die anderen Bundesländer anstrengen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Heute wurde schon ein paar Mal angesprochen, dass verschiedentlich neue Finanzausgleichsstrukturen auf den Weg gebracht worden sind. – Das ist richtig. Die kamen immer aufgrund von Verhandlungen zustande. Die Verhandlungen wiederum kamen aber größtenteils nicht deswegen zustande, weil die Nehmerländer gesagt haben: Ach bitte, wir bekommen so viel, und ihr tut uns leid, bitte lasst uns mal an den Verhandlungstisch gehen. – Das ist doch naiv. Ich muss nach den Reden, die Sie heute gehalten haben, ernsthaft fragen: Vertreten Sie in der Opposition eigentlich noch die Interessen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger? Ich würde Ihnen empfehlen: Geben Sie Ihr Mandat zurück! Denn das, was Sie heute vertreten haben, ist nichts weiter als ein Ausverkauf bayerischer Interessen. Etwas anderes haben Sie nicht getan.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der SPD – Florian von Brunn (SPD): Was für ein Kasperltheater! – Harald Güller (SPD): Erst einmal zuhören!)

– Das Tragische ist: Ich habe hier dem Fraktionsvorsitzenden von Brunn zugehört

(Florian von Brunn (SPD): Dann haben Sie mich aber nicht verstanden!)

und kann ihm nur in einem recht geben: Selbst er kommt nicht drumherum zu sagen: Ja, wir zahlen mehr als alle anderen. Er hat sich vorher damit gebrüstet, Sie würden das nicht bestreiten. – Es wäre auch noch schöner, wenn man solche

Zahlen und Fakten inzwischen auch noch von der SPD bestritten bekäme, sehr geehrter Herr Kollege von Brunn.

Vorhin ist angesprochen worden, dass uns heute selbst CDU-geführte Bundesländer entsprechend kritisieren. Ich kann es ihnen zunächst einmal nicht verdenken. Ich würde mir etwas anderes wünschen, aber ich kann es ihnen nicht verdenken; denn die vertreten wenigstens ihre eigenen Interessen. Sie dagegen haben Ausflüchte gesucht.

(Florian von Brunn (SPD): Warum schimpfen Sie nicht über Ihr eigenes schlechtes Verhandlungsergebnis?)

Es geht Ihnen nicht darum, dass es dem Freistaat Bayern in Zukunft besser geht,

(Florian von Brunn (SPD): Ablenkungsmanöver!)

sondern es geht Ihnen alleine darum, hervorragende Leistungen in diesem Freistaat schlechtzumachen und runterzureden. Das ist Ihr Problem, das Sie in all den Jahren gehabt haben und auch weiterhin haben.

(Beifall bei der CSU)

Sie betreiben nicht nur einen Ausverkauf bayerischer Interessen.

(Florian von Brunn (SPD): Das haben Sie doch betrieben! Sie haben das doch betrieben! Sie kritisieren Ihr eigenes finanzpolitisches Versagen!)

– Jetzt kommen wir zu dem Punkt, Herr von Brunn: Sie glauben allen Ernstes, dass wir einen Ausverkauf bayerischer Interessen betrieben haben.

(Florian von Brunn (SPD): Söder und Füracker haben das verhandelt!)

Sie wissen ganz genau – oder wissen es möglicherweise nicht, weil die Naivität bei Ihnen offensichtlich keine Grenzen mehr kennt –, dass Verhandlungen einen Kompromiss bedeuten.

(Florian von Brunn (SPD): Das war höchstens ein "Kompromies", sonst nichts!)

Verhandlungen führen nicht dazu, dass derjenige, der versucht, sich durchzusetzen, sich am Ende des Tages durchsetzt,

(Florian von Brunn (SPD): Also auch noch fehlende Durchsetzungsfähigkeit!)

sondern Verhandlungen führen dazu, dass irgendwo am Ende des Tages ein Kompromiss geschlossen werden muss vor dem Hintergrund, dass wir alle auch in Zukunft zusammenarbeiten wollen. Das war der entscheidende Punkt.

(Florian von Brunn (SPD): Sagen Sie doch mal, Sie sind als Bettvorleger gelandet!)

Deswegen haben wir das mitgemacht.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Hofmann, darf ich Sie kurz unterbrechen. – Herr Kollege von Brunn, es gibt das ausgezeichnete Instrument der Zwischenbemerkung. Bisher hat sich niemand gemeldet. Ich würde Ihnen anraten, das zu nutzen. Lassen Sie bitte den Redner frei ausreden. Vielen Dank. – Herr Hofmann, bitte.

(Florian von Brunn (SPD): Ich nutze das ausgezeichnete Instrument des Zwischenrufs!)

Michael Hofmann (CSU): Danke schön, Herr Vizepräsident. Ich habe nichts gegen Zwischenrufe, aber wenn jemand die ganze Zeit reingackert, ist es ein wenig schwer, seine Gedanken bis zum Schluss durchzubringen.

(Florian von Brunn (SPD): Das sind doch keine Gedanken!)

Aber das ist möglicherweise die Strategie einer SPD, die sich offensichtlich keiner anderen Mittel bedienen kann.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Auch damit kommen wir zurecht. – Der Punkt ist, dass man uns auch noch vorwirft, dass wir Verhandlungen geführt haben und uns in den Verhandlungen leider Gottes nicht zu einhundert Prozent durchgesetzt haben.

(Florian von Brunn (SPD): Als Bettvorleger gelandet!)

Das ist ja ganz was Neues, dass man uns inzwischen vorwirft, wir wären vor den anderen Bundesländern eingeknickt. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, hätten wir damals nicht verhandelt.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, hätten wir damals keine Klagen angedroht. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, hätten wir auch keine Klagen erhoben,

(Florian von Brunn (SPD): Unterstellungen!)

übrigens mit dem Ergebnis, dass unser Bundesverfassungsgericht klare Leitlinien eingezogen hat. Wir werden auch weiterhin Leitlinien brauchen in diesem Zusammenhang, weil wir feststellen, dass nicht einmal mehr die Geberländer, die eigentlich auch ein Interesse daran haben müssten, dass die anderen Bundesländer mitmachen, klagen, weil sie sagen: Das Verhältnis zwischen dem, was wir geben müssen, und dem, was der Freistaat Bayern geben muss, wird immer größer. Selbst die Geberländer lehnen sich zurück und sagen: Am Ende des Tages zahlt es trotzdem der Freistaat Bayern. Deswegen ist es im Übrigen naiv – – Schade, dass der Kollege Hagen jetzt nicht da ist – ach, Entschuldigung, sorry, alles klar, ich nehme es sofort zurück. Er wäre nicht der Einzige, der nicht da ist, wenn ich in Ihre Fraktion reinschaue. Aber das ist ein anderes Thema.

(Florian von Brunn (SPD): Da redet der Richtige!)

Lieber Kollege Hagen, Sie haben vor dem Hintergrund angesprochen, dass wir doch bitte noch bis zum Jahr 2030 so weitermachen sollten und uns andere Bundesländer suchen sollten, die dann mit uns diesen Pakt aufklären und aufkündigen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir werden niemanden finden, weil das für die nicht bequem ist

(Florian von Brunn (SPD): Weil Sie alle nerven!)

und weil das nicht im Interesse der anderen Länder liegt. Deswegen sage ich Ihnen: Die Naivität, die Sie hier an den Tag legen, hilft den Bürgerinnen und Bürgern des Freistaats Bayern nicht. Angesichts dieser Naivität, die Sie ähnlich wie die SPD an den Tag legen, mögen Gott und der Wähler und die Wählerin Bayern davor behüten, dass Sie irgendwann mal in die Verantwortung für dieses Land

kommen; denn mit dieser Naivität führen Sie unser Bundesland geradewegs in die Richtung, in die die anderen Bundesländer schon gehen, nämlich in eine miserable wirtschaftliche Lage. Das wollen wir unseren Wählerinnen und Wählern nicht antun, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Ich hoffe, der Wahlkampf geht bald zu Ende!)

Deswegen sage ich an der Stelle klipp und klar: Wir wollen uns jetzt durchsetzen und neue Leitlinien, nachdem wir feststellen, dass ein um das andere Mal alle Verhandlungen ergeben haben, dass diejenigen, die sich nicht anstrengen müssen, sich auch weiterhin nicht anstrengen. Wir haben einen Pakt geschlossen. Der Sinn eines solchen Vertrages ist, dass beide Seiten darauf vertrauen können, dass man diesen Vertrag auch einhält. Man muss letzten Endes für die Bürgerinnen und Bürger konstatieren: Wir sehen nicht, dass die Länder bzw. die Regierungen der anderen Bundesländer bereit wären, diesen Pakt einzuhalten und sich dementsprechend anzustrengen. Wir haben die verdammt Pflicht gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern, in einer solchen Situation klare Kante zu zeigen und zu sagen: Das lassen wir uns nicht bieten. Wir lassen uns nicht auf der Nase herumtanzen. – Vielmehr werden wir dafür sorgen, dass das Bestmögliche für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger herauskommt. Auf dieser Grundlage werden wir ein neues Ergebnis zustande bekommen, weil die anderen Bundesländer sich natürlich auch an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts halten müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin dankbar dafür, sehr geehrter Herr Finanzminister, dass man sich dazu entschieden hat, diese Klage vorzunehmen. Klagen sind immer das letzte Mittel. Ich kann aber nicht mit jemandem verhandeln, der nicht bereit ist zu verhandeln. Dann muss ich klagen. Das Gute beim Bundesverfassungsgericht ist, dass es in diesem Zusammenhang mit Sicherheit auch den einen oder anderen Satz in sein Urteil hineinschreiben wird, der für die Zukunft Gültigkeit haben wird und der vor allem dazu führen wird, dass die anderen Bundesländer feststellen: Es ist kein Fass ohne Boden. Auch sie werden sich irgendwann mal auf die Frage gefasst machen müssen: Wie bringe ich mein Land in Zukunft voran, möglichst mit einer guten Regierungsarbeit? Dass die Regierungsarbeit im Übrigen neben den Menschen in unserem Land, neben den Unternehmerinnen und Unternehmern und den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern einen gewichtigen Teil dazu beiträgt, sieht man vor allem an dem Ergebnis, das Baden-Württemberg in den letzten Jahren abliefern. Wenn es also eines stärkeren Beweises bedurft hätte, muss ich sagen: Schauen wir nur nach Baden-Württemberg; schauen wir, wohin sich die Arbeitslosenzahlen entwickelt haben; schauen wir, wohin sich die Finanzkraft in den letzten Jahren entwickelt hat. Daran sieht man schlicht und ergreifend: Politische Arbeit trägt ihren Teil dazu bei, dass es den Menschen im Land besser geht. Das ist kein Zufall, sondern das ist eine bewusste Strategie, mit der wir im Freistaat Bayern agieren. Auch hier werden wir im Interesse der Bürgerinnen und Bürger vorangehen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Hofmann, bleiben Sie bitte noch da. Ich freue mich, dass meine Anregung von vorhin auf positive Resonanz gestoßen ist, und darf jetzt dem Kollegen Herrn von Brunn für eine Zwischenbemerkung das Wort geben.

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege Hofmann, Sie haben gerade behauptet, Sie hätten sich in den Verhandlungen das letzte Mal nicht durchsetzen können. Das ist offensichtlich falsch, und das wissen Sie wahrscheinlich auch selber. Bay-

ern und Hessen haben 2017 die Klage zurückgezogen und haben gesagt, sie sei hinfällig. Das war die gemeinsame Erklärung von Volker Bouffier und Ministerpräsident Horst Seehofer von Ihrer Partei, von der CSU, weil sie in einer gemeinsamen Einigung einen Erfolg erzielt haben.

Haben Sie also wenigstens die politische Ehrlichkeit und den Mut, zu Ihren schlechten Verhandlungsergebnissen zu stehen, anstatt hier am Rednerpult des Bayerischen Landtags Falschinformationen von sich zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Kollege von Brunn, die Tatsache, dass man eine Klage zurücknimmt, bedeutet nicht, dass man sich zu 100 % durchgesetzt hat. Das könnten Sie wissen, wenn Sie üblicherweise Verhandlungen führen. Ich entnehme Ihrer Äußerung, dass Sie in der Regel keine Verhandlungen führen, oder wenn Sie sie führen, sind Sie offensichtlich eher ein schlechter Verhandlungsführer. Deswegen sage ich an der Stelle klipp und klar:

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Es ist immer eine Abwägung, widerstreitender Interessen, ob man eine Klage bis zum Ende durchzieht oder ob man ein Verhandlungsergebnis feststellt und man sagt: Besser wird es nicht. Sie streiten unsere Solidarität zwar immer wieder ab, aber wir wollen letzten Endes diese Solidarität üben, immer in der Hoffnung darauf, dass man bei denjenigen, mit denen man einen Pakt schließt, dann auch darauf vertrauen kann, dass sie den Pakt einhalten.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Nein, deswegen sage ich Ihnen schlicht und ergreifend, Sie haben wieder unter Beweis gestellt: Man kann Ihnen kein Land anvertrauen. Das geht schlicht und ergreifend nicht.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Traurig! Ein trauriges Bild, das Sie abgeben!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. Nächster Redner ist der Abgeordnete Harald Güller von der SPD-Fraktion. Bitte, Herr Güller.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich sage ein ausdrückliches Danke an den Finanzminister, lieber Albert Füracker, für diese klare Positionierung. Er hat gesagt: Es geht um Strukturen. Das System läuft aus dem Ruder. Das derzeitige System ist verfassungswidrig. Die Grenzen sind überschritten. – Das ist das exakte Gegenteil von dem, was der damalige Ministerpräsident gesagt hat. Das ist das exakte Gegenteil von dem, was 2016 der damalige Finanzminister und heutige Ministerpräsident gesagt hat.

(Beifall bei der SPD)

"Bayernkurier", 05.09.2017 – Kollege Hofmann, hören Sie auch nochmal kurz hin –, Ministerpräsident, damals Seehofer: "Mit der Rücknahme der Klage besiegeln wir eine der wichtigsten, strukturellen Entscheidungen unserer Zeit." Na toll! Diese strukturelle Entscheidung, die so genial war, führt jetzt dazu, dass das System aus dem Ruder läuft, dass das derzeitige System verfassungswidrig ist und dass alle Grenzen überschritten sind. – Kolleginnen und Kollegen, deutlicher und klarer kann man die Inkompetenz der CSU und der heutigen Staatsregierung bei Aushandlung von Länderfinanzausgleichen und Finanzkraftausgleichen nicht mehr ausdrücken.

(Beifall bei der SPD)

Klarer und eindeutiger kann man nicht sagen: Nein, wir können es nicht. – Und einer ist in zwei Positionen daran beteiligt: der damalige Finanzminister und heutige Ministerpräsident. Ich habe nicht immer Verständnis, wenn er nicht im Raum ist, aber heute habe ich Verständnis dafür. Das ist doch nur noch peinlich, wenn man damals jubilierend zugestimmt hat,

(Beifall bei der SPD)

und heute feststellt, welch einen Mist man für den Freistaat Bayern angerichtet hat.

Wir brauchen uns als SPD übrigens auch nicht zu verstecken, wenn Sie sagen, wir hätten nie gesagt und nie darauf hingewiesen, dass es zu viel Geld im Länderfinanzausgleich von Bayern ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere an einen Dringlichkeitsantrag der SPD vom 18.07. des Jahres 2012, abgelehnt von der damaligen Mehrheit aus CSU und FDP in diesem Hause. Die FREIEN WÄHLER haben sich damals immerhin zu einer Enthaltung hinreißen lassen. Ich erinnere auch an meine eigene Rede hier in diesem Hause am 30. März, in der ich, unter völligem Stillschweigen Ihrer CSU-Fraktion und der FREIEN WÄHLER, eindeutig darauf hingewiesen habe: Solidarität kann es auch mit einem geringeren Betrag als 10 Milliarden Euro geben. Das ist die Position der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Herr Finanzminister, ich sage Ihnen herzlichen Dank. Finanzkraftausgleich, Einwohnerveredelung, Sonderbedarfe für politische Führung und Überkompensation bestimmter Bereiche sind doch zumindest mal Punkte, über die man dann auch diskutieren kann. Darüber kann man auch mit den anderen Ländern eine Verhandlung führen. Darin liegt aber Ihr Fehler: Das Bundesverfassungsgericht, wenn es denn irgendetwas zu kritisieren hat, wird niemals einen eigenen Finanzkraftausgleich festlegen, sondern es wird der Politik Rahmenbedingungen geben. Auf Basis dieser Rahmenbedingungen müssen wir dann verhandeln. Wenn Sie mit Ihrer Klage hier die Landschaft völlig verwüsten, dann ist es eben so, dass man dann keine guten Ergebnisse erzielen kann.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich Ihnen herzlichen Dank dafür, wie Sie die Inkompetenz bei der jetzigen Regierung dargestellt haben. Eine größere Steilvorlage für die Wahl kann es nicht geben. Mit dieser Staatsregierung und diesem Ministerpräsidenten kann es keine gute Zukunft für den Freistaat Bayern geben, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Wir haben eine Zwischenbemerkung: Herr Prof. Bausback, bitte.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege Güller, jetzt würde mich nach Ihrer Rede interessieren: Sind Sie eigentlich dafür, dass Bayern mit 9,9 Milliarden Euro 2022 mehr als die Hälfte des Finanzausgleichs getragen hat? Sind Sie dafür, dass Bayern 2022 14 % seiner Gesamtausgaben in den Länderfinanzausgleich gegeben hat? Und können Sie mir erklären, was die Nehmerländer seit dem Kompromiss, der damals geschlossen wurde, eigentlich gemacht haben? – Also, es ist nicht so, dass da nicht viel Zeit dazwischenliegt. Wo sind denn die Anstrengungen, die man bei so einem Verhandlungsergebnis natürlich auch erwarten kann? Und was haben Sie konkret in Ihrer großen Gemeinschaft Volkspartei SPD – na ja, so groß ist sie ja nicht mehr – getan, um zumindest mal bei Ihren Kollegen

eine Verhandlungsbereitschaft herbeizuführen? Ich habe da nichts gemerkt, dass irgendjemand ein Interesse gehabt hätte, an der Stelle zu verhandeln. Das haben Sie alles in Ihrer Rede nicht erwähnt.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, vielen Dank, die Zeit ist zu Ende. – Bitte, Herr Güller.

Harald Güller (SPD): Kolleginnen und Kollegen, das ist der Unterschied: Länder, die auch Geberländer sind, wie Baden-Württemberg und Hessen, haben eindeutig gesagt, sie begeben sich in Diskussion und Verhandlung mit anderen Bundesländern. Deswegen lehnen sie zum jetzigen Zeitpunkt auch eine Klage ab. Das ist richtig. Der Finanzminister hat ausdrücklich gesagt: Auf die vier Punkte kann man aufsetzen. Genau das haben wir gesagt. Ich empfehle noch einmal – ich habe vorher das Jahr genannt – die Drucksache 16/13289 zur Lektüre. Da stehen auch die Punkte für die SPD drin.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Dr. Helmut Kaltenhauser für die FDP-Fraktion.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Füracker! Gleich ist es überstanden. Lassen Sie mich auch mit Zitaten aus den Jahren 2016/17 anfangen. Der damalige Finanzminister Söder hat gesagt: "Angesichts dieser Zahlen sind wir froh, dass wir das System reformiert haben". Und noch viel besser finde ich ein Zitat von Horst Seehofer, das wir heute noch nicht gehört haben, von damals, 2016: "Die Ausgleichszahlungen Bayerns werden in Zukunft gedeckelt." Das finde ich einen wirklich starken Spruch. Wenn es denn so wäre, dann wäre irgendwo eine Grenze eingezogen. Man könnte darüber streiten, ob es eine feste Grenze ist oder ein Prozentsatz. Heute wurden schon 7 % vom Bundesverfassungsgericht zitiert. Wie auch immer, man kann gerne darüber reden. Wo ist aber die Deckelung bei dem Verfahren, das man damals eingeführt hat? Damals hat man 1,3 Milliarden Euro eingespart, angeblich dauerhaft. Ich weiß nicht, wo das hingegangen ist. Das zeigt sich doch ganz eindeutig. Wenn man sich die Presse von damals anschaut, sieht man, dass auch die Experten gesagt haben: Macht das bitte nicht. Ihr habt zwar 1,3 Milliarden Euro eingespart, aber das Ganze wird euch wieder davonlaufen. – Also, ich verstehe nicht, wie man sich jetzt hinstellen und fordern kann: Man muss gegen das System klagen. Nein, damals hat man wohl wissend und dezidiert gegen die Auffassung der Experten der Struktur zugestimmt, obwohl man wusste, dass das wieder auf dasselbe Problem hinauslaufen wird.

(Beifall bei der FDP)

Das Thema Wahlkampfmanöver usw. will ich jetzt gar nicht weiter aufgreifen. Ich möchte aber noch auf ein paar Punkte eingehen und versuchen, hier ein bisschen konstruktiv zu sein. Das Thema Finanzautonomie der Länder ist heute schon angesprochen worden. Letztendlich haben die Länder, von ein paar Dingen wie der Grunderwerbsteuer abgesehen, relativ wenig Einfluss auf ihr eigenes Steueraufkommen. Ich glaube, da müsste man ganz grundsätzlich ran. Ich denke, das ist Konsens, auch wenn es eine ganz, ganz schwierige Materie ist, weil man immer sofort zu dem Thema kommt, wer wo was drauflegt.

Wir müssen auch eine Vereinfachung im Finanzsystem haben. Ich glaube, das ist ein Paradebeispiel dafür, wie schwierig und wie wenig transparent unsere Finanzverfassung teilweise ist. Ich habe dazu Ende letzten Jahres eine Anfrage gestellt.

Ich weiß nicht, Herr Füracker, ob Sie sich daran erinnern. Die Antwort habe ich Anfang Januar bekommen. Da habe ich sehr philosophisch salbungsvolle Antworten bekommen. Man hat sich geradezu gewunden, genau zu beschreiben, wie das System funktioniert. Entweder man wusste es nicht – aber das bestreite ich dann doch – oder man wollte es bewusst nicht so machen. Oder aber es ist zu komplex, um es in einer Anfrage zu beantworten. Das muss man sich aber einmal anschauen, wie wenig konkret die Antwort tatsächlich ist.

Gleichzeitig sagen wir, wir wollen nicht nur einen Ausgleich im Länderfinanzausgleich haben, sondern wir wollen auch einen Steuerungseffekt haben. Diesen Steuerungseffekt kann ich aber nicht erreichen, wenn ich nicht weiß, was ich mit den Aktionen, die ich in dem einzelnen Land mache, tatsächlich bewirke. Also, von daher muss eine ganz grundsätzliche Systemänderung her.

(Beifall bei der FDP)

Ein Anreizsystem bei den Geberländern gibt es genauso wenig wie bei den Nehmerländern. Also, weshalb soll ich eigentlich wirtschaftlich stärker werden, wenn ich einen Großteil davon wieder abgeben muss? – Auf der anderen Seite ist bei den Nehmerländern auch kein großer Anreiz gegeben, sparsam zu sein. Das ist heute schon mehrfach diskutiert worden. Da sind wir völlig dabei. Der Analyse können wir zu 100 % folgen, ebenso dem Vorwurf, dass es nicht sein kann, dass die Reihenfolge zwischen Nehmer- und Geberländern einfach umgedreht wird. Das ist natürlich auch schwierig.

Aber eine Anmerkung sei mir trotzdem erlaubt. Herr Füracker, Sie haben heute von der Einwohnerveredelung gesprochen, von diesem schönen Spruch. Haben Sie sich schon einmal den kommunalen Finanzausgleich bei uns angeschaut? Da steckt das auch drin. Das System gibt es auch dort. Wir müssen deshalb ein bisschen vorsichtig sein, wenn wir damit um uns werfen. Wir haben tatsächlich auch das Problem.

Die Ausgleichszahlungen sollen, wie gesagt, begrenzt werden. Damit habe ich kein Problem, aber dann sollen sie auch wirklich sauber begrenzt werden, und zwar am besten nicht fix, sondern irgendwie an einen Index gekoppelt oder wie auch immer.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): – Ja, sofort. – Aber jetzt zu sagen: Damals haben wir gut verhandelt, damals haben wir das gedeckelt – jetzt sind die Zahlen davongelaufen. Ich weiß nicht, wie das funktioniert hat.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Damit ist auch der Tagesordnungspunkt 1 beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion
"Sicher in Bayern - Schützen, Helfen, Retten"

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie kennen das Prozedere: Grundsätzlich fünf Minuten Redezeit pro Rednerin oder Redner bzw. für einen Redner oder eine Redne-

rin zehn Minuten. Die fraktionslosen Kollegen können je zwei Minuten reden. – Erster Redner ist Herr Kollege Tobias Reiß von der CSU-Fraktion. Bitte schön.

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte unter uns können sicher nachvollziehen, was in ihren Kolleginnen und Kollegen vorgeht, wenn sie alarmiert werden, was es für die Frauen und Männer bedeutet, an den Einsatzort auszurücken und das eigene Leben aufs Spiel zu setzen, um andere zu schützen und anderen zu helfen. Ich danke diesen Frauen und Männern, die in den Blaulichtorganisationen ihr Leben einsetzen, um anderen zu helfen, die ihr Leben einsetzen, damit wir alle sicher in Bayern leben können.

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Unsere Einsatzkräfte im gesamten Blaulichtbereich haben Anspruch auf unsere vollste Unterstützung, auf beste Ausbildung und auf beste Ausstattung. Für diese Unterstützung steht zum Beispiel das Bayerische Zentrum für besondere Einsatzlagen in Windischeschenbach. Frau Kollegin Schulze, Sie werden es vielleicht nicht kennen,

(Katharina Schulze (GRÜNE): Doch!)

aber an diesem Freitag ist dort Spatenstich für die Erweiterung dieses bundesweit einmaligen Hightech-Trainingsareals für unsere Rettungskräfte.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Ich weiß! – Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Herr Kollege Mistol wird teilnehmen. Es ist ein Zentrum in der Oberpfalz, lieber Jürgen, in dem Einsatz- und Führungskräfte der bayerischen Hilfsorganisationen auf besondere Einsatzlagen und Herausforderungen wie Terroranschläge oder Amoklagen vorbereitet werden. Weitere 32 Millionen Euro fließen in den nächsten Jahren in dieses Gemeinschaftsprojekt mit den bayerischen Rettungsorganisationen. Das ist ein Beispiel für die konsequente und umfassende bayerische Sicherheitsstrategie, mit der wir Bayern zum sichersten Bundesland in Deutschland machen.

(Beifall bei der CSU)

Neben dem BayZBE haben wir drei Feuerweherschulen, und zwar in Würzburg, Ge- retsried und Lappersdorf bei Regensburg. In keinem Bundesland gibt es gleich drei Hightech-Ausbildungsorte für die Feuerwehr wie bei uns. Wir sind verlässlicher Partner der Feuerwehren. In den letzten zehn Jahren investierte der Freistaat über 724 Millionen Euro in die Feuerwehren, davon mehr als 428 Millionen Euro in die Fahrzeug- und Gerätehausförderung und mehr als 296 Millionen Euro in die Ausbildung ehrenamtlicher Feuerwehrleute. Aufgrund der massiven Preissteigerungen haben wir Anfang dieses Monats die Förderfestbeträge erneut angehoben, und zwar in einer nie dagewesenen Höhe: für den Bau von Feuerwehrhäusern um 100 % und für die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und Geräten um 30 %. Die Förderung für den Bau von Feuerwehrhäusern wird verdoppelt. So kann beispielsweise eine Gemeinde für den Neubau eines Feuerwehrhauses mit drei Stellplätzen künftig 390.000 Euro statt wie bisher 195.000 Euro erhalten. Mit diesem Plus an Fördermitteln schaffen wir auch weiterhin bestmögliche Rahmenbedingungen für unsere Feuerwehrleute und für den Schutz der Bevölkerung in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist im gesamten Blaulichtbereich bestens aufgestellt. Wir liegen bei allen wesentlichen Eckdaten der Kriminalstatistik im bundesweiten Vergleich auf Platz

eins. Wir haben die niedrigste Kriminalitätsbelastung, die höchste Aufklärungsquote. Bayern ist und bleibt das sicherste Bundesland. Null Toleranz gegen Gewalt, Opferschutz vor Täterschutz, keine Bagatellisierung von Straftaten, das ist unser Weg. Das bestätigt uns sogar der Herr Bundeskanzler. Warum hat er denn den G7-Gipfel zum zweiten Mal nach Bayern vergeben? – Weil er weiß, dass auf Bayern Verlass ist. Weil er weiß, dass das bayerische Konzept der Deeskalation durch Stärke funktioniert und weil er weiß, dass er es in Hamburg selbst nicht hinbekommen hat. – Wir bekommen das hin, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch bei anderen internationalen Veranstaltungen wie der Münchner Sicherheitskonferenz, weil wir unseren hohen bayerischen Sicherheitsstandard aufrechterhalten und weiter ausbauen.

Das gelingt, weil wir konsequent in die innere Sicherheit investieren, auch im Haushalt 2023 mit einem Rekordetat von 7,3 Milliarden Euro für die innere Sicherheit. Hier setzen wir bewusst einen Schwerpunkt auf die Sicherheit der Menschen in Bayern. Wesentlicher Bestandteil ist hier der weitere Stellenaufwuchs um 500 Stellen bei der bayerischen Polizei. Mit diesem Haushalt erreichen wir das Ziel von 45.000 Stellen. Das ist ein neuer Personalthöchststand und bundesweit einmalig.

Und wir geben unserer Polizei volle Rückendeckung. Unsere Polizistinnen und Polizisten leisten täglich einen unverzichtbaren Dienst, und dafür sind wir dankbar, liebe Kolleginnen und Kollegen. Uns ist aber auch bewusst, dass es in den vergangenen Jahren keineswegs einfacher geworden ist, für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger da zu sein. Gewalt und Gewaltbereitschaft gegen Polizistinnen und Polizisten nehmen ebenso zu wie Handgreiflichkeiten und Prügeleien gegenüber Rettungskräften, Sanitätern oder Ärzten. Unsere Einsatzkräfte erleben leider im Dienst immer wieder, dass Egoismus und fehlendes Verständnis zunehmend an der Tagesordnung sind. Vielen Bürgern mangelt es an respektvollem Umgang. Wir stellen uns klar hinter unsere Einsatzkräfte. Beleidigungen und gewalttätige Angriffe gegen diejenigen, die unsere Ordnung sicherstellen, ahnden wir in Bayern streng und zügig. Wir stehen zu unserer Polizei und werden hier auch in Zukunft nicht nachlassen. Die Polizeiinspektionen vor Ort werden wir auch in den nächsten Jahren mit 1.000 weiteren Stellen stärken.

Wir müssen auch die Bayerische Grenzpolizei stärken und fortführen. Unsere Grenzpolizei ist ein Erfolgsmodell und in Zeiten unzureichenden EU-Außengrenzenschutzes und weniger Kontrollen durch den Bund unverzichtbar. Was haben Sie auf der linken Seite des Hauses 2018 über die Einführung der Grenzpolizei gelästert und gezetert! Heute müssen auch Sie einräumen: Die Bayerische Grenzpolizei ist ein Erfolg:

(Toni Schubert (GRÜNE): Nein!)

Die Grenzpolizei ist ein Stoppschild für Kriminelle. Die Grenzpolizei sichert Bayern. Die Bayerische Grenzpolizei hat im vergangenen Jahr mehr Fahndungstreffer erzielt, mehr illegale Migranten und Schleuser aufgegriffen und mehr Drogen und Waffen sichergestellt als im Vorjahr. Die Anzahl der Fälle stieg im Jahr 2022 auf insgesamt über 56.000; das ist ein Rekordwert seit dem Bestehen der Grenzpolizei. Sie sichert mit modernster Ausrüstung gemeinsam mit der Bundespolizei 1.000 Kilometer Grenze. Davon profitiert nicht nur die Sicherheit in Bayern, sondern in ganz Deutschland. Wir werden die Grenzpolizei auf insgesamt 1.000 Stellen ausbauen.

In Bayern setzen wir neben erforderlichen personellen Kapazitäten auch auf eine hochmoderne Ausstattung unserer Einsatzkräfte: neue ballistische Schutzausstattung, neue Dienstpistolen, neue Mitteldistanzwaffen, flächendeckende Ausstattung

mit Bodycams, Smartphones, Notebooks und Digitalisierung der Streifenwagen. Unsere Polizei braucht für unsere Sicherheit die beste Ausstattung.

Das Programm "BAYERN DIGITAL" der bayerischen Polizei sieht über einen Zeitraum von fünf Jahren über 120 Millionen Euro für neue IT-Technik und 86 neue Mitarbeiter im IT-Bereich vor. Mit unserem Konzept "Mobile Police" statten wir die bayerische Polizei mit hochmoderner Ausrüstung und innovativer Technik aus. Investitionen dieser Größenordnung sind bundesweit einmalig. Diese Investitionen werden unserer Polizei über Jahre hinweg eine Spitzenstellung im Bereich der Digitalisierung sichern. Wir wollen den vollen digitalisierten Streifenwagen, der den ortsunabhängigen Zugriff auf alle erforderlichen Informationen zu einem Einsatz in Echtzeit ermöglicht. Das beschleunigt polizeiliche Arbeitsabläufe und entlastet unsere Einsatzkräfte.

Wir investieren insgesamt 145 Millionen Euro in die neue Hubschrauberflotte. Bis Mitte 2025 erhält die Polizeihubschrauberstaffel acht neue hochmoderne Hubschrauber. Die acht neuen Maschinen stehen natürlich vorrangig für polizeiliche Zwecke zur Verfügung, können bei Bedarf aber auch zum Beispiel im Rahmen der Amts- und Katastrophenhilfe zu Löschzwecken eingesetzt werden.

Wir sorgen für ein zuverlässiges Beschaffungswesen und schaffen 200 neue Arbeitsplätze in Hof. Neben dieser personellen und technischen Ausstattung sorgen wir in Bayern auch für einen modernen Rechtsrahmen, der keine Sicherheitslücken entstehen lässt und Bürgerrechte respektiert.

Die PAG-Novelle 2021 ist durch die Expertenkommission bestens vorbereitet; das hat sich gelohnt. Laut neuester Rechtsprechung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs ist zum Beispiel der Präventivgewahrsam verfassungsgemäß, und auch der von der Opposition massiv kritisierte Begriff der drohenden Gefahr und seine Ausgestaltung in Artikel 11 PAG wurde in der Expertenanhörung im Innenausschuss nicht grundsätzlich kritisiert. Die Schaffung dieses neuen Tatbestandes ist aus unserer Sicht gerade im Hinblick auf Terrorismusabwehr oder Internetkriminalität notwendig und verfassungsrechtlich vertretbar.

Zur Bekämpfung der Internetkriminalität wird mein Kollege Alfred Grob sicher noch einiges sagen. Es kann nicht sein, dass wir Strafverfolgerhinweise auf Kindesmissbrauch nicht nachverfolgen können, da in Deutschland keine Daten mehr gespeichert sind. Der EuGH erlaubt mit seinem Urteil vom September 2022 die Sicherung von IP-Adressen ausdrücklich. Über die Notwendigkeit der IP-Adressenspeicherung ist sich die Innenministerkonferenz absolut einig. Gerade bei Missbrauchsbekämpfung im Netz müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. In der Bundesregierung sind deshalb FDP und GRÜNE aufgefordert, endlich ihre ideologischen Scheuklappen abzulegen und die gesetzlichen Regelungen zu schaffen.

Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit und für Vertrauen in den Rechtsstaat. Stärken wir gemeinsam ein sicheres Bayern und damit das Vertrauen der Menschen in unseren Freistaat!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster erteile ich der Kollegin Katharina Schulze für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst letzte Woche war ich bei der Johanniter-Unfall-Hilfe in Regensburg und konnte mich vor Ort davon überzeugen, mit welcher Professionalität und mit welchem Engagement sich Menschen für die Sicherheit in unserem Land einsetzen. Bei mei-

nen vielen Blaulicht-Besuchen – egal ob bei der Feuerwehr, beim Rettungsdienst, bei Hilfsorganisationen oder bei der Polizei – treffe ich immer wieder auf Menschen, die sich ohne viel Aufhebens für die Allgemeinheit einsetzen. Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht selbstverständlich, und ich bin dafür sehr dankbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dank dieser Menschen ist unser Bayern ein sicheres Land. Das zeigt die Kriminalstatistik, das zeigt der bundesweite Vergleich. – Vielen Dank für Ihren Einsatz rund um die Uhr für uns alle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, mein innenpolitischer Leitspruch ist klar: Alle Menschen müssen in Bayern frei und sicher leben. Dafür brauchen wir einen starken demokratischen Rechtsstaat. Er kann Bedrohungen effektiv abwehren und unsere Grundrechte schützen. Unsere Demokratie muss mit einer starken Zivilgesellschaft, gut ausgestatteten Blaulichtorganisationen und einer handlungsfähigen starken Justiz wehrhaft bleiben.

Eine wirksame Innenpolitik, die tatsächlich mehr Sicherheit schafft, gründet sich auf Fakten, bedient sich verfassungskonformer Instrumente und spielt nicht mit den Ängsten der Bevölkerung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als GRÜNE denken wir Sicherheitspolitik auch immer umfassend. Um Kriminalität und Gewalt zu bekämpfen, braucht es natürlich gut ausgestattete Sicherheitsbehörden, aber ebenfalls Investitionen in Präventionsarbeit, in Bildung und Sozialpolitik. All das gehört genauso dazu wie eine enge europäische Kooperation.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können uns nicht einfach nur auf das Engagement der vielen Menschen in den Blaulichtorganisationen verlassen. Wir können einfach dankbar dafür sein, dass sie ihre Arbeitszeit und ihre Freizeit in den Dienst der Gesellschaft stellen und sich in diesem Bereich engagieren. Wir hier im Parlament sind dafür verantwortlich, dass sie auch noch in den nächsten Jahren ihre Arbeit gut leisten können. Deswegen ist es wichtig, in einer sicherheitspolitischen Debatte darüber zu sprechen, welchen Herausforderungen die Blaulichtorganisationen entgegentreten müssen.

Eine Herausforderung ist natürlich die Klimakrise. Die Klimakrise führt zu mehr Großschadensereignissen durch Extremwetterereignisse wie Starkregen oder Waldbrände. Der Katastrophenschutz muss deswegen klimafest ausgerichtet werden. Gleichzeitig haben wir durch den schrecklichen Krieg Russlands gegen die Ukraine und die veränderte internationale Sicherheitsarchitektur verstärkt hybride Bedrohungslagen durch Cyberattacken und konkrete Angriffe auf kritische Infrastruktur. Wir müssen also den Zivilschutz modernisieren.

Wir dürfen auch den demografischen Wandel und den Fachkräftemangel nicht außer Acht lassen; denn auch er trifft die Blaulichtorganisationen. Gerade bei der Feuerwehr und bei den Rettungsdiensten ist das Ehrenamt eine der tragenden Säulen. Deswegen müssen wir es schaffen, Ehrenamtliche weiter in den Blaulichtorganisationen zu halten und dafür ein attraktives Umfeld zu schaffen.

Besonders wichtig finden wir, dass wir dabei auch auf die Kompetenz der Frauen achten. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: In Bayern leisten derzeit circa 34.000 Frauen ihren Dienst bei der Feuerwehr; das sind gut 10 % und 1 % davon als Führungs-

kraft. Hier liegt in unseren Augen ein sehr großes Potenzial, das wir noch besser nutzen müssen und auch besser nutzen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben in dieser Legislatur im Innenausschuss unter dem Vorsitzenden Martin Runge von den GRÜNEN genau zu diesen Themen Anhörungen initiiert, wir haben eine Grüne Sicherheitskonferenz veranstaltet, und bei den unzähligen Besuchen vor Ort war immer wieder klar: Die Menschen, die sich für uns ins Zeug legen, müssen wir klar und deutlich unterstützen. Dabei geht es vor allem um Investitionen in die Menschen. Was wollen wir also bei der Polizei? – Für uns ist klar: Die Polizei muss mit den Mitteln ausgestattet sein, die sie benötigt, um effektive und grundrechtssensible Gefahrenabwehr zu betreiben und Straftaten erfolgreich aufzuklären. Das bedeutet: mehr Tarifbeschäftigte, mehr Beamtinnen und Beamte, mehr IT-Spezialisten, genug Zeit für Übungen und Training, für Aus- und Fortbildungen, eine gute Ausstattung. Und – das geht mir in der Debatte ganz oft ein wenig unter – wir müssen auch klar und deutlich sagen: Die Polizei ist nicht für die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme zuständig. Wir müssen Polizistinnen und Polizisten von vollzugsfremden Aufgaben entlasten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erst vor ein paar Tagen kam heraus, dass auch Bayerns Polizei ein Nachwuchsproblem hat; die Bewerberzahlen gehen auch dort zurück. Da müssen unsere Alarmglocken schrillen, und wir müssen die Investitionen in Aus- und Fortbildung stärken und einen Schwerpunkt auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzen, um Nachwuchs gewinnen zu können.

Das Gleiche gilt übrigens auch für die vielen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen im Katastrophenschutz. Ich hatte schon gesagt: Die Klimakrise wird von ihnen noch mehr Einsätze erfordern. Wir müssen also die kommunale Gefahrenabwehr und den Katastrophenschutz stärken und besser ausstatten.

Was bei den vielen Gesprächen, die wir mit den Menschen vor Ort hatten, immer wieder kam, war: Wir brauchen mehr Übungen, über die Landkreisgrenzen hinweg, mit den verschiedenen Organisationen, auch einmal mit unseren Nachbarn Österreich oder Tschechien oder mit anderen Bundesländern; denn Großschadensereignisse finden ja nicht nur in einem Landkreis statt. Daher müssen wir vernetzt und gemeinsam denken.

Was auch immer wieder kam und was ich für einen sehr wichtigen Punkt halte, ist, dass wir die Hilfe zur Selbsthilfe in der Gesellschaft stärken müssen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen auch klarer wissen, was in Notsituationen zu tun ist und wie sie die Retterinnen und Retter zusätzlich unterstützen können. Deshalb muss Bayern eindeutig stärker in die Warninfrastruktur und in Kurse zur Selbsthilfe investieren und bereits an den Schulen das Thema durch Angebote tief verankern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Positiv hervorheben möchte ich, dass sich das Innenministerium bei einer Sache endlich bewegt hat: Die Zuwendungen für die Feuerwehr werden aufgrund der Mehreinnahmen aus der Feuerschutzsteuer erhöht. Kolleginnen und Kollegen, das ist etwas Gutes. Wir GRÜNE haben dazu x Vorstöße unternommen. Unseren Antrag haben Sie erst von ein paar Monaten abgelehnt; jetzt kommt es endlich. Das buchen wir auch als unseren Erfolg ein. Das ist gut für unsere Feuerwehrlerinnen und Feuerwehrler. Gut, dass das jetzt endlich kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen – Kollege Reiß hat das auch schon gesagt –, wir müssen die Einsatzkräfte vor Gewalt schützen. Ich stimme ihm absolut zu. Es kann nicht sein, dass die Menschen, die anderen helfen, selber Opfer von Gewalt werden. Von Ihnen hätte ich jetzt aber schon gerne einmal einige konkrete Maßnahmen gehört; denn wenn man das fachlich betrachtet, sieht man sehr deutlich, dass die allermeisten Rettungskräfte, Polizistinnen und Polizisten und Feuerwehrleute von Menschen, die stark alkoholisiert sind, entweder verbal oder körperlich angegriffen werden. Deswegen müssen wir die alkohol- und zielgruppenspezifische Gewaltprävention in diesem Land ausbauen. Es ist nicht akzeptabel, dass Menschen, die anderen Menschen in Notlagen helfen, Ziel von Angriffen werden, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielmehr ist unsere Aufgabe in der Politik, ihnen den Rücken mit klugen Investitionen freizuhalten, die Ausrüstungen zu verbessern, ins Personal zu investieren und in diesem Bereich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranzutreiben und natürlich kluge, verfassungskonforme Gesetze zu machen, um Freiheit und Sicherheit für alle Menschen in diesem Land zu gewährleisten. Dafür stehen wir GRÜNE; dafür bringen wir uns gerne mit unseren Vorschlägen ein. Wir freuen uns, wenn unsere Anregungen Stück für Stück übernommen werden, und werden da auch nicht lockerlassen; denn alle Menschen sollen in unserem schönen Land frei und sicher leben können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist für die FREIEN WÄHLER Kollege Wolfgang Hauber.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle haben das Glück, in einem sicheren Land mit ausreichender Versorgung zu leben. Das ist ein Privileg. Das haben wir in den letzten, von verschiedenen Krisen geprägten Jahren erfahren. Migration, Corona und Energieknappheit haben unseren Blick auf unseren Lebensstandard geändert. Was wir bis dahin für selbstverständlich gehalten haben, wissen wir nun noch mehr zu schätzen.

Klar wurde in den Krisenzeiten auch, wo wir ohne das ehrenamtliche Engagement in Bayern stehen würden. All die Freiwilligen in den Feuerwehren, im Katastrophenschutz und im Rettungswesen sind ein wesentlicher Baustein, damit Bayern sicher ist und bleibt. Sie sind da, wenn Hilfe benötigt wird, und das rund um die Uhr. Daher möchte ich mir die Zeit nehmen, zunächst einmal ein herzliches Vergelt's Gott an alle Ehrenamtlichen zu richten. Sie sind die Stütze und das Rückgrat, damit Bayern lebenswert und sicher ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir FREIE WÄHLER haben uns in dieser Legislaturperiode innerhalb der Bayernkoalition dafür eingesetzt, dass Bayern sein hohes Sicherheitsniveau halten kann, dabei aber nicht über die Maßen in die Rechte unserer Bürger eingegriffen wird; denn für uns ist klar: Unsere Freiheitsgrundrechte sind die Basis unserer Staatsordnung. An ihr muss sich jeder staatliche Eingriff messen lassen. Wir sehen die garantierte Freiheit der Bürger als Herausforderung für jeden Einzelnen, verantwortungsvoll damit umzugehen.

Wir FREIE WÄHLER wollen eine angemessene Balance zwischen bürgerlicher Freiheit und innerer Sicherheit wahren. Ich meine, das ist uns gut gelungen. Wir haben uns innerhalb der Bayerischen Staatsregierung auch dafür eingesetzt, dass

Feuerwehr- und Rettungsdienstmitarbeiter die Möglichkeit bekommen, einen Platzverweis auszusprechen, wenn sie in ihrer Arbeit behindert werden. Es darf nicht sein, dass Chaoten Helfer behindern oder angreifen. Das ist ein neues gesellschaftliches Phänomen. Es erschreckt mich, dass es bei uns so weit gekommen ist. Leider konnten wir dieses Projekt in der aktuellen Koalition noch nicht umsetzen; ich gehe aber davon aus, dass es irgendwann kommen wird.

Doch wir wissen auch, dass nicht nur die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Sicherheit eines Landes maßgeblich sind. Auch eine angemessene finanzielle Ausstattung muss sichergestellt sein. Deshalb freuen wir uns, dass das Innenministerium unsere Ideen und Forderungen aufgegriffen hat und letzte Woche die Förderung der Feuerwehren nochmals aufgestockt hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bereits zum 1. Januar 2022 wurde die Feuerwehrförderung erhöht. Die jetzige Erhöhung wird helfen, die größten finanziellen Lücken zu stopfen. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Feuerwehren funktionsfähig zu erhalten und um unsere Kommunen zu unterstützen. Dies ist auch dringend notwendig, da gerade unsere Gemeinden, Landkreise und Bezirke in den vergangenen Krisensituationen enorme Mehrbelastungen auf sich genommen haben.

Jetzt steht noch die angemessene Unterstützung der anderen Rettungsdienste, insbesondere von Bergrettung und Wasserwacht aus. So trägt beispielsweise die Bergrettung wesentlich dazu bei, dass Bayern ein sicheres und attraktives Tourismusland ist und bleibt. Insbesondere die bayerische Bergwelt ist ein Tourismusmagnet, der für circa 60 % der Übernachtungen in Bayern sorgt. Mit der Bergrettung, die schwerpunktmäßig auch ehrenamtlich sichergestellt wird, wird dafür gesorgt, dass sich die Gäste im Notfall auf eine funktionierende Rettung verlassen können.

Gleiches gilt für Wasserwacht und DLRG an den bayerischen Seen. Auch hier sind die finanziellen Mittel zu knapp bemessen. Hier werden Investitionen in die Zukunft benötigt, die mit der aktuellen finanziellen Ausstattung und unter den geänderten wirtschaftlichen Bedingungen nicht möglich sind. Wir haben uns daher in der Bayernkoalition auch für eine stärkere finanzielle Unterstützung des gesamten Rettungsdienstes starkgemacht und werden dies auch weiter tun.

In dieser Legislaturperiode hat sich einiges getan. Im Bereich des Rettungsdienstes wurde das neue Rettungsmittel Telenotarzt geschaffen und ein landesweites digitales Notfallregister eingerichtet. Für den Katastrophenschutz wurde die Beschaffung der ersten zusätzlichen Notstromsätze in die Wege geleitet. Neue Hubschrauber, auch zur Bekämpfung von Waldbränden, und Satelliten-Sprechfunkgeräte für alle Katastrophenschutzbehörden wurden angeschafft. Auch wurden die Integrierten Leitstellen weiter ausgebaut und in das Gesamtsystem eingegliedert. Mich freut insbesondere sehr, dass wir es geschafft haben, die Erhöhung der Übungsleiter- und Ehrenamtszuschläge sowie Beistandsoffensiven für gemeinnützige Vereine und Organisationen in Corona-Zeiten und im Rahmen der Energiepreiskrise durchzusetzen.

Wir sind ein verlässlicher Partner für unser Ehrenamt. Doch wir wissen auch: Geld ist nicht alles; denn was nützt eine angemessene finanzielle Ausstattung, wenn sich keine Ehrenamtlichen für die Tätigkeit finden? Die angemessene Ausstattung der Ehrenamtlichen bei Feuerwehr und Rettungsdienst ist Mindestvoraussetzung für die Sicherheit in Bayern. Sie alleine reicht aber nicht aus, um die Funktionsfähigkeit sicherzustellen. Wir FREIE WÄHLER wissen das aufgrund unserer kommunalpolitischen Prägung und des guten Kontakts zu unserer Basis.

Wir haben dieses Wissen in die Bayernkoalition eingebracht. Wir brauchen keine Forschungsprojekte, um dies zu erkennen. Wir sind davon überzeugt, dass man einfach den Organisationen vor Ort zuhören muss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben uns daher dafür starkgemacht, dass Ehrenamtliche bei Feuerwehr und Rettungsdiensten Vergünstigungen beim Erwerb des Führerscheins erhalten; denn das Ehrenamt muss attraktiv sein und bleiben. Dass dies der richtige Weg ist, zeigen gerade auch die Erfahrungen, die wir mit der von den FREIEN WÄHLERN ins Leben gerufenen Ehrenamtskarte in den Kommunen sammeln konnten. Diese Erfahrungen wollten wir auf Landesebene nutzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich darf noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass unsere Ehrenamtlichen das Rückgrat unserer Gesellschaft sind. Sie sind es, die die Attraktivität und Sicherheit Bayerns maßgeblich sicherstellen.

Wir müssen alles tun, um unsere engagierten Bürgerinnen und Bürger weiterhin für das Ehrenamt zu interessieren. Dazu gehören mindestens passende rechtliche Umstände und eine angemessene finanzielle sowie technische Ausstattung. Daneben brauchen wir aber auch Zusatzangebote, um das Ehrenamt attraktiver zu gestalten.

Ich freue mich daher von ganzem Herzen, dass es uns FREIEN WÄHLERN gelungen ist, dass der Freistaat einen Pauschalvertrag mit der GEMA abschließen konnte. So können ehrenamtlich Tätige und gemeinnützige Vereine in Bayern ohne Zahlung von GEMA-Gebühren bis zu zwei Musikveranstaltungen jährlich durchführen. Das ist der erste Schritt in die richtige Richtung. Davon sind wir überzeugt.

Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, das Ehrenamt attraktiv zu erhalten; denn das ist nach unserer Überzeugung des Pudels Kern, wenn man in Bayern sicher leben möchte.

Deshalb nochmals vielen Dank an alle, die uns schützen und im Bedarfsfall professionell helfen und retten! Herzlichen Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner spricht für die AfD-Fraktion, es ist der Kollege Roland Magerl.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! "Sicher in Bayern – Schützen, Helfen, Retten" – wie es zu erwarten war, beweihräuchert sich die Regierungskoalition vor der Wahl mal wieder selbst.

Was macht die Staatsregierung eigentlich für unsere Einsatzkräfte? – Die letzten fünf Jahre nicht wirklich viel. Unsere Feuerwehren sind unterbesetzt und unterfinanziert. Zum Glück ist jetzt kurz vor der Wahl endlich mal ein Schritt in die richtige Richtung beschlossen worden.

In vielen ländlichen Bereichen ist es den Feuerwehren während des Tages schlichtweg nicht mehr möglich auszurücken, da die Kameraden beruflich an anderen Orten gebunden sind oder die Arbeitgeber die Kameraden nicht mehr freistellen – Schlagwort Retterfreistellung; da gehört ebenfalls angesetzt.

Die Rettungsdienste leiden unter einem Mangel an Ressourcen. Der von Ihnen allen geforderte Impfwang hat dazu geführt, dass viele Ehrenamtliche schlicht und einfach hingeschmissen haben.

(Zuruf von der CSU: Stimmt nicht!)

– Ja, damit müssen Sie leben.

(Andreas Winhart (AfD): Recht hat er!)

Das Thema muss dringend aufgearbeitet werden. Wir werden dafür in der nächsten Legislatur, nach der Wahl sorgen.

Man darf nicht nur über die Ehrenamtlichen reden, sondern man muss auch mit ihnen reden und sie vor allem ernst nehmen. Gespräche nur mit der Ärztelobby schaffen in dem Fall keine Abhilfe.

Wir von der AfD haben als einzig wahre Opposition hier im Haus das Thema Ehrenamt auf unserer Agenda ganz weit oben. Auch die Polizei kann sich auf uns verlassen.

(Lachen bei der CSU)

Seit fünf Jahren bieten wir hier im Hohen Haus sinnvolle Lösungen an, die von Ihnen mit Überheblichkeit, Arroganz und Platzangst ständig abgelehnt werden.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben da zum Beispiel die Implementierung mobiler Retter in Bayern aus dem Jahr 2021.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das war vor zwei Jahren!)

Das wurde von Ihnen allen schlechtgeredet und abgelehnt. Doch was ist passiert? – Es hat sich herausgestellt, dass die Idee trotzdem gut war. Nicht umsonst gibt es seit 2022 die Mobilen Retter, unter anderem nun auch in Cham, in Neumarkt und in Regensburg.

Der Antrag, flächendeckend eine einheitliche IT-Lösung – Einsatzleitsoftware – für Bayern zu unterstützen, ist ebenfalls abgelehnt worden. Und was haben wir jetzt? – Es werden bereits 25 Landkreise und kreisfreie Städte mit Apps ausgestattet, wo aber jeder querfeldein für sich was Eigenes anschafft.

Die Staatsregierung hätte da normalerweise eine Vorreiterrolle einnehmen und eine einheitliche Softwarelösung anbieten müssen, um die Sicherheit der bayrischen Bürger weiter zu verbessern. Stattdessen werden die Apps nun von unterschiedlichen Firmen, Entwicklern und Vereinen erstellt.

Oder erinnern Sie sich noch daran, als wir 2019 vorgeschlagen haben, dass man doch die Anzahl und Struktur der Integrierten Leitstellen in Bayern verschlanken könnte? – Sie warfen uns vor, wir wollten den Rettungsdienst zerstören, wir wollten gute Systeme vernichten. Im März 2022 ist dann die Entscheidung für die Zusammenlegung der Rettungsdienstzweckverbände Amberg und Nordoberpfalz gefallen, weil die genau wie wir erkannt haben, dass das Ganze effizienter und vor allem auch kostengünstiger ist.

Das sind bloß drei unserer zahlreichen Anträge, welche Sie allesamt schlechtgeredet und abgelehnt haben, welche Sie zum Nachteil unserer Bevölkerung verzögert haben, um sich später mit fremden Federn zu schmücken. Aber das kennen wir ja.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben noch viele gute Ideen, welche sich jedenfalls über kurz oder lang durchsetzen werden. Da sind wir uns ganz sicher. Mehr Kompetenzen für Notfallsanitäter – auch ein Thema, worüber schon längst geredet gehört, um ein System zu entlasten; das ist längst überfällig. Viele Notfallsanitäter gehen eben in andere Bundesländer, weil hier die Umsetzung guter Ideen behindert und verzögert wird und die Wertschätzung dort höher ist. Wir fordern eine bessere Vergütung von Notärzten, und das Ganze nicht nur basierend auf einsatzbezogener Vergütung; für viele Notärzte lohnt es sich schlichtweg nicht mehr, ist es besser, wenn man einen KVB-Dienst übernimmt.

Das ganze System läuft mittlerweile auf Krücken. Unsere Feuerwehren, Rettungsdienste und das THW brauchen eine gute Finanzierung. Die Kosten für Fahrzeuge und Ausrüstung sind mittlerweile inflationsbedingt explodiert. Es muss selbstverständlich sein, dass man, wenn sich sehr viele Bürger schon ehrenamtlich organisieren und somit die absolute Stütze der Gesellschaft bilden, hier für genügend Ausrüstung und gute Mittel sorgt. Wir brauchen eine bessere Anerkennung des Ehrenamts; das ist ja schon angesprochen worden. Ich denke, das ist einer der Punkte, wo wir uns wirklich einig sind; das sollten wir im Hohen Haus weiterhin gemeinsam im Auge behalten.

Mir bleibt noch zu sagen: Vielen Dank an alle ehrenamtlichen Einsatz-, Pflege- und Unterstützungskräfte sowie an alle Polizeibeamten für euer Engagement und euren Verdienst an den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern! Ohne euch geht's einfach nicht. Mit der AfD habt ihr auf jeden Fall einen verlässlichen Partner, der euch zuhören und auch unterstützen wird.

An euch, liebe selbsternannte demokratische Parteien: Ihr habt noch viele Hausaufgaben zu erledigen, um euch die Selbstbeweihräucherung auch zu verdienen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Stefan Schuster das Wort.

Stefan Schuster (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Fragt man Kinder, was sie später werden wollen, hört man oft "Ich will Polizist werden" oder: "Ich will Feuerwehrmann werden." Kein Wunder, dass "Feuerwehrmann Sam" eine beliebte Kinderserie ist und die Erwachsenen gerne Polizei- und Krankenhausserien schauen.

Warum? – Diese Menschen tun etwas Sinnvolles. Sie leben Idealismus. Sie schützen, helfen, retten. Sie sind tragende Säulen unserer Gesellschaft, und das meist ehrenamtlich. Sie schützen uns vor Verbrechen, bergen uns bei Autounfällen oder retten auch einmal – wie vor ein paar Tagen in München – Entenküken.

Wir in Bayern haben 45.000 Polizisten, 326.000 Feuerwehrler und viele Hunderttausend Ehrenamtliche im Rettungsdienst. Ihnen allen sage ich: Respekt und danke schön im Namen der SPD-Fraktion!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Ja, Bayern ist sicher. Deshalb, liebe FREIE WÄHLER, muss man in Bayern auch nicht mit einem Messer in der Hosentasche herumlaufen. Bayern ist sicher. Aber das ist nicht das Verdienst der CSU. Nein, das ist allein die Leistung der vielen

Menschen, die tagtäglich bei Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst alles geben, um uns zu schützen.

Lassen Sie mich als Feuerwehrmann einige Worte zur Feuerwehr sagen. Schön, Sie haben kurz vor der Wahl – endlich! – die Förderung erhöht. Das hatten wir in den vergangenen Jahren ständig gefordert – und wurde von Ihnen ständig abgelehnt.

Ich habe Anfang Mai dieses Jahres eine Schriftliche Anfrage zu dem Thema gestellt – ich zitiere daraus –:

Plant die Staatsregierung eine Erhöhung der Festbeträge für Feuerwehrhäuser in den Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien?

Antwort:

Die Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien vom 17.12.2021 haben eine Laufzeit bis zum 31.12.2024. Aktuell ist eine Änderung daher nicht beabsichtigt.

Ich habe weiter gefragt:

Plant die Staatsregierung weitere Maßnahmen, um Kommunen bei Neubau, Erweiterung und Sanierung von Feuerwehrhäusern zu unterstützen?

Antwort der Staatsregierung:

Planungen für eine weitergehende Unterstützung der Kommunen speziell bei Baumaßnahmen im Bereich der Feuerwehrhäuser bestehen gegenwärtig nicht.

Wie aufrichtig die Erhöhung nun ist, kann sich jeder kurz vor der Wahl selbst ausrechnen.

(Zuruf von der CSU)

Die Erhöhung ist natürlich gut, keine Frage, reicht aber aus unserer Sicht nicht aus. Eine Schwachstelle – ich muss es leider so sagen – der Förderung ist nach wie vor, dass Sie nur den Neubau von Feuerwehrhäusern fördern, aber nicht die Sanierung. Ich schildere Ihnen jetzt ein Beispiel aus meiner Heimatstadt Nürnberg: Die Stadt hat in der jüngsten Zeit sechs Gerätehäuser für die Freiwillige Feuerwehr neu gebaut oder alte saniert. Das hat die Stadt Nürnberg 25,5 Millionen Euro gekostet. Sie hat vom Freistaat dafür 378.000 Euro Zuschuss bekommen; das sind 1,5 %. Selbst wenn die Förderung jetzt verdoppelt würde, wären es immer noch nur 3 %. Also, bitte etwas vorsichtiger sein mit der Selbstbeweihräucherung! Sie könnten das nämlich noch ändern.

(Beifall bei der SPD)

Bayern hat allein im Jahr 2022 knapp 100 Millionen Euro aus der Feuerschutzsteuer eingenommen. Ausgabereste aus dem Vorjahr stehen in Höhe von knapp 80 Millionen Euro zur Verfügung. An Fördermitteln ausbezahlt haben Sie 2022 gerade einmal 42,1 Millionen Euro. Das sind übrigens gut 10 Millionen Euro weniger als noch 2018.

Wir müssen in unsere Feuerwehren viel mehr investieren. In Zukunft müssen wir noch besser auf Starkregen und Waldbrände vorbereitet sein; dafür brauchen wir die beste Ausrüstung.

(Beifall bei der SPD)

Ein Herzensanliegen ist für mich die Einführung einer Feuerwehrrente als kleine Anerkennung. Herr Innenminister Herrmann, wir haben in der jüngsten Sitzung des Beirats des Landesfeuerwehrverbandes darüber gesprochen. Der Oberbürgermeister von Aschaffenburg war ebenfalls dort und hat ein Modell, das die Stadt jetzt einführt, vorgestellt. Darüber sollten wir uns noch einmal Gedanken machen. Wir brauchen Respekt und Anerkennung. Dazu gehört aus meiner Sicht auch eine Feuerwehrrente.

Ich komme zum Schluss. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist – nach über 21 Jahren – vermutlich meine letzte Rede hier im Plenum. Ich freue mich auf meinen neuen Lebensabschnitt. Zuvor aber will ich mich für diese schöne, wunderbare Zeit bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber auch bei den Verbänden und den Gewerkschaften bedanken. Wir haben vieles auf den Weg gebracht – zum Wohle der Menschen in Bayern.

Ich möchte Ihnen noch eines mit auf den Weg geben: Die Angriffe auf unsere Ehrenamtlichen, auch auf unsere Polizei und unsere Feuerwehr, nehmen zu. Das ist schlimm. Wir stellen uns dem gemeinsam in den Weg. Bei allem inhaltlichen Streit, der oft – oder eigentlich immer – berechtigt ist, erwarte ich, dass wir uns schützend an die Seite derer stellen, die uns schützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Kollege Schuster. Auch ich wünsche Ihnen für den neuen Lebensabschnitt alles Gute.

Der nächste Redner ist Herr Kollege Alexander Muthmann für die FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Stefan, das Thema der Aktuellen Stunde lautet: "Sicher in Bayern – Schützen, Helfen, Retten". Zunächst gilt es – insoweit schließe ich mich meinen Vorrednern an –, allen Polizistinnen und Polizisten sowie allen Ehrenamtlichen, die sich dem Dienst an der Sicherheit Bayerns verschrieben haben, herzlich Dank zu sagen und die Leistungen anzuerkennen, die sie rund um die Uhr, 24 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche, erbringen. Dieser Dienst ist für die Sicherheit Bayerns unverzichtbar.

Ich will das, was mir am wichtigsten ist, voranstellen. In dieser Debatte ist das Problem der Verrohung bereits mehrfach angesprochen worden. Um die Motivation und die Bereitschaft derjenigen, die für unsere Sicherheit sorgen, aufrechtzuerhalten, müssen wir sie vor Verrohung, Gewalt, Bedrohung und Beleidigung in Schutz nehmen. Zumindest dürfen wir die Stimmung in der Gesellschaft nicht unnötig aufheizen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und da sind die obersten Repräsentanten unseres Staates in besonderer Verantwortung. Wenn beispielsweise der Stellvertretende Ministerpräsident, wie zum Beispiel in Erding geschehen, den politischen Diskurs in Fäkalsprache führt – Sie wissen, welche Formulierung ich meine; ich will sie nicht wiederholen –, dann gibt das ein negatives Beispiel, vielleicht sogar Orientierung, wie Debatten geführt werden. Streit – ja, Entgleisungen – nein. Sonst brauchen wir uns über weitere verbale und sonstige Exzesse gegenüber unseren Sicherheitskräften nicht zu wundern, sondern wir forcieren diese Entwicklung womöglich.

Ich empfehle "Über den Anstand in schwierigen Zeiten und die Frage, wie wir miteinander umgehen" von Axel Hacke als Fortbildungslektüre, aber nicht für die Sicherheitskräfte, sondern als Thema für die nächste Kabinettsitzung.

Sicherheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe – nicht nur was Stimmungsentwicklungen angeht, sondern auch was Klimapolitik und mögliche Umweltkatastrophen angeht – ist natürlich nicht allein im Ressort des Innenministers angesiedelt, sondern über alle Ressorts hinweg zu verantworten.

Lassen Sie mich noch ein paar Takte zu dem Einzelplan 03 sagen. Ich will in Erinnerung bringen, dass die FDP dem Einzelplan 03 in den vergangenen Jahren jeweils zugestimmt hat, weil wir eine Personal- und Sachausstattung, die sich ständig verbessert, für richtig und wichtig, ja für unverzichtbar halten. Aber damit ist es nicht getan. Es braucht auch in diesem Bereich eine Aufgabenkritik. Dazu gehört die Beantwortung der Frage, ob alle Aufgaben in der bisherigen Form erfüllt werden müssen. Es braucht zudem Effizienzsteigerungen. Dazu will ich ein paar Anmerkungen ergänzen.

Zum einen gelingt es der Staatsregierung in dieser Legislaturperiode offenbar nicht, das angekündigte – und notwendige – digitale Recherchetool VeRA von Palantir in verfassungskonformer Ausgestaltung einzuführen; das haben Sie sozusagen in die nächste Legislaturperiode verwiesen.

Zum anderen hatte der Innenminister schon 2016 festgestellt, dass die Sondereinsatzkräfte dringend eine Fortbildungsmöglichkeit brauchen. Bis heute ist noch nicht einmal ein Standort bekannt. Dass schon 2017 eine Fortbildungseinrichtung in Niederbayern angekündigt worden ist, ohne dass bisher konkrete Planungen vorliegen, ist auch ein Trauerspiel.

Wir müssen insbesondere darauf achten, dass wir Polizeinachwuchs weiterhin in ausreichendem Maße gewinnen können. Für die Nachwuchsgewinnung ist ein Konzept notwendig. Ich darf nur darauf hinweisen, dass im ersten Quartal nicht mehr alle Ausbildungsstellen besetzt werden konnten. Bisher fehlt es an kreativen Vorstellungen, um den notwendigen Personalnachwuchs zu gewinnen.

Mit Blick auf die Uhr nur noch ganz kurz zu dem Thema Freiwillige Feuerwehren und Katastrophenschutz: Ja zur zusätzlichen Förderung – natürlich! Aber die kommunalen Vertreter wissen, dass wir wirtschaftsstarke und wirtschaftsschwache Kommunen haben und dass es vielen wirtschaftsschwachen Kommunen auch in Zukunft schwerfallen wird, den notwendigen Eigenanteil aufzubringen. Es hätte Gelegenheit bestanden, im Rahmen der Mittelaufstockung auch Korrekturen am Förderprogramm anzubringen.

Zuletzt die Anmerkung: Auch die Stärkung des Ehrenamtes ist notwendig. Wir hatten eine Anhörung; die Umsetzung fehlt. Die Evaluation der in den letzten Jahren ergriffenen Katastrophenschutzmaßnahmen, eine Kommunikationsverbesserung und die bessere Einbindung von Freiwilligen sind überfällig. Mehr kann ich dazu – leider! – an dieser Stelle nicht sagen; dazu fehlt mir die Zeit.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU erteile ich dem Kollegen Alfred Grob das Wort.

Alfred Grob (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Als langjährigem Polizisten und Mitglied des Innenausschusses ist es für mich natürlich schon ein schöner Moment, mal hier vorne zu stehen und zu sagen: Wir sind Marktführer in Sachen innerer Sicherheit, wir sind Nummer eins, was die Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland betrifft.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es soll jetzt nicht der Eindruck entstehen, dass wir uns auf diesen Lorbeeren ausruhen wollen, sondern unser Anspruch ist, uns auch weiterhin zu entwickeln. Wir wissen, dass das Bessere immer der Feind des Guten sein wird. Deshalb wollen wir diese Marktführerschaft nicht nur verteidigen, sondern weiter ausbauen. Wir können das; denn Sicherheit ist ein Markenkern der CSU-Politik.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir werden haargenau darauf achten, was in der Kriminalitätsentwicklung passiert. Wir werden achtsam und wachsam in allen Kriminalitätsbereichen sein. In den letzten Jahren ist schließlich etwas passiert: Vor zehn, vor zwanzig Jahren haben wir uns nur in der realen Welt bewegt. In der realen Welt finden Wohnungseinbrüche, Banküberfälle, Mord, Totschlag oder auch Vergewaltigung oder, um ein neues Phänomen anzusprechen, auch EC-Bankautomatensprengungen statt. Das ist real und passiert tatsächlich.

Es hat aber eine epochale Wende gegeben. Zur Kriminalität in der realen Welt kommt jetzt die virtuelle, die digitale Kriminalität dazu, beispielsweise digitale Straftaten wie der Diebstahl von Zugangsdaten – ich sage mal Phishing-Phänomene –, Identitätsdiebstahl bei Account-Eröffnungen und missbräuchliche Verwendung von Personendaten. Das sind klassische Vorbereitungshandlungen der digitalen Kriminalität für Betrugsdelikte, meine Damen und Herren, oder der klassische Cyberangriff auf IT- und hochwertige Infrastruktur. Das sind völlig neue Phänomene. Darauf haben wir uns eingestellt, und wir werden uns weiter darauf einstellen müssen.

Die sogenannte Kriminalität im digitalen Raum, was ist das? – Kriminalität, die im Internet passiert und die mittels PC, mittels Handy usw. begangen wird. Hier gab es Steigerungsraten von über 50 % in den letzten Jahren. Was soll das heißen? – Dass Cyberkriminalität ein dynamisches Kriminalitätsfeld ist, das in den letzten Jahren gewachsen ist und unsere ganze Kraft in der Bekämpfung erfordert.

Erfreulicherweise sind die Aufklärungsquoten in den letzten Jahren gestiegen. Sie sollen wissen, dass mehr als die Hälfte der Straftaten im digitalen Raum aufgeklärt werden. Wir können noch besser werden. Das wird gleich kommen.

Warum sage ich das? – Weil die Verfolgung von Straftaten im Internet natürlich der entsprechenden Instrumente bedarf, und zwar einer Verbesserung von digitalen Ermittlungsansätzen. Der Kollege Tobias Reiß hat es schon gesagt, und ich möchte es noch mal betonen, dass die Speicherung von Verkehrsdaten und IP-Adressen elementar ist. Wenn wir einen Cyberkriminellen, einen Täter finden wollen, dann langt es halt nicht, wenn wir das mit den klassischen Ermittlungsmethoden angehen.

Meine Damen und Herren, der EuGH hat den Rahmen gesetzt. Wir müssen den Rahmen jetzt bundespolitisch ausfüllen. Das ist der Appell an die GRÜNEN und an die FDP, hier doch endlich in die Gänge zu kommen. Wir haben alle betroffen geschaut, als die Phänomene der Kinderpornografie im Netz erklärt worden sind. Jeder hat gesagt: Da müssen wir etwas tun. – Ja, was sollen wir denn tun? – Bitte IP-Adressen speichern, bitte Verkehrsdaten speichern; denn wir können die Kriminalität von morgen und übermorgen doch nicht mit den Mitteln von gestern und vorgestern bearbeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vielleicht ein Satz zur Analysesoftware, weil der Kollege Muthmann dies angesprochen hat. Natürlich brauchen wir eine zukunftsfähige und leistungsfähige Analyse-software, wenn wir hochprofessionell und weiterhin Marktführer in Sachen innerer Sicherheit sein wollen. Da werden wir dranbleiben. Ich bin überzeugt, dass wir das

brauchen; denn wer OK bekämpfen will, wer internationalen Terrorismus bekämpfen will und wer die Kinderpornografie-Netzwerke wirklich ausrotten will, der braucht Analysesoftware von erster Güte. Das werden wir in der nächsten Legislatur so schnell wie möglich angehen, meine Damen, meine Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Was ist in den letzten Jahren getan worden, um Cybercrime in Bayern wirklich gut zu bekämpfen, besser als in vielen anderen Bundesländern? – Wir haben in jeder Kriminaldienststelle, von Hof bis nach Weilheim, von Aschaffenburg bis nach Traunstein, ein eigenes Kommissariat für Cybercrime gegründet. Wir haben bei der bayerischen Polizei über 400 Spezialisten im Kampf gegen Kriminelle im Netz. Wir haben 185 IT-Kriminalisten, die ein Studium der Informatik absolviert haben und anschließend noch eine Polizeiausbildung draufgesetzt haben. Das sind also wirklich Experten in ihrem Bereich. Wir haben die sogenannten Quick-Reaktion-Teams –

Präsidentin Ilse Aigner: Ihre Zeit geht zu Ende.

Alfred Grob (CSU): – installiert und vieles mehr. Meine Damen, meine Herren, wer moderne Kriminalität bekämpfen will, wer digitale Kriminalität bekämpfen will, wer weltumspannende Pornografie bekämpfen will, der muss das mit modernen Mitteln tun. Ich bitte Sie, die Rahmenbedingungen zu schaffen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Alfred Grob (CSU): Herzlichen Dank! Sicherheit wird in Bayern großgeschrieben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Andreas Krahl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! "Sicher in Bayern – Schützen, Helfen, Retten" – Herr Kollege Hauber, was das mit der Abschaffung der GEMA-Gebühren, die Sie angesprochen haben, zu tun hat, erschließt sich mir nicht ganz. Aber immerhin können jetzt die Kursleiter bei einem Erste-Hilfe-Kurs selbstständig entscheiden, teilnehmerabhängig, ob sie "Highway to Hell" spielen oder doch "Stayin' Alive".

Aber, Kolleginnen und Kollegen, jetzt schauen wir mal hin, was es genau bedeutet, in Bayern zu helfen, zu schützen und zu retten, und was die Staatsregierung dann dazu beiträgt oder eben auch nicht.

Der bayerische Katastrophenschutz muss sich auf die bevorstehenden Herausforderungen vorbereiten. Wir haben von allen Fraktionen gehört, was die Herausforderungen sind. Gleichzeitig zu den Großschadenslagen wird mehr denn je die Infrastruktur – sei sie digital oder analog – zu schützen sein. Auf das, was für die ausgegebenen Schutzziele, was in diesem Bereich ganz konkret für die Hilfsorganisationen, egal ob Feuerwehr, Polizei, THW oder Rettungsdienste, erforderlich ist und vom Innenministerium gewünscht wird, darauf warten die Hilfsorganisationen noch immer. Aber solange wir das nicht haben, müssten wir ja eigentlich den Status quo zumindest beibehalten. Der Status quo kann aber aktuell nicht beibehalten werden, weil die Inflation, die uns betroffen hat, ja nicht mal bei der Anschaffung von neuem Equipment im aktuellen Haushalt berücksichtigt ist.

Wir haben von vielen gehört, wie großartig die Freiwilligen Feuerwehren im Freistaat Bayern unterstützt werden. Das will ich auch nicht in Abrede stellen, aber der

Katastrophenschutz und der Rettungsdienst bestehen nicht nur aus den Feuerwehren im Freistaat Bayern.

Schauen wir uns doch, nachdem wir heute auf viele neue Feuerwehrrhäuser geguckt haben, mal die Realität in den Wasserrettungsstationen von DLRG und Wasserwacht an. Da muss man ja mittlerweile Angst davor haben, dass es einem – wenn man sich nach einem Starkregenereignis aus dem Neopren rausschält – unter Umständen noch gleichzeitig auf den Kopf regnet. Ich glaube, wenn man da endlich Investitionsmittel zielgerichtet einsetzt, bekommen wir es auch hin, dass die Bauten aus den 1960er- und 1970er-Jahren nach Stand der modernen Technik ausgebaut werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber, meine Damen und Herren, achtet denn die Staatsregierung wenigstens darauf, dass bayerische Gesetze – ich betone: bayerische Gesetze – von den Kostenträgern im Regelrettungsdienst eingehalten werden? – Nein, meine Damen und Herren, selbst da ist Nachbesserungsbedarf. Immer noch schaut die Staatsregierung achselzuckend zu, wie sich die Krankenkassen bei der Refinanzierung von Überstunden im Rettungsdienst einen schlanken Fuß machen. Die Anbieter des Regelrettungsdienstes bleiben nämlich auf den Kosten sitzen, wenn Einsätze, die vor Schichtende begonnen werden, erst nach Schichtende beendet werden. Rein theoretisch – so ist die Argumentation der Kostenträger – ist ja die Besatzung des nächsten Fahrzeuges schon im Dienst. Ja, aber blöderweise ohne Auto.

Ist das Wertschätzung, meine Damen und Herren? – Ich glaube nicht.

Man kann auch ganz banal mal auf die Ausrüstung schauen, also auf die Klamotten, die man als Notfallsanitäter oder -sanitäterin braucht, um überhaupt arbeiten zu können, also sprich: Jacke, T-Shirt und Hose. Hier zahlen die Kassen einen Satz pro Vollzeitäquivalent, auch für die Reinigung. In Wirklichkeit arbeiten aber die Durchführenden mit sehr vielen Teilzeitkräften. Das heißt, die zusätzliche Beschaffung dieser Bekleidung und Schutzausrüstung für unsere Einsatzkräfte geht komplett zulasten und hängt ab vom Goodwill der Durchführenden.

Man kann auch einmal ins Ehrenamt blicken. Wir haben heute sehr viel über das Ehrenamt gesprochen. Herr Kollege Tobias Reiß hat den Spatenstich des BayZBE angesprochen. Ich freue mich darauf, dass das am Freitag in die nächste Runde geht, aber – und jetzt kommt das große Aber – so schön, wie es in Windischeschenbach auch ist, ist es trotzdem ein großer Unterschied, ob ich als freiwilliger Feuerwehrmann meine Fortbildung in Geretsried während der Arbeitszeit besuchen kann, weil ich freigestellt werde, oder ob ich die gleiche Fortbildung als Zug- oder Verbandsführer im Urlaub machen muss, weil ich mich "blöderweise" zur falschen Farbe bekannt habe und bei einer Hilfsorganisation arbeite. Aber was tut man nicht alles für warme Worte, und wenn es um Wertschätzung geht, erhält man nach Großschadenslagen wie dem Zugunglück in Garmisch-Partenkirchen oder dem G7-Gipfel für die fünf Tage Urlaub, die man verbraucht hat, zumindest eine Anstecknadel mit den warmen Worten "als Dank vom Bayerischen Ministerpräsidenten" – immerhin das.

Nichtsdestoweniger möchte ich sagen: Schützen, Helfen, Retten in Bayern, meine Damen und Herren, geht nur, wenn wir dies denjenigen ermöglichen, die genau das für uns alle, für die Bevölkerung im Freistaat Bayern tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Norbert Dünkel für die CSU-Fraktion das Wort.

Norbert Dünkel (CSU): Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich knüpfe an meinen Vorredner an. Genau hier können wir einsteigen: Schützen, Helfen, Retten mit den Rahmenbedingungen, die Bayern in den letzten Jahrzehnten und in der letzten Amtsperiode geschaffen hat. Ich kann heute auch, lieber Staatsminister, den Dank des Bayerischen Landesfeuerwehrverbandes für die Beschlüsse der vergangenen Woche voranstellen. Hier ist tatsächlich Großes geschehen. Wir können an den Anfang stellen: Wir sind stolz auf unsere Feuerwehren in Bayern. Unsere Feuerwehren können sich auf uns verlassen. Wir sind stolz auf unsere Rettungsdienste in Bayern. Die Rettungsdienste können sich auf uns verlassen. Ich weiß, es ist eine Bundesbehörde, aber ich ergänze: Wir sind auch stolz auf unser THW in Bayern. Auch dieses kann sich auf uns verlassen. Chapeau, Hut ab, lieber Joachim Herrmann, lieber Staatsminister, und lieber Sandro Kirchner, lieber Staatssekretär, für eine Zuweisung der Beschaffung für Kraftfahrzeuge im Feuerwehrwesen von plus 30 % und für die Verdopplung der Baukosteninvestitionsförderung um 100 %.

Natürlich ist es, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, nicht nur euer Wunsch, sondern, wie ihr wisst, war es auch unser Wunsch, insbesondere in den letzten drei bis vier Jahren, den Gemeinden noch eins mehr zuzugeben. Wir wissen auch alle, dass wir gesagt haben: Wenn es die finanziellen Rahmenbedingungen zulassen, werden wir das tun. – Mit der Steigerung der Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer ist die Umsetzung auf den Tag erfolgt. Hier ist nicht gezögert worden, hier ist nicht herumlaviert worden. Vorhin ist auch einmal von meinem sehr hoch geschätzten Kollegen Schuster gesagt worden, hier seien nur vierzig Millionen Euro eingemündet. Jawohl, es gab – auch das ist der Opposition bekannt – eine Absprache zwischen dem Städtetag, dem Gemeindetag, dem Bayerischen Landesfeuerwehrverband und dem Innenministerium, dass hier erhebliche Mittel einfließen. In den letzten fünf Jahren wurden große Anstrengungen für den Ausbau unserer Feuerweherschulen getätigt. Deshalb lässt sich das auch erklären.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir danken auch heute wieder 320.000 Frauen und Männern, die in unseren 7.500 Feuerwehren in Bayern Freiwilligendienst leisten. Der Freistaat steht an der Seite der Kommunen, und wir wissen, es ist die höflichste Pflichtaufgabe jeder Gemeinde und jedes Bürgermeisters, für die eigene Feuerwehr zuständig zu sein. Trotzdem unterstützt der Freistaat jährlich mit 42 Millionen Euro. Wir haben in die Feuerweherschulen in den letzten drei Jahren 100 Millionen Euro investiert.

Frau Schulze, die jetzt schon wieder abwesend ist, hat vorhin das Thema Ausbildung moniert. Hier können wir sagen, für die Unterkünfte in Würzburg und Geretsried sind mit einem Volumen von 90 Millionen Euro große Investitionen geleistet worden, insgesamt ergänzt durch den Ausbau mit 285 Stellen an den Feuerweherschulen.

Weil vorhin auch das Thema Nachwuchs angesprochen worden ist: Wir wissen alle – wir saßen gemeinsam hier –, dass es eine Landtagsanhörung zum Thema Feuerwehren gab und dass wir mit der TH Nürnberg ein wissenschaftliches Projekt zur Untersuchung gestartet haben, dessen Ergebnisse heuer vorgelegt werden, worauf wir sehr gespannt sind und uns freuen können. Wir danken allen Rettungsdiensten. Es ist eine Lüge, wenn heute die AfD erzählt, die Feuerwehren seien unterbesetzt und schlecht bezahlt und die Leute würden reihenweise aus den Rettungsdiensten austreten. Das Gegenteil ist der Fall: Gerade in der Pandemiezeit haben viele ihren Weg in die Rettungsdienste gefunden. Wir stehen an ihrer Seite.

Ich sage abschließend ein herzliches Dankeschön an Joachim Herrmann. Er ist die Nummer eins der Sicherheit, nicht nur in Bayern, sondern auch in Deutschland. Innere Sicherheit heißt CSU, und innere Sicherheit heißt Bayern. So war es, so ist es, und so soll es bleiben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner spricht Manfred Ländner für die CSU-Fraktion.

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zunächst einmal Danke sagen für diese Diskussion. Dies ist ein wichtiges Thema, das ich – ich lobe jetzt – in großen Teilen des Parlamentes verankert sehe und zu dem wir auch in Teilen eine große Übereinstimmung haben. Es geht um das Lob, die Anerkennung und die Wertschätzung der Kräfte, die diesen Dienst für die Sicherheit tun, Bayern als sicheres Land anerkennen und auch die Verantwortung für die innere Sicherheit bei der Politik sehen.

Lieber Kollege Stefan Schuster, wenn du heute nach 21 Jahren den Höhepunkt beschreibst, dass politischer Wille aus der Mitte des Parlamentes heraus gegen die ursprüngliche Meinung der Staatsregierung höhere Zuschüsse durchsetzt, ist das doch auch eine wunderschöne Sache. So weit hierzu.

Innere Sicherheit ist eine große Aufgabe. Der Staat muss sich handlungsfähig und stark zeigen bei Naturkatastrophen, bei Gefahr für Leib oder Leben und auch bei der Durchsetzung des Rechtsstaates. Ich glaube, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Debatte hat gezeigt, dass wir uns in den Zielen einig sind. Ich gebe sogar Frau Kollegin Schulze recht, die gesagt hat, die Polizei ist nicht für alle Probleme verantwortlich. Ja, aber sie müssen für alle Problemstellungen den Kopf hinhalten. Daher habe ich einen gewissen Respekt vor der Polizei vor dem Hintergrund, wie man sie behandelt, und sage: Versucht doch einmal oder versuchen wir insgesamt, keinen Generalverdacht gegen unsere Polizei und kein vorauseilendes Misstrauen gegen Einsatzkräfte zu hegen. Die konsequente Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit ist allein aus der Tatsache heraus begründet, dass wir keine Straftat als gute Straftat bezeichnen können.

Herr Kollege Grob hat die Bekämpfung im digitalen Raum angesprochen. Mir geht bis heute nicht richtig in den Kopf, dass trotz der von der EU gegebenen Möglichkeit und trotz zweimaligen Beschlusses der Innenministerkonferenz die Speicherung von IP-Adressen unter rechtsstaatlichen Voraussetzungen aus ideologischen Gründen immer noch nicht in Gesetzesform gepackt wird. Ich sage hier ganz klar: Wenn Ideologie und nicht die Verantwortung für die Menschen die Sicherheitspolitik bestimmt, dann werden wir die Herausforderungen der Zukunft nicht bestehen.

Der Staat muss sich wehrhaft und handlungsfähig zeigen. Wir wissen alle – auch das wurde von Vorrednern schon gesagt –, dass wir uns in durchaus spannenden Zeiten befinden. Wir haben nicht mehr den Hühnerdiebstahl oder sonstige Kriminalität, die mittlerweile manchmal schon Teil von gewissen humoresken Auswüchsen ist, sondern wir haben es mit höchst kriminellen, schwerwiegendsten Straftaten im digitalen Raum zu tun – Menschenhandel, Schleuserkriminalität, Pornografie, Waffenhandel, Betrug, weltweitem Rauschgifthandel usw.

Wir müssen auch wissen, dass alles, was im Netz passiert, vor allem die bösen Filme, die man sieht, keine Fakes sind, sondern dass hier irgendwo auf der Welt Kinder aufs Schwerste misshandelt werden und leiden zu dem Zweck, Geld zu machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss uns Ansporn sein, auch im Darknet, auch im Internet alles zu tun, um hier strafverfolgend tätig sein zu können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich am Schluss meiner Rede auf das Ehrenamt eingehen. Die Politik hat das Ehrenamt nicht erfunden, und keine Partei hat das Ehrenamt erfunden. Das Ehrenamt ist eine tief bürgerschaftliche Bewegung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, als mit der Demokratie und mit dem Rückgang der absolutistischen Regierung Menschen, Frauen und Männer, das Schicksal ihrer näheren Umgebung selbst in die Hand genommen haben: Feuerwehr, Rettungsdienste, Sportvereine, Musik, Kultur – Ehrenamt aus der Mitte der Bevölkerung heraus. Das erfordert, dass wir als Politik uns nicht als Erfinder bezeichnen, aber als Stärker, Unterstützer und insbesondere als Wertschätzer der Frauen und Männer, die täglich für andere im Einsatz sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zum Abschluss der Debatte erteile ich dem Staatsminister des Inneren, Joachim Herrmann, das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem Kollege Stefan Schuster erklärt hat, es sei heute mutmaßlich seine letzte Rede hier im Plenum gewesen, möchte ich mich auch meinerseits bei ihm ganz herzlich für das großartige Engagement in den letzten 21 Jahren bedanken. Er hat seine Kompetenz als gelernter Berufsfeuerwehrmann hier eingebracht. Er hat sich im Innenausschuss stark engagiert. Es war aus meiner Sicht eine stets faire, kollegiale Zusammenarbeit. Wir waren nicht immer einer Meinung, aber es war ein vernünftiges parlamentarisches Arbeiten. Ich möchte Ihnen, lieber Herr Schuster, herzlich für Ihr Engagement danken.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, unser Ziel ist, dass möglichst alle Menschen in unserem Land möglichst sicher leben können. Das ist nach meiner Auffassung Kernaufgabe des modernen Rechtsstaats überhaupt. Dazu brauchen wir in der Tat auch einen starken Staat, der dieses Versprechen bestmöglich einlösen kann. Es gibt manches, wo wir heute zu viel Staat haben, zu viel Bürokratie, wo wir den Staat eher wieder eindämmen müssen. Aber die Sicherheit der Menschen in unserem Land sehe ich schon als Kernaufgabe des Staates.

Das gilt nach außen in der Außen- und Verteidigungspolitik. Das gilt aber eben auch nach innen für die innere Sicherheit. Darum müssen wir uns kümmern. Deshalb ist es wichtig, dass wir so viele Menschen in unserem Land haben, die sich – die einen hauptamtlich, die anderen ehrenamtlich – für die Sicherheit der Menschen in unserem Land in der ganzen Bandbreite der Herausforderungen engagieren.

Das zeigt sich, wenn ich nur an das letzte Jahr denke; es ist heute in der Aussprache angesprochen worden: Der G7-Gipfel beispielsweise ist schon wieder ein Jahr her. In einer in der Tat hervorragenden Art und Weise haben wir dokumentiert, wir schützen Meinungsfreiheit und Demonstrationenfreiheit. Das unterscheidet die Veranstaltung von Veranstaltungen vielleicht in Ankara, von Moskau oder Peking und dergleichen gar nicht zu reden. Das gehört bei uns dazu. Aber gleichzeitig muss es möglich sein, auch ohne Gewalt und ohne Beeinträchtigung der Sicherheit eine wichtige internationale Konferenz durchzuführen. Beides haben wir in Bayern mit großartiger Unterstützung aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland, aus allen Ländern und auch vom Bund gewährleisten können.

Das war wirklich wieder eine gute Demonstration dessen, was wir unter Freiheit und Sicherheit in unserem Land verstehen, genauso, wie es auch die sicherheitsmäßig reibungslos über die Bühne gegangenen European Championships hier in München belegt haben und die Tausende Einsätze, wenn irgendwo ein Haus oder eine Wohnung brennt, bei schweren Verkehrsunfällen auf der Straße und, und, und; all das muss im Alltag ständig bewerkstelligt werden – bis hin zu dem schrecklichen Zugunglück zum Beispiel in Garmisch-Partenkirchen.

Der Kollege Krahl ist schon wieder draußen. Er hat sich am Schluss in seiner letzten Bemerkung ein bisschen vergaloppiert; denn bei den Einsatzkräften, die bei einem Zugunglück wie in Garmisch-Partenkirchen alarmiert werden, findet selbstverständlich der entsprechende Ersatz des Lohnkostenausfalls oder der entsprechende Ersatz der Lohnkosten an den Arbeitgeber statt usw. Da hat er dann ein bisschen viel in drei Sätzen so ineinander gewirkt. Aber lassen wir das mal so stehen.

Entscheidend ist, dass wir in jeder Situation den großartigen Einsatz unserer Hilfs- und Rettungskräfte und eine großartige Arbeit unserer Polizei haben. Ja, wir sind, was die Kriminalität betrifft, das sicherste aller Bundesländer. Da können Sie hier erzählen, was Sie wollen; da geht es nicht um Selbstbeweihräucherung, sondern da geht es um ein Stück Dankbarkeit und Respekt vor dem erfolgreichen Einsatz unserer Sicherheitskräfte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe nie behauptet, dass das an mir liegt. Ich habe nie behauptet, dass das allein an der CSU liegt; sondern das ist ein Erfolg, den wir gemeinsam erringen, aber eben auch, weil wir seit vielen Jahren die Polizei in Bayern ordentlich ausstatten, personell, materiell und dergleichen. Deshalb sage ich schon – gerade wenn da vonseiten der AfD so merkwürdige Sprüche kommen bis hin zu, im Moment seien die Einsatzkräfte dezimiert, weil sie geimpft worden seien und dergleichen –: Das sind die Lügenmärchen, mit denen Sie zurzeit versuchen, draußen die Stimmung in unserem Land kaputt zu machen, meine Damen und Herren. Das ist doch völlig absurd.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Das sage ich ganz bewusst auch angesichts dieser schrecklichen Vorkommnisse in Frankreich. Ja, da war der Anlass schlimm. Da ist das, was sich jetzt auf den Straßen in Frankreich abspielt, schlimm. Aber da muss man natürlich auch sehen, dass das nicht nur eine Frage von Sicherheitskräften ist; sondern wenn so etwas explodiert, steht doch ganz offensichtlich eine enorme Spannung in der Bevölkerung dahinter. Die ist natürlich auch über lange Zeit angeheizt worden.

Ich will das innenpolitische Geschehen Frankreichs nicht im Einzelnen kommentieren. Aber es ist wichtig, dass wir auch an diesem Beispiel sehen: Gerade solche sozialen Konflikte können wir nicht nur unseren Sicherheitskräften aufbürden, sondern es ist unsere politische Verantwortung, für ein Mindestmaß an Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu sorgen. Darum müssen wir uns alle kümmern, und dazu sind alle demokratischen Kräfte aufgefordert. Denjenigen, die nur das Gegenteil tun und nur Hetze verbreiten, um diese Stimmung kaputt zu machen, muss man sich in der Tat klar entgegensetzen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, dass wir darüber sprechen, dass wir genau die Menschen, die für unsere Sicherheit unterwegs sind, auch bestmöglich schützen. Das tun wir bestmöglich. Wir haben die schrecklichen Dinge in der Silvesternacht in Berlin erleben müssen, Angriffe – ganz offensichtlich geplant – auf Feuerwehrleute, auf Polizisten, auf Rettungssanitäter und dergleichen. Wir haben aber erst kürzlich auch wieder bei den großen Demos in Leipzig brutale Angriffe auf die Polizei erleben müssen. Nach diesem Einsatzwochenende, zu dem wir zur Unterstützung der sächsischen Polizei auch vier Hundertschaften aus Bayern geschickt haben, gab es 50 verletzte Polizeibeamte. Der einzige Kommentar, der zum Beispiel von der Linkspartei gekommen ist, war, diese Auseinandersetzungen seien von der Polizei provoziert worden.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, das ist genau der Punkt, an dem wir uns von manch anderen politischen Kräften unterscheiden. Wir stehen hinter unserer Polizei. Wir stehen dazu, dass sie sich für den Rechtsstaat einsetzt. Wir verdächtigen nicht in erster Linie die Polizei, dass sie an solchen Auseinandersetzungen Schuld ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das sage ich auch an diesem Beispiel; denn es gab eine Woche vorher schon eine Ankündigung. Man muss sich das einmal vor einem Prozess vor einem Oberlandesgericht vorstellen: Nachdem da eine Linksextremistin angeklagt war, hat die linksextremistische Szene angekündigt, für jedes Jahr Freiheitsstrafe, das verhängt wird, in Deutschland einen Sachschaden von mindestens 1 Million Euro anzurichten. Das wurde eine Woche vorher angekündigt. Meine Damen und Herren, das ist doch einfach unglaublich, was sich da abspielt! Es gibt Abgeordnete in der Linkspartei, die das auch noch verteidigen. Meine Damen und Herren, das ist unerträglich. So können wir unseren Staat nicht gestalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der FDP)

Deshalb ist es wichtig, und dafür bin ich dem Hohen Haus auch dankbar, dass wir unsere Polizei in diesem Jahr durch weitere Stellen weiter verstärken. Wir werden diese Stellen am 1. September 2023 alle besetzen können. Wir stellen auch zusätzliches Geld für die gute Ausstattung der Polizei, der Feuerwehrrhäuser und der Feuerwehrfahrzeuge bereit. Am Freitag werden wir den Spatenstich für den nächsten Abschnitt des Zentrums in Windischeschenbach vornehmen, wo Feuerwehren und Rettungsorganisationen für lebensbedrohliche Einsatzlagen gemeinsam üben können. Das haben wir 2016 versprochen. Ein Teil dieses Zentrums ist schon in Betrieb. Jetzt kommt der nächste Abschnitt. Das läuft hervorragend. Ich bin sehr dankbar dafür.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend noch einmal ausdrücklich danken. Wir können in diesem Parlament nicht befehlen, sondern können nur das Geld für die Ausstattung bereitstellen und die Ausstattung organisieren. Unbezahlbar ist das persönliche Engagement so vieler Tausender, Zehntausender, ja in der Summe Hunderttausender Frauen und Männer in unserem Land, die hauptamtlich oder ehrenamtlich in der bayerischen Polizei, in der Bundespolizei, in den Feuerwehren, im Technischen Hilfswerk, im Roten Kreuz, bei den Maltesern, bei den Johannitern, beim Arbeiter-Samariter-Bund, bei der DLRG und in Amtshilfe auch immer wieder Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr mithelfen, damit die Menschen in unserem Land bestmöglich und sicher leben können. All diesen großartigen Menschen vielen Dank, die für unser aller Sicherheit im Einsatz sind. Auf sie kommt es auch in Zukunft an. Wir werden uns auch in Zukunft für sie engagieren. Vielen herzlichen Dank!

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht
einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Ich frage die fraktionslosen Abgeordneten, mit welchem Votum sie abstimmen wollen. Kollege Busch! – Enthaltung. Kollege Rieger! – Wie CSU. Kollege Swoboda! – Enthaltung. Kollege Plenk! – Enthaltung. Kollege Klingen! – Enthaltung. Kollege Dr. Müller! – Enthaltung. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Wahl
der Präsidentin bzw. des Präsidenten des Bayerischen Obersten
Rechnungshofs**

Nach Artikel 80 Absatz 2 Satz 1 der Verfassung des Freistaates Bayern wählt der Landtag auf Vorschlag der Staatsregierung den Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs. Mit Schreiben vom 28. März 2023 hat der Ministerpräsident mitgeteilt, dass der Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, Herr Christoph Hillenbrand, mit Ablauf des Monats August 2023 in den Ruhestand treten wird. Die Staatsregierung hat daher beschlossen, dem Landtag die Präsidentin der Regierung von Oberfranken, Frau Heidrun Piwernetz, für die Wahl zur neuen Präsidentin des Bayerischen Obersten Rechnungshofs vorzuschlagen. Es freut mich, dass ich zu diesem Tagesordnungspunkt die beiden mit einer Abordnung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs als Ehrengäste auf unserer Tribüne begrüßen darf. Herzlich willkommen hier im Hohen Haus.

(Allgemeiner Beifall)

Eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt findet nicht statt. Wir kommen damit gleich zur Wahl. Diese findet in geheimer Form statt. An Ihrem Platz finden Sie den hierfür benötigten gelben Stimmzettel. Für den Wahlgang sind ausschließlich der Stimmzettel sowie Ihre Namenskarte zu verwenden. Sofern Ihnen Ihre Stimmkartentasche mit Ihrer gelben Namenskarte nicht vorliegt, ist diese in Ihrem Postfach vor dem Plenarsaal hinterlegt. Enthaltungen sind gültige Stimmen, und unverändert abgegebene Stimmzettel gelten als Enthaltungen. Ungültig sind abgegebene Stimmzettel, wenn sie Zusätze oder Veränderungen enthalten. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. Urnen für die Namenskarten und für die Stimmzettel befinden sich wie immer in der Mitte und an den Ausgängen. Für den Wahlvorgang sind 5 Minuten vorgesehen. Ich eröffne die Abstimmung.

(Stimmabgabe von 17:16 bis 17:20 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hat jemand noch nicht abgestimmt? – Damit ist der Wahlgang geschlossen. Das Wahlergebnis wird jetzt ermittelt; ich werde es so bald wie möglich bekannt geben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Wahl
einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten des Bayerischen
Landtags**

Nach § 7 unserer Geschäftsordnung besteht das Präsidium aus der Präsidentin, den Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten und aus sieben Schriftführerinnen und Schriftführern. Jede Fraktion stellt dabei eine Vizepräsidentin bzw. einen Vizepräsidenten.

Bislang hat kein von der AfD-Fraktion vorgeschlagenes Mitglied des Landtags die für eine Wahl erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Für die heutige Plenarsitzung hat die AfD-Fraktion erneut eine Wahl beantragt. Zur Begründung des Wahlvorschlags erteile ich nun Herrn Kollegen Uli Henkel von der AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen! Die Zeiten ändern sich. Das sehen Sie an jeder neuen Umfrage zu den kommenden Landtagswahlen am 8. Oktober. Ja, die AfD erklimmt immer neue Zustimmungsrekorde in der Bevölkerung, und das nun auch im schönen Bayern.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ihr seid die Loser in Deutschland!)

Im Bund haben wir die GRÜNEN längst vom Sockel gestoßen und nun auch die SPD überholt. Den klugen Bayern traue ich es durchaus zu, dass sich viele tief verunsicherte und enttäuschte Wähler in den verbleibenden knapp 100 Tagen noch für die AfD entscheiden, und dies sowohl aus Vernunft als auch aus purem Selbsterhaltungstrieb.

(Beifall bei der AfD)

Es ist also durchaus denkbar, dass die AfD in der 19. Legislatur die zweit- oder jedenfalls die drittstärkste Fraktion stellen wird, wenn es weiter so steil bergauf geht.

Sie alle kennen mich in der Zwischenzeit gut. Viele von Ihnen haben mich in den letzten Jahren auch außerhalb des Politikbetriebs kennengelernt, sei es auf Dienstreisen, sei es beim Fußball für den FC Landtag in der Allianz Arena oder auch bei Veranstaltungen, bei Empfängen in Schulen oder vor Besucherguppen. Die meisten von Ihnen wissen also ganz genau, was sie mit mir als Vizepräsidenten bekommen werden. Sie wissen, dass ich Sitzungen fair und ausgewogen leiten werde und dass ich als gelernter Volljurist mit zwei bayerischen Staatsexamina, als Vater eines 18-jährigen Abiturienten, als treuer und zuverlässiger Mann im 33. Ehejahr, mit reicher Lebenserfahrung und immerhin 75 Ländern auf dem Buckel, die ich bis heute kennenlernen durfte, als Repräsentant des Freistaats bzw. des Landtags Besuchern oder ausländischen Delegationen gegenüber ganz sicherlich bella figura machen werde.

(Beifall bei der AfD)

Insoweit appelliere ich heute an Sie, endlich über Ihren Schatten zu springen und meiner Fraktion mit mir den ihr seit November 2018 vorenthaltenen Vizepräsidenten-

ten zuzugestehen, auf dass auch die AfD künftig im Präsidium vertreten ist, so wie es die Regeln des Landtages ja vorsehen.

2018 wurde meine Kandidatur für das Amt des Vizepräsidenten durch einen perfiden Plan noch erfolgreich verhindert, als ich mich plötzlich einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz ausgesetzt sah, welche damit begründet wurde, ich hätte ein volksverhetzendes Video gemacht, und ich sei Mitglied in einem Verein, dem auch Rechtsradikale angehören würden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist doch so!)

Bis dahin war ich immer davon ausgegangen, dass der Verfassungsschutz die Verfassung vor Verfassungsfeinden zu schützen habe und nicht die Regierung vor der Opposition.

(Beifall bei der AfD)

Dass die Staatsanwaltschaft München nach intensiver Prüfung ein paar Wochen später festgestellt hat, der Inhalt meines Videos sei von der Meinungsfreiheit gedeckt, und dass sich anschließend auch noch herausgestellt hat, dass es diesen Verein gar nicht gibt, das alles hat leider keinen Niederschlag in der öffentlichen Wahrnehmung oder doch wenigstens in Wikipedia gefunden. Und so bleibt mein Ruf nun also auf Lebenszeit beschädigt, etwas, das Sie heute mit meiner Wahl, jedenfalls zum Teil, heilen können, womit Sie zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen würden: Sie bekommen ein engagiertes Präsidiumsmitglied und respektieren so nach 56 Monaten und unzähligen vergeblichen Anläufen meiner Fraktion endlich auch den Wählerwillen.

Sollten Sie sich jedoch auch heute erneut nicht überwinden können, einen Kandidaten der AfD zu wählen, obwohl dieser sowohl fachlich als auch menschlich geeignet ist, nur weil er einer Partei angehört, die Sie bewusst gegen den stetig zunehmenden Wunsch der Bevölkerung am liebsten aus diesem Parlament vertreiben würden, dann zeigen Sie damit dem Wähler im Freistaat nur, dass Ihnen das Votum des Souveräns vollkommen egal ist.

Hier stehe ich; ich kann nicht anders. – Sie aber können heute eine Zeitenwende einläuten und so auch demokratischere Voraussetzungen für die kommende 19. Legislatur schaffen, gerade weil Sie sich doch selbst stets als die wahren Demokraten bezeichnen. Dieser nächsten Legislatur werde ich möglicherweise gar nicht mehr angehören, es sei denn, die Wähler in Oberbayern suchen und finden mich auf Platz 21 der Zweitstimmenliste und schicken mich mit einem Kreuzlein hinter meinem Namen doch noch einmal in den Landtag, damit ich meine Arbeit hier, zum Beispiel als einer der Vizepräsidenten, im wohlverstandenen Interesse der Menschen in Bayern fortsetzen kann.

Insoweit werbe ich heute also um Ihr Vertrauen in meine Integrität und Eignung bei der jetzt anstehenden geheimen Wahl, bei der es doch sicherlich keinen Fraktionszwang gibt.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Das war die Begründung. Zu diesem Tagesordnungspunkt ist eine Aussprache von 32 Minuten vorgesehen. Ich habe dazu bisher eine Wortmeldung, nämlich Herrn Kollegen Ulrich Singer.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Hohes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag ist das Landesparlament. Dort soll parliert werden und eine Aussprache stattfinden.

(Unruhe)

– Wir sollen hier miteinander reden, aber nicht untereinander schwätzen. Bitte, liebe Kollegen, hören Sie mir die paar Minuten zu. – Wir sollten uns alle an der Aussprache beteiligen. Das ist Demokratie. Von den GRÜNEN habe ich nichts anderes erwartet, als dass sie heute wieder nicht auf der Liste stehen. Sie lehnen ja alle Anträge von uns aus Prinzip ab. Herr Kollege Adjei, das haben Sie ja gesagt. Sie haben damit auch die antidemokratische Grundhaltung der GRÜNEN demonstriert.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Ihr seid Verfassungsfeinde! Verfassungsfeinde wählen wir nicht!)

Es ist auch besser, wenn Sie schweigen; denn Sie haben in den ganzen Jahren, in denen ich diesem Hause angehöre, nicht mit Sachargumenten zu den Debatten beigetragen. Die FDP macht aus diesem Parlament einen sanften Abgang, weil sie aufgrund ihres Versagens auf der Bundesebene und ihrer inhaltsleeren Landespolitik im Herbst voraussichtlich nicht mehr da sein wird. Darum dieser schleichende und schweigende Abgang, mit dem Sie sich hier gemütlich vom Acker machen. Aber, geschätzte Kollegen

(Zurufe)

von der Koalition, da hätte ich mir eine konstruktive Debatte erwartet, dass man nämlich auch über unseren geschätzten Kollegen hier – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Vielen Dank.

Präsidentin Ilse Aigner: Das gilt aber für alle!

Ulrich Singer (AfD): Von der Koalition hätte ich mir erwartet, dass sie sich wirklich an der Aussprache beteiligt und es klar darlegt und begründet, falls sie unseren Kandidaten nicht akzeptieren will und damit auch den Wählerwillen nicht umsetzen will. Aber ich gehe mal davon aus: Sie haben es sich wahrscheinlich anders überlegt und werden für ihn stimmen.

Aber jetzt zur Sache, geschätzte Kollegen. Ich stehe hier, um Ihnen einen Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten vorzustellen, der als Volljurist ganz klar die Befähigung nicht nur zum Richteramt hat, sondern auch dazu, hier als Präsident eine Sitzung zu führen und zu leiten. Er bringt auch das Engagement und die Hingabe mit, die erforderlich sind, um diese Position auszufüllen. Es ist mir eine große Ehre, hier wieder einen Politiker unserer AfD vorzuschlagen, und es ist mir eine ganz besondere Freude, dass ich hier ausgerechnet unseren geschätzten Kollegen und meinen wirklich guten Freund Uli Henkel für dieses wichtige Amt empfehlen darf. Uli Henkel, ich unterstütze dich hier ganz klar aufgrund deines unermüdlischen Engagements für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Uli Henkel hat nämlich immer klar seine Stimme für die Anliegen und die Sorgen der Menschen erhoben und hat deren Interessen immer ganz oben gestellt und bei seiner politischen Arbeit ganz oben platziert. Durch seine Empathie und sein Verständnis für die Herausforderung, mit der viele Menschen im Land momentan konfrontiert sind, hat er eine Brücke geschaffen zur Politik, die inzwischen oft abge-

koppelt ist von der Bevölkerung. Er hat alleine über 125 YouTube-Videos in den letzten Jahren veröffentlicht.

(Unruhe bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Er hat im Rahmen der politischen Arbeit eine Erfolgsbilanz hingelegt. Er hat sich nämlich nicht nur für die Wahrung unserer nationalen Souveränität und Interessen, sondern auch für die demokratische Grundordnung eingesetzt. Uli Henkel hat hier im Hohen Haus zudem als Mitglied im Rundfunkrat wichtige Fragen aufgeworfen und wichtige Diskussionen vorangebracht, die zu einer konstruktiven Veränderung und zu einer Verbesserung unserer Gesellschaft führen können. Mein Kollege hat bewiesen, dass er in der Lage ist, auch über die Parteigrenzen hinweg zusammenzuarbeiten, Zusammenarbeit zu fördern, Gespräche zu suchen und sich hier an allem konstruktiv zu beteiligen. Er ist ganz klar ein Mensch, der Harmonie ins Haus tragen kann.

(Widerspruch bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Er schafft es nämlich, in dieser Welt zu verbinden, während andere nur spalten können.

(Widerspruch bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Sie von den GRÜNEN polarisieren in unerträglicher Weise.

(Beifall bei der AfD)

Geschätzte Kollegen, beachten Sie bitte die Verdienste meines geschätzten Kollegen Uli Henkel. Geben Sie ihm Ihr Vertrauen. Ich werde es selbstverständlich auch tun. Wie kann man diesen Mann nicht wählen, geschätzte Kollegen?

(Zurufe)

Geben Sie sich einen Ruck – die Legislatur ist nicht mehr lang –, und wählen Sie Uli Henkel zum Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Wahl, die wieder in geheimer Form durchgeführt wird. Sie kennen das Prozedere. Ich habe es vorhin ausführlich erläutert. Für den Wahlvorgang stehen wieder fünf Minuten zur Verfügung. Damit eröffne ich die Wahl.

(Stimmabgabe von 17:33 bis 17:38 Uhr)

Haben alle ihre Stimmkarte bzw. Stimmzettel abgegeben? – Dann schließe ich die Wahl. Auch hier wird das Wahlergebnis später, nach der Auszählung, bekannt gegeben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums

Die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums werden nach Artikel 2 des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes vom Landtag gewählt. Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint.

Bislang hat kein von der AfD-Fraktion benannter Vertreter die für eine Wahl erforderliche Mehrheit erreicht. Für die heutige Plenarsitzung hat die AfD-Fraktion erneut eine Wahl beantragt.

Zur Begründung des Wahlvorschlags erteile ich dem Kollegen Ralf Stadler von der AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich trete heute zur Wahl als Mitglied für das Parlamentarische Kontrollgremium an. Wer mich kennt, der weiß, dass ich meine Arbeit in den Ausschüssen sehr ernst nehme und hierfür großen Aufwand betreibe, um die Aufgaben bestmöglich zu erfüllen. Ich bin mir auch bewusst, welche wichtige Aufgabe die Kontrolle des Verfassungsschutzes darstellt. Ich werde daher auch dafür sorgen, dass die parlamentarische Kontrolle auch durch unsere Fraktion sichergestellt wird. Daher muss die Opposition, in diesem Falle die AfD, im Parlamentarischen Kontrollgremium vertreten sein. Hier geht es um die parlamentarische Kontrolle, und zwar durch die Opposition. Wir sind die einzige echte Opposition in diesem Hause. So werden wir von den Bürgern da draußen wahrgenommen.

(Beifall bei der AfD)

Kontrolle bedarf es immer dann, wenn sich der Blick nur auf eine Seite konzentriert und Auswüchse zu erkennen sind. Ein Kontrollgremium funktioniert aber nur als Korrektiv, wenn es nicht nur einer politischen Agenda folgt.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Deswegen haben wir auch das Recht und die Pflicht, hier Mitglied zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das lassen Sie aber bewusst nicht zu, einfach weil Sie es uns nicht zugestehen wollen.

Meine Damen und Herren, sachliche Gründe gegen eine Wahl gibt es nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Sie missbrauchen Ihr freies Mandat und handeln willkürlich, weil Sie damit andere Ziele verfolgen, als das Gremium demokratisch und fachgerecht zu besetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Unruhe)

Ihnen steht es auch nicht zu, die AfD bei der Wahl zu diesem Gremium zu diskriminieren, weil wir fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

(Anhaltende Unruhe – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Der bloße Verdacht gegen bestimmte Abgeordnete oder eine ganze Oppositionsfraktion hinsichtlich der Zuverlässigkeit ist kein ausreichendes Argument. Das Absprechen der charakterlichen, fachlichen oder politischen Eignung bedeutet nichts anderes als der Versuch, das Wahlergebnis zu korrigieren. Aber das wollen Sie; Sie beweisen es immer wieder. Sie wollen einen gewählten Landrat einem Demokratietest unterziehen,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

eine Wahl wiederholen und eine demokratische Partei verbieten lassen. Das sind eure Methoden. Kritik an der Regierungspolitik als demokratiefeindlich abzutun oder demokratisch getroffene Entscheidungen nicht zu akzeptieren, sagt mehr über Ihr Demokratieverständnis aus als über unseres.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Sie werden vom Verfassungsschutz beobachtet!)

Daher ist es gut, dass nach dem Mehrheitsprinzip gewählt wird und keine rechnerische Verteilung erfolgt. Damit ist es eine transparente politische Entscheidung. Verkaufen Sie die Wähler nicht für dumm. Die sehen ganz genau, wie und warum sie so entscheiden. Die Bürger haben das doch schon längst durchschaut. Hören Sie doch auf, die AfD weiter auszugrenzen. Das können Sie zum einen politisch gar nicht begründen, und zum anderen kauft es Ihnen keiner mehr ab. Damit versuchen Sie nur verzweifelt, das Wahlergebnis zu revidieren. Genau das erschüttert das Vertrauen in die Demokratie und führt zu noch mehr Politikverdrossenheit.

(Beifall bei der AfD)

Das haben Sie mittlerweile schon selbst erkannt. Deswegen schwenken Sie jetzt schon langsam um. Als "Blinddarm" wurden wir diffamiert, sogar als "Rattenfänger". Und jetzt hört man von der Partei ganz andere Töne: Spätestens "jetzt ist der Punkt erreicht, wo [...] die schweigende große Mehrheit [...] sich die Demokratie [...] zurückholen muss", sagte Aiwanger. Ich sage: Sie haben heute die Gelegenheit, den 13.370.000 Bürgern Bayerns endlich zu zeigen, warum Sie als Volksvertreter gewählt wurden und wie Sie zur Demokratie in diesem Hohen Hause stehen. Also bitte: Zeigen Sie doch mal den Bürgern da draußen, dass die Demokratie funktioniert, wählen Sie uns endlich in das Kontrollgremium, und geben Sie uns einen Vizepräsidenten.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Das war die Begründung. Ich eröffne die Aussprache. Als einzigen Redner haben wir den Kollegen Andreas Winhart.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, der eine oder andere hat ihn gerochen, als er heute hier in den Plenarsaal hineingekommen ist, den Angstschweiß der etablierten Parteien wegen der Umfragewerte der AfD.

Meine Damen und Herren, jetzt sind wir schon bei 13 %. Der Wahltag ist noch über 100 Tage weg, und ich prophezeie Ihnen: Meine Damen und Herren, Sie werden am 8. Oktober ein Desaster erleben, wenn Sie so weitermachen und den Wählerwillen nicht akzeptieren wollen.

(Beifall bei der AfD)

Auch heute betreiben Sie wieder Arbeitsverweigerung. Sie stellen sich nicht der Debatte. Das kennt man normalerweise bloß von der SPD aus der Aktuellen Stunde, aber mittlerweile hat sich dieses Phänomen hier über alle etablierten Fraktionen hinweg verbreitet,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

von den GRÜNEN bis zu Ihnen, Herr Mehring; Sie betreiben auch Arbeitsverweigerung. Wenn Sie nicht so oft hereinschreien würden, dann hätten Sie einfach mal

den Mut fassen können, sich hier vorne hinzustellen und Ihre Meinung zu verteidigen. Das tun Sie aber nicht.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben hier den Schwanz eingezogen. Dann melden Sie sich doch einfach an und bringen Sie einen Wortbeitrag, anstatt hier dazwischenzuquaken. Das ist doch unmöglich.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

– Wir haben hier wieder Arbeitsverweigerung, weil Sie den Diskurs scheuen. Und warum scheuen Sie den Diskurs? – Man kann es im "Münchner Merkur" nachlesen, der Herr Adjei hat es preisgegeben: Jeder Antrag und jede Wahl der AfD wird konsequent und prinzipiell erst einmal abgelehnt. Da geht es nicht um den Inhalt oder um die Wahl der Person. Meine Damen und Herren, nein, es geht nur noch darum, dagegen zu sein. Dafür sind Sie nicht gewählt worden. Schauen Sie mal in die Bayerische Verfassung, was Ihr Auftrag als Abgeordneter ist.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir haben Ihnen heute wieder ein Angebot gemacht. Wir würden es wahrscheinlich auch beim nächsten Plenum wieder tun, sage ich jetzt mal ganz vorsichtig.

Meine Damen und Herren, also: Wir schlagen Ralf Stadler vor, einen integren Kollegen, von dem sich der eine oder andere mal eine Scheibe abschneiden kann.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Fotos fälschen kann er!)

Er ist volks- und bürgernah.

Meine Damen und Herren, das ist ein Vollblutpolitiker, aber er kann auch ruhig, er kann eben auch verschwiegen sein.

Meine Damen und Herren, er kann eben diese persönlichen Voraussetzungen, die dieses Parlamentarische Kontrollgremium erfordert, halt auch aufbringen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Er kann sogar Photoshop!)

Meine Damen und Herren, das Wichtigste ist: Er selbst wurde Opfer des Verfassungsschutzes, des sogenannten Inlandsgeheimdienstes, und gerade deswegen weiß er, wie diese Behörde arbeitet. Er kann eben genau deshalb diese Behörde besonders gut kontrollieren.

Meine Damen und Herren, wir haben aber noch ein ganz anderes Problem. Wir haben ein Problem mit Ihrer Verweigerungshaltung, nämlich: Wenn diese Kontrollinstanz nicht gleich und ganzheitlich besetzt ist, steht die gesamte Arbeit des Verfassungsschutzes auf tönernen Füßen, und zwar so dermaßen, dass Ihnen das Ganze noch gerichtlich um die Ohren fliegen wird. Aber nicht nur das: Folglich können auch Überwachungen und Ergebnisse der Arbeit des Verfassungsschutzes eben angezweifelt und nicht verwendet werden. Ich glaube, den meisten hier drinnen ist überhaupt nicht bekannt, was Sie hier für einen Schaden an Bayern anrichten. Deswegen: Kommen Sie zur Vernunft, und wählen Sie heute Ralf Stadler in das Parlamentarische Kontrollgremium.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Wahl. Diese findet auch wieder in

geheimer Form statt. Diesmal ist es der blaue Stimmzettel. Das Prozedere kennen Sie bereits. Wieder sind fünf Minuten für die Wahl vorgesehen.

(Stimmabgabe von 17:47 bis 17:52 Uhr)

So, Kolleginnen und Kollegen, langsam neigen sich die fünf Minuten dem Ende zu. Gibt es noch Kolleginnen und Kollegen, die ihre Stimme abgeben wollen? – Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Wahl beendet.

Jetzt darf ich das Ergebnis zu Tagesordnungspunkt 4 bekannt geben, Wahl der Präsidentin des Bayerischen Obersten Rechnungshofes. Gewählt ist, wie gesagt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen, wie gesagt, nicht berücksichtigt.

An der Wahl haben 166 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren null Stimmen. Auf Frau Heidrun Piwernetz entfielen 132 Stimmen. 21 stimmten mit Nein, 13 Stimmen sind Enthaltungen. – Damit hat der Bayerische Landtag Frau Heidrun Piwernetz zur Präsidentin des Bayerischen Obersten Rechnungshofs gewählt.

Sehr geehrte Frau Piwernetz, ich darf Ihnen im Namen des Hohen Hauses und auch ganz persönlich sehr herzlich zu Ihrer Wahl zur Präsidentin des Bayerischen Obersten Rechnungshofs gratulieren. Wir wissen, auf Sie wartet eine sicherlich nicht immer einfache, aber ohne Zweifel eine – gerade auch für uns hier im Hohen Haus – sehr wichtige Aufgabe. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen im Namen des Hohen Hauses viel Kraft, alles Gute und Gottes Segen. Herzlichen Glückwunsch!

(Anhaltender Beifall)

Sehr geehrter Herr Hillenbrand, Sie werden mit Ablauf des Monats August 2023 in den wohlverdienten Ruhestand eintreten. Im Namen des Bayerischen Landtags danke ich Ihnen für das in den vergangenen sieben Jahren Geleistete. Verbunden mit diesem Dank sind unsere besten Wünsche für die Zukunft, für diesen neuen Lebensabschnitt. Um es mit den Worten von Lorient zu sagen: Genießen Sie Ihre "neue, mehr ins Private zielende Tätigkeit". Nochmals herzlichen Dank und alles Gute für die Zukunft. Danke schön.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Bericht der Vorsitzenden der Kinderkommission

Gemäß Beschluss des Landtags vom 12. November 2019, Drucksache 18/4705, legt die Kinderkommission dem Landtag zur Hälfte und am Ende der Wahlperiode einen Tätigkeitsbericht vor. Über den abschließenden schriftlichen Bericht am Ende der Wahlperiode soll eine Aussprache im Landtag stattfinden. Zunächst erteile ich der Vorsitzenden der Kinderkommission, Frau Tanja Schorer-Dremel, das Wort. Bitte schön.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, Hohes Haus! In der 18. Wahlperiode wurde mit Plenarbeschluss vom 12. November 2019 erneut und damit zum dritten Mal eine Kinderkommission im Bayerischen Landtag eingerichtet. Bayern war das erste Bundesland mit einer eigenen Kinderkommission. Bis heute gibt es nur drei Kinderkommissionen in den deutschen Parlamenten. Vorreiter ist die Kinderkommission des Bundestages. Dann kamen wir hier im Bayerischen Landtag. Seit Dezember 2016 hat der Landtag von Niedersachsen eine Kinderkommission nach dem

Vorbild des Bundestags und Bayerns. Seit 2017 hat auch Nordrhein-Westfalen eine Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder als Unterausschuss.

Alle Fraktionen sind in der Kinderkommission im Bayerischen Landtag gleichermaßen vertreten. Das heißt, jede Fraktion entsendet nur ein Mitglied. Für die Zustimmung zu Beschlüssen oder bei Absprachen müssen mehr als drei Viertel der Mitglieder diesen zustimmen, zum Wohl der Kinder. Wir tagen immer öffentlich mit Personen und Vertretern von Verbänden. Schulklassen nehmen ebenfalls an unseren Sitzungen teil. Wir greifen Themen für Kinder auf, machen diese sichtbar und tragen sie in Ausschüsse, in weitere Gremien sowie die Ministerien.

Mit unserer konstituierenden Sitzung am 3. Dezember 2019 haben wir bis zum kommenden Donnerstag, an dem die letzte Sitzung stattfinden wird, 25 Sitzungen. Wir tagen immer einmal im Monat, meistens donnerstags, wenn am Dienstag Plenum war. Das Themenspektrum haben wir gemeinsam festgelegt. Jeder, jede Einzelne konnte Themen einbringen, und sie wurden auf die Tagesordnung gesetzt.

Wir hatten das große Glück, dass wir sehr viele Vertreter von Verbänden, von Jugendämtern, der Kinderschutzambulanz, der Staatsministerien und – das ist uns am allerwichtigsten – auch Kinder und Jugendliche zu Gast bei uns in der Kinderkommission gehabt haben. Wir führten Dialoge, Beratungen und Fachgespräche, denn wir wollten uns besser vernetzen und zusätzliche Kompetenz in den Landtag holen.

Ein paar Informationen dazu, was wir in den vergangenen vier Jahren getan haben: Wir hatten einen Sachstandsbericht zum Thema "Kinderrechte ins Grundgesetz". Wir haben Fachgespräche zum Thema "Kinderschutz" geführt. Wir haben ein Gespräch mit Staatsministerin Judith Gerlach zum Thema "Medien und Kinder" durchgeführt. Gleichzeitig hatten wir, und darauf legen wir sehr großen Wert, in Fortführung der letzten Kinderkommission einen Bericht zu den Themen "Kinderpornografie, Kindesmissbrauch, Cyberkriminalität und Darknet" mit Experten des Bayerischen Landeskriminalamtes. Sehr wichtig war uns auch ein Bericht zum Thema "Kinderhospiz" mit Vertretern des Dachverbandes Bunter Kreis aus Augsburg, dem Kinderhospizdienst München, den KlinikClowns, dem Wünschewagen und mit verschiedenen Rettungsorganisationen. Das Thema "Kinder und Behinderung" war uns genauso wichtig wie ein Informationsgespräch mit der Bloggerin Livia Kerp. Außerdem haben wir uns, und das ist besonders spannend, mit Brüssel vernetzt, mit der Europakommission, zum Thema "EU Kinderrechtsstrategie" und mit dem Landesverband Bayern des Kinderschutzbundes zum Thema "Digitales Kinderparlament". Es war ein Highlight, als wir während Corona eine Videokonferenz mit Viertklässlerinnen aus Bayern hatten zum Thema "Partizipation von Kindern und Jugendlichen".

(Beifall bei der CSU und den GRÜNEN)

Wir haben ein Hospizpapier erarbeitet. Darauf gehe ich später noch ein. Wir haben uns mit Staatsministerin Carolina Trautner wie auch mit Staatsminister Klaus Holetschek getroffen zum Thema "Situation der Kinder und Jugendlichen in Corona-Zeiten". Das Staatsministerium des Inneren hat uns einen Bericht zum Thema "Asylunterbringung von Kindern" gegeben. Gemeinsam mit dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales haben wir das Thema "Ukraine – Allgemeine Betreuung von Kindern und Jugendlichen" diskutiert.

Auch das Thema Bildung war uns wichtig, und so hat uns Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo über die schulische Integration ukrainischer Kinder und die aktuelle Corona-Situation in den Schulen berichtet. Das Thema "Kindergesundheit in Zeiten der Pandemie" war stetig präsent. Kinderarmut und "Bayern. Gemeinsam. Stark." haben wir gemeinsam mit Staatsministerin Ulrike Scharf disku-

tiert. Ein anderes Thema war das Fachgespräch zum Thema "Inklusion" mit dem Verein Kunterbunte Inklusion und dem Bayerischen Jugendhilfeausschuss. Was wir an wirklich tollen Sachen im Bereich der Jugendstiftungen leisten, hat uns Staatsministerin Melanie Huml erklärt.

Schülerzeitungen sind auch ein ganz wichtiges Instrument der demokratischen Beteiligung. So haben wir uns mit Schülerinnen und Schülern von Schülerzeitungen getroffen. Wir haben uns mit "Logi-Fox" der "Augsburger Kinderzeitung" getroffen, aber auch mit Klaus Umbach, Präsident des Deutschen Jugendherbergswerks.

Demokratiefördernde Jugendbeteiligung war ein Thema, das uns der Achter-Rat aus Ebersberg in die Sitzung gebracht hat. Wir haben uns auch mit dem Thema "Vermisste Kinder" befasst und mit der "Strafmündigkeit bei Kindern" beschäftigten wir uns am kommenden Donnerstag.

Sie sehen: Wir waren richtig fleißig. Wir haben ein breites Spektrum abgedeckt. Dafür möchte ich meiner tollen Kommission auch einmal recht herzlich danken; ich komme nachher noch einmal darauf zurück.

Ein großes Dankeschön geht auch an unsere Präsidentin Ilse Aigner, die es der Kinderkommission ermöglicht hat, zu reisen. So waren wir im Oktober 2020 bei der Bundestags-KiKo in Berlin und haben dort zum Thema "Problembewältigung ohne Ansprechpartner – Schul- und Jugendsozialarbeit" getagt. Wir konnten auch mit UNICEF ein Thema aufgreifen, das uns von Barbara Stamm in der letzten Legislaturperiode ans Herz gelegt worden ist: die World Childhood Foundation von Königin Silvia. Wir sehen es auch als unseren Erfolg an, dass es dank unserer Initiative jetzt auch hier in München ein Childhood-Haus gibt.

Ein besonderes Highlight war sicherlich die Reise zu den Vereinten Nationen im November 2020. Wir waren als erste Kommission des Bayerischen Landtags zum zweiten Mal bei den Vereinten Nationen und haben uns dort mit Virginia Gamba de Potgieter getroffen, Sondergesandte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte, um uns dort über wichtige politische Entscheidungen für und im Sinne der Kinder auszutauschen. Spannend war dabei, dass sich Gamba gegen zu viel Partizipation von Jugendlichen ausgesprochen hat; man nehme nämlich den Kindern dort die Kindheit. – Diese Außensicht fand ich unheimlich spannend.

Gleichzeitig trafen wir uns erneut mit der stellvertretenden Programmdirektorin von UNICEF, Genevieve Boutin, wobei es um das Thema "Gewalt gegen Kinder" gegangen ist. Beim UNHCR stand uns Kristina Zitnanova als Gesprächspartnerin zur Verfügung, die die Situation von Flüchtlingen und geflüchteten Kindern mit dem Schwerpunkt Ukraine dargelegt und sehr wohlwollend anerkannt hat, dass Deutschland sehr viel Geld gibt und unter den Topländern ist, in denen Flüchtlinge Zuflucht suchen.

Das Gespräch mit der Sondergesandten der Vereinten Nationen Thea Macheitze zum Thema "Gewalt gegen Kinder" hat gezeigt, dass seit unserem letzten Besuch erfreulicherweise immer mehr Länder offiziell Gewalt gegen Kinder verbieten und hiergegen vorgehen. Auch NGOs wie Human Rights Watch, Watchlist, Save the Children oder Amnesty International haben wir getroffen. Beim Besuch der German International School New York in White Plains konnten wir die Situation von Schülerinnen und Schülern im Ausland sowie der deutschen Bildung sehen. Wir greifen dieses Thema am kommenden Donnerstag noch einmal auf, wenn wir eine Videokonferenz mit der Deutschen Höheren Privatschule Windhoek durchführen werden.

Mein Fazit ist: Die Tatsache, dass ein hoch entwickeltes Land wie Deutschland sowohl eine Kinderkommission auf Bundesebene als auch auf Länderebene hat, welche sich für die Kinder und Kinderrechte einsetzen, wird national und international

bei den zuständigen Referaten mehr als positiv bewertet. Das zeigt sich auch durch unsere hochrangigen Gesprächspartner.

Wir haben auch an Veranstaltungen hier im Bayerischen Landtag teilgenommen. Am 17.07. wird man uns noch einmal beim Entdeckertag treffen.

Wir sind die einzige Kinderkommission, über die es ein Buch gibt: die "Isar-Detektive" mit dem dritten Band "Eine Falle für die Fahrraddiebe"; darin kommt auch die Kinderkommission vor.

Exemplarisch für unsere Arbeit möchte ich das Hospizpapier herausgreifen, das wir erarbeitet haben. Es ist einmalig, dass es in einer Kommission, in der alle sechs im Landtag vertretenen Parteien vertreten sind, gelungen ist, ein gemeinsames Papier zu erarbeiten. Ich werde es später noch einmal sagen, aber das zeigt auch, was für ein tolles Team wir hier für die Kinder waren. Das Hospizpapier ist aus unserer Sicht ein bedeutendes Dokument, das im Rahmen unserer Arbeit erstellt und verabschiedet wurde. Es behandelt das wichtige Thema der Hospiz- und Palliativversorgung von Kindern und Jugendlichen. Wir haben uns intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt und Experten, Ärzte, Pflegefachkräfte, Vertreter von Hospizeinrichtungen und Familienangehörige angehört. Wir haben versucht, die Bedürfnisse in Bezug auf die palliative Versorgung von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt zu stellen. Es ist eine umfassende Analyse der bestehenden Situation und gibt konkrete Handlungsempfehlungen für politische Maßnahmen, um die Versorgungssituation zu verbessern. Es betont die Notwendigkeit einer ganzheitlichen, bedarfsgerechten und kinderzentrierten Versorgung, die sowohl medizinische, pflegerische und psychosoziale Aspekte als auch die Wünsche und Aspekte der Kinder berücksichtigt.

Ein zentraler Aspekt des Hospizpapiers ist die Forderung nach einer ausreichenden finanziellen Unterstützung von Hospizeinrichtungen, um ihre wichtige Arbeit zu unterstützen. Das Hospizpapier betont die Bedeutung der Zusammenarbeit und Vernetzung aller relevanten Akteure einschließlich medizinischer Einrichtungen, von Hospizdiensten, Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen und ehrenamtlichen Organisationen. Es gilt, das Kind in den Mittelpunkt zu stellen.

Wir haben unser Papier auch an die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas geschickt, die es wiederum weitergegeben hat. Mit diesem Papier haben wir über Bayern hinaus Aufmerksamkeit erreicht. Das zeigt, dass sich dieses Papier wirklich gelohnt hat. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen beteiligten Mitarbeitern, aber ganz besonders bei unserem Gesundheitsminister Klaus Holetschek bedanken.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben im vergangenen Jahr am 21. September 2022 am ersten Vernetzungstreffen der Kinderkommission des Bundestages in Berlin teilgenommen und werden auch am 27. September 2023 am nächsten, dem zweiten Treffen teilnehmen.

Meine Bilanz ist: Kinder stellen eine besondere und besonders schützenswerte Gruppe in unserer Gesellschaft dar. Ihre Interessen und Bedürfnisse wollten wir durch die Kinderkommission vertreten. Wir wollten uns für Kinder und deren Belange einsetzen und deren Rechte fördern. Dieses Thema ist nie zu Ende, und es ist wichtig, dass es immer noch weitergeführt wird. Wir haben es geschafft – und das ist mir ganz wichtig –, dieses Thema quer durch viele Ministerien zu verankern und auf ministerieller Ebene bewusst zu machen. Das zeigt sich auch daran, dass wir ganz oft gefragt worden sind: Dürfen wir unsere Arbeit vorstellen? Können wir das Thema in der Kinderkommission bringen? – Das zeigt, dass wir auf ministerieller Ebene wahrgenommen und vor allen Dingen auch wertgeschätzt wurden.

Die Arbeit der Kinderkommission im Bayerischen Landtag ist von großer Bedeutung, um die Interessen von Kindern zu vertreten, Bewusstsein zu schaffen und langfristige Strategien zur Verbesserung der Situation der Kinder zu entwickeln. Wir wollen Bewusstsein schaffen. Wir wollen einen positiven Einfluss auf die öffentliche Debatte und auf politische Entscheidungen nehmen. Deswegen wäre es schön, wenn auch in der nächsten Legislaturperiode eine Kinderkommission eingerichtet würde; denn unsere Arbeit hat gezeigt, dass es ein ganz wichtiger Punkt ist, nicht nur über Kinder, sondern mit ihnen zu reden.

Ich möchte allen Mitgliedern der Kinderkommission für ihr engagiertes, konstruktives Wirken danken. Unsere Zusammenarbeit war von einem starken gemeinsamen Ziel geprägt: das Wohl unserer Kinder zu fördern und ihre Rechte zu schützen. Das gelang fast immer in einer angenehmen und wertschätzenden Atmosphäre. Weil es nicht selbstverständlich ist, dass in einer Kommission alle gemeinsam an einem Ziel arbeiten, möchte ich mich an dieser Stelle bei meinem Stellvertreter Johannes Becher recht herzlich bedanken. Es war immer sehr wertschätzend und wir hatten viel Humor. Ich habe deinen Rat und deine Einwendungen immer über alle Maßen geschätzt. Es geht eben um die Kinder über alle Grenzen hinweg.

Mein Dank gilt aber auch dem Kommissionsmitglied Doris Rauscher, die über den sozialpolitischen Ausschuss sehr viel Einfluss genommen hat. Liebe Doris, wir haben jetzt fast zehn Jahre gemeinsam in der Kinderkommission verbracht. Ich hoffe, es werden noch viele weitere gemeinsame Jahre; denn auch mit dir war die Zusammenarbeit wunderbar. Dasselbe gilt für Julika Sandt – ich habe die Zusammenarbeit immer sehr genossen – und für die Kollegin Katrin Ebner-Steiner. Wir waren ein tolles Team.

Ich bedanke mich auch beim Landtagsamt, bei Herrn Stigler und bei Frau Ettinger, bei der Stenografin Frau Kellner, bei unserer Offiziantin Frau Schweimer, bei unserer Landtagsbeauftragten Frau Karmasin, und vor allen Dingen – das ist mir ganz wichtig – bei der Landtagspräsidentin, die immer ein offenes Ohr für uns hatte.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass der Bericht der Kinderkommission von Ihnen wohlwollend aufgenommen wird. – Herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Schorer-Dremel, ich möchte mich auch in meiner Eigenschaft als Vizepräsident bei der Kinderkommission sehr herzlich bedanken, bei Ihnen und bei Herrn Becher als Stellvertreter und bei allen Mitgliedern. Ich glaube, der Freistaat Bayern kann sehr stolz darauf sein, dass er eine solche Kommission eingerichtet hat, die sich in dieser intensiven Weise um die Belange der Kinder kümmert. Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen für das gesamte Parlament. Herzlichen Dank an alle, die sich hier in unzähligen Arbeitsstunden engagiert haben! Danke!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, möchte ich die zwei Wahlergebnisse bekannt geben.

Ich gebe zunächst das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags – Tagesordnungspunkt 5 – bekannt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen bekommt. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt.

An der Wahl haben 158 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren null Stimmen. Auf Herrn Abgeordneten Uli Henkel entfielen 19 Ja-Stimmen und 135 Nein-Stimmen. Der Stimme haben sich 4 Abgeordnete enthalten. Damit hat Herr Abgeordneter Uli Henkel nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.

Dann darf ich auch noch das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums – Tagesordnungspunkt 6 – bekannt geben. Nach Artikel 2 des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint.

An der Wahl haben 157 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren null Stimmen. Auf Herrn Ralf Stadler entfielen 16 Stimmen. Mit Nein stimmten 137 Abgeordnete. Ihrer Stimme haben sich 4 Abgeordnete enthalten. Ich stelle fest, dass Herr Ralf Stadler nicht zum Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt worden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann darf ich mit Tagesordnungspunkt 7, dem Bericht der Vorsitzenden der Kinderkommission, fortfahren und Herrn Johannes Becher, stellvertretender Vorsitzender, um sein Wort bitten. Bitte schön, Herr Becher.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Mehr als zwei Millionen Kinder und Jugendliche leben in Bayern – angefangen bei den Neugeborenen bis zu den fast schon Erwachsenen, Kinder aus urbairischen Familien und solche, die gerade erst gestern nach Bayern gezogen sind, Kinder mit größerem Förderbedarf und solche mit kleinerem Förderbedarf sowie Kinder aus reichen, wohlhabenden, mittelständischen, einfachen oder armen Elternhäusern. Sie alle, jedes einzelne Kind, hat ein Recht auf eine glückliche Kindheit, auf den Schutz vor Unheil und auf die Förderung seiner Talente.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um ein Kind zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf, und damit alle Kinder in Bayern gut aufwachsen können, braucht es eine ganze Gesellschaft. Dazu gehört auch eine Politik, die die Interessen und Bedürfnisse von Kindern in den Blick nimmt, achtet und bei den Entscheidungen von heute die Auswirkungen auf das spätere Leben berücksichtigt.

Der Bayerische Landtag hat dies als erstes Landesparlament erkannt und eine Kinderkommission eingeführt – ich meine, eine sehr gute Entscheidung. Im Grunde befasst sich natürlich jeder Ausschuss irgendwie mit den Themen von Kindern, aber an keiner anderen Stelle werden die Themen so ministeriums- und fraktionsübergreifend gebündelt und diskutiert wie in der Kinderkommission. Allein das ist schon ein Wert an sich.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Was sind also die Aufgaben? – Erstens. Die Themen der Kinder in den Blick nehmen.

Zweitens. Probleme erkennen und Lösungen suchen.

Drittens. Kinder einen Raum geben, um selbst sprechen zu können.

Viertens. Ein klein wenig politische Bildungsarbeit im Sinne unserer Demokratie machen.

Ist das gelungen? – Nun, mit der Sitzung übermorgen, am Donnerstag, werden wir in dieser Legislaturperiode 25 Sitzungen gehabt haben, de facto also 25 Fachgespräche zu den verschiedenen relevanten Themen: Kinderschutz, Bedrohung durch Kindesmissbrauch in Kombination mit Cybercrime und Darknet bis zum Ausstieg aus Sekten und vermissten Kindern in Bayern. Aber auch die Themen Medienkompetenz in der Frühpädagogik, Partizipation von Kindern und Jugendlichen, Jugendstiftungen und die Situation der Jugendherbergen wurden umfassend beleuchtet.

Das allererste Thema, das uns immer wieder begleitet hat, war übrigens das Thema "Kinderrechte ins Grundgesetz". Nebenbei bemerkt könnte man auch die Bayerische Verfassung etwas anpassen. Aber seit vielen Jahren laufen zum Thema Grundgesetz in Berlin die Verhandlungen über die richtige Formulierung und über eine Zweidrittelmehrheit. Man kann nur hoffen, dass sich irgendwann die mutigen Kräfte durchsetzen. Kinder haben ein Recht auf Förderung ihrer Talente, und das sollte sich auch im Grundgesetz in geeigneter Art und Weise wiederfinden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Thema Kinderarmut hat uns beschäftigt und muss uns weiter beschäftigen. Zwar mag es sein, dass die Situation in Bayern besser als in vielen anderen Bundesländern oder anderswo ist, aber das darf natürlich kein Ruhekiten sein. Es gilt, weiterhin daran zu arbeiten, dass jedes Kind alle Chancen hat. Dies beginnt aus meiner Sicht mit einer gezielten Unterstützung der Familien und besten Bedingungen in den Kitas. Natürlich erhoffe ich mir von der Kindergrundsicherung eine Bündelung der verschiedenen Leistungen und letztlich die staatliche Garantie, dass kein Kind in finanzieller Armut aufwachsen muss.

Natürlich hat uns Corona beschäftigt. Kinder und Jugendliche haben unter der Pandemie gelitten, nicht alle gleichermaßen, aber dort, wo es ohnehin bereits Probleme gab, sind diese verschärft worden. Gerade beim Thema Öffnungen von Schulen und Kitas war Bayern restriktiv. In der Rückschau war das vielleicht nicht immer die beste Entscheidung. Daraus muss man lernen und die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen auch in solchen schwierigen Extremsituationen noch stärker gewichten.

Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, die Bedingungen bei der Unterbringung von geflüchteten Kindern und ihren Familien, das große Thema Inklusion – ich könnte noch viele Themen ansprechen.

Wir haben die Themen in den Blick genommen und an Lösungen gearbeitet, manchmal direkt in der Sitzung durch Zuruf, bei anderen Themen eher durch längerfristige Arbeit. Ich nenne als Beispiel das fünfseitige Positionspapier zur Kinderhospiz- und -palliativarbeit. Ich fand es schon bemerkenswert, dass ein solches Papier über die Fraktionsgrenzen hinweg – nach intensiver Diskussion, keine Frage – letztlich gemeinsam geschaffen wurde. Ich würde mir dies auch in anderen Gremien häufiger wünschen. Ich finde, wir als Kommission sind diesem sehr ernstesten Thema der Kinderhospiz- und -palliativarbeit gerecht geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Ich möchte im Zuge dieses Themas gerne noch etwas ansprechen, nämlich dass wir in Bayern eine ganz erhebliche Zahl von Frauen haben, die im Laufe ihres Lebens eine Fehlgeburt erleiden, manchmal zu Beginn der Schwangerschaft, manchmal erst später. Diese Frauen haben meist keinen gesetzlichen Mutterschutz und sind in der hoch belastenden Situation vielfach emotional alleine. Für manche mag

das ein Tabuthema sein, aber ich glaube, dass wir uns grundlegend weitere Gedanken machen müssen, wie wir Frauen im Falle einer Fehlgeburt besser unterstützen können. Sie hätten mehr Unterstützung verdient.

Sind wir also fertig? – Das sind wir nicht; das sind wir nie, möchte ich fast sagen. Die Themen hängen schließlich zusammen; sie sind vielfältig, sie sind komplex. Wir haben gut gearbeitet, und steter Tropfen höhlt den Stein, aber es bleibt auch für die kommende Legislatur noch viel zu tun.

Mein Dank gilt natürlich der Vorsitzenden Tanja Schorer-Dremel, die die Kommission mit viel Geschick und Fingerspitzengefühl geleitet hat. Mein Dank geht an die Kolleginnen Doris Rauscher, Gabi Schmidt und Julika Sandt für die immer konstruktive Zusammenarbeit. Persönlich muss ich sagen: Ich empfand die Kinderkommission als sehr bereichernd und sehr informativ. Als erster Mann in der Kinderkommission – ich habe, ehrlich gesagt, vorher auch nicht gewusst, dass ich eine solche Rarität bin – kann ich nur sagen: Politik für Kinder und Familien liegt nicht nur in der Verantwortung der Frauen; sie braucht alle Geschlechter, braucht die gesamte Gesellschaft. Mehr Männer in die Kinderkommission, mehr Frauen insgesamt in den Bayerischen Landtag, dann wären wir beim Thema Gleichberechtigung und gleicher Verantwortung wieder ein kleines Stückchen weitergekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Sinne darf ich mich ganz herzlich für die tolle Zusammenarbeit bedanken und kann dem Bayerischen Landtag nur empfehlen, in der nächsten Legislaturperiode erneut eine Kinderkommission einzurichten. Ich meine, es lohnt sich. – Herzlichen Dank.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Becher. – Ich darf als nächsten Redner Herrn Abgeordneten Tobias Gotthardt aufrufen.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! "Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes." – Wenn es einen Satz in der Bayerischen Verfassung gibt, der mich rührt, dann ist es der; es gibt noch zwei, drei andere, die besonders herausstechen. Das ist aber ein wunderschöner Verfassungsauftrag, den wir haben.

Ich finde, dass wir als Bayerischer Landtag diesen Verfassungsauftrag tatsächlich sehr, sehr ernst nehmen und dass die Kinderkommission das Leuchtfeuer dieser Überzeugung und dieses Verfassungsauftrages ist.

Ich durfte als zweiter Mann – aber anders als der Kollege Becher nur als Stellvertreter der Kollegin Schmidt – mehrfach an den Sitzungen teilnehmen, durfte dabei sein und fand es immer wieder beeindruckend, wie wir uns tatsächlich ohne jegliche parteipolitischen Querelen der Anliegen der Kinder und Jugendlichen im Freistaat angenommen haben. Es ist schon vieles aufgezählt worden; auch da kann ich mich anschließen, weil es in den meisten Bereichen ja tatsächlich fraktionsübergreifend war.

Ich glaube, wir alle haben den Anspruch, nicht nur denen zuzuhören, die wählen dürfen, sondern wirklich denen zuzuhören, die – sage ich jetzt mal – reden und auch noch nicht reden können und ihnen eine Stimme zu geben, vor allem denen zuzuhören, die Kind sind und uns etwas zu sagen haben.

Wir haben das in dieser Kinderkommission sehr ernsthaft getan. Wir haben Kinder und Jugendliche sehr oft eingeladen, weil es einfach wichtig ist, ihnen nicht nur ein

Forum zu bieten, ihnen zuzuhören, mit ihnen zu reden, sondern den Kindern auch zu zeigen: Politik ist nichts, was irgendwann mal anfängt, und dann darfst du irgendwann mal dabei sein, sondern du kannst, wenn du eine Idee hast, wenn du ein Problem hast, wenn du ein Anliegen hast, jederzeit zu jeder Politikerin, zu jedem Politiker kommen und darfst es ihnen sagen.

Wir stehen am Ende einer Legislatur. Ich glaube, für uns alle sollte das Ansporn sein, was in der Kinderkommission gelebt wird: Politikerin und Politiker auch für die zu sein, die nicht wählen dürfen, wirklich offene Ohren, offene Bürotüren, offene Herzen für die Anliegen der Kinder zu haben.

Mein Eindruck ist, wenn ich mit Kindern rede, wenn ich in Grundschulen gehe, selbst wenn ich in Kindergärten gehe und dann mal diese Fragen stelle "Was habt ihr denn für ein Anliegen? Was ist euch wichtig? Was wollt ihr denn erzählen?", dass jedes Kind etwas zu erzählen weiß; je nach Alter ist es dann meistens irgendwas im näheren Umfeld. Kinder sind aber politisch, Kinder wollen sich einbringen. Deswegen ist es so richtig und so wichtig, dass wir diese Arbeit tun, dass wir sie fraktionsübergreifend tun, dass wir sie in der Form der Kinderkommission gestalten.

Ich möchte auch im Namen der Kollegin Schmidt und unserer gesamten Fraktion dir, liebe Tanja Schorer-Dremel, und auch dem Stellvertreter Johannes Becher für die Leitung der Kinderkommission danken, für die Impulse, die von dir, Tanja, ausgehen. Du bist quasi die Seele dieser Kinderkommission. Ich bin davon überzeugt, dass wir auch in dieser Legislatur – das war jetzt die zweite, in der es eine Kinderkommission gab – wieder gezeigt haben, dass es sinnvoll ist, diese Kommission fortzuführen.

Ich hoffe, dass wir tatsächlich auch in der nächsten Legislatur die Chance haben werden, diese Kommission beizubehalten. Wir sind – neben dem Deutschen Bundestag – meines Wissens der einzige Landtag in Deutschland, der eine solche Kinderkommission hat. Wir sind meines Wissens auch das einzige Regionalparlament in Europa, das eine Kinderkommission hat; zumindest kenne ich kein anderes.

Also, bitte lasst uns an dieser wichtigen, wertvollen Tradition festhalten. Lasst uns mit der Kinderkommission die Türen dieses Hohen Hauses weiterhin für die Kinder, für die Jugendlichen offenhalten. Nehmen wir uns alle ein Beispiel an dem, was in der Kinderkommission läuft. Seien wir auch Abgeordnete für unsere Kinder, für unsere Jugendlichen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Gotthardt. – Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Katrin Ebner-Steiner. Bitte schön, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit fünf Jahren tagt diese Kinderkommission nun in regelmäßigen Abständen. Sie verbraucht Steuergelder, Sauerstoff und stößt neben vollmundigen Absichtserklärungen am Ende leider nichts außer CO₂ aus. Die Pflanzen freut es, die bayerischen Kinder und deren besorgte Eltern ganz sicher nicht. Bewegt hat sie nicht besonders viel – außer die anderen Kommissionsmitglieder in die USA.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Sie als Mitglieder der Altparteien haben ein Land geschaffen, in dem es für Kinder heute gefährlicher ist als jemals zuvor. Heute sind Kinder durch Armut gefährdet. Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt bereits unterhalb der Armutsgrenze. Das ist – infolge Ihrer Politik – der höchste Stand in der Geschichte der Bundesrepublik. In Bayern stieg der Anteil der Armutsgefährdeten unter 18 von 12,3 % im Jahr 2020 auf 14,3 % im Jahr 2022.

Heute sind Kinder durch andere Kinder gefährdet. Auch in Bayern haben die Gewaltdelikte unter Kindern und Jugendlichen signifikant zugenommen, wie aus den offiziellen Statistiken des Landeskriminalamts hervorgeht. Jeder fünfte Tatverdächtige in Bayern ist ein Kind oder ein Jugendlicher. Dass es sich hier nicht um Bagatelldelikte handelt, zeigt folgendes Zitat aus dem Kinder- und Jugendbericht des LKA von 2021: Die nicht selten mit Messern bewaffneten Täter suchen sich häufig gleichaltrige Opfer aus.

Heute sind Kinder durch Ihre verfehlte Schulpolitik gefährdet. Laut dem ehemaligen Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes Heinz-Peter Meidinger ist ab einem Anteil von 35 % von Kindern mit Migrationshintergrund eine deutliche Abnahme der Klassenleistung zu konstatieren. Besonders an bayerischen Mittelschulen beträgt der Migrationsanteil aber teilweise bis zu 80 %. Eine erfolgreiche Schullaufbahn wird so für viele bayerische Kinder verhindert.

Die Schule versagt aber auch beim Schwimmunterricht. Laut einer neuen Studie der DLRG kann jedes fünfte Grundschulkind nicht schwimmen. Die Zahl der Nichtschwimmer hat sich zwischen 2017 und 2020 verdoppelt. Das ist ein schulpolitisches Versagen auf ganzer Linie.

Das Gleiche gilt für die sogenannten Kinderrechte. Dabei handelt es sich um einen bössartigen Etikettenschwindel, der nicht den Kindern mehr Rechte einräumen soll, sondern nur dem Staat dient, mehr Zugriffsrechte auf die Kinder zu erlangen. Ich zitiere aus der "Tagespost", die die Rechtslage gut zusammenfasst:

Die Grundrechte des Grundgesetzes stehen bereits heute allen Kindern zu. Daher besteht im Bereich der Kinderrechte keine verfassungsrechtliche Schutzlücke. Als Grundrechtsträger partizipieren Kinder selbstverständlich an allen grundrechtlichen Gewährleistungen, vom grundgesetzlichen Würdenschutz über das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit bis zum Recht auf freie Entfaltung von Persönlichkeit. Auch das Bundesverfassungsgericht bejaht in seiner Rechtsprechung die Grundrechtsträgerschaft von Kindern – und das bereits seit einem halben Jahrhundert.

Die einzige Partei, die heute unsere Kinder vor den Anmaßungen und Übergriffen eines immer totalitärer werdenden Staates schützt, ist die AfD.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Hallo? Totalitär?)

Es gibt für die KiKo in der nächsten Legislatur also viel zu tun. – Vielen Dank.

(Johannes Becher (GRÜNE): Wenn die Frau Ebner-Steiner häufiger dagewesen wäre, würde sie vielleicht anders daherreden! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig, richtig!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Ebner-Steiner. – Nächste Rednerin ist die Frau Kollegin Doris Rauscher von der SPD-Fraktion. Frau Abgeordnete Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie die Kollegin Tanja Schorer-Dremel schon gesagt hat: Wir beide sind die-

jenigen, die der Kinderkommission jetzt schon seit fast zehn Jahren angehören. Das erfüllt mich persönlich wirklich mit großer Freude. Deshalb auch mein Dank an alle Kolleginnen und den Kollegen in der Kinderkommission, auch an Herrn Stigler, Frau Ettinger, Frau Kellner, Frau Karmasin und letztendlich auch an Frau Schweimer, die uns am Donnerstagnachmittag immer so wunderbar durch die Kinderkommission begleitet.

Gleichwohl, liebe Kolleginnen und Kollegen, betrachte ich die Kinderkommission manchmal auch mit gemischten Gefühlen. Einerseits ist die Idee der Kinderkommission wahnsinnig wichtig, und ich hoffe, wir werden sie hier in Bayern weiterhin haben. Über jeglichen Parteienproporz hinweg setzen wir uns gemeinsam für die Belange von Kindern und Jugendlichen im Freistaat ein. Als Mitglieder der Kinderkommission tauschen wir uns mit zahlreichen Expertinnen und Experten unterschiedlichster Fachrichtungen aus; einiges ist schon exemplarisch genannt worden. Wir erhalten in fast jeder Sitzung sehr wichtige Expertise von außen. Wir unternehmen tolle Reisen, um uns auch international zu informieren und zu vernetzen. Wir laden Kinder und Jugendliche ein, um auch mit ihnen und nicht nur über sie zu reden – und vor allem, um ihnen zuzuhören. All das und vieles mehr waren – darin sind wir uns sicherlich einig – sehr wertvolle und bereichernde Momente in unseren Sitzungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben durchaus auch etwas bewegt. Aber ich finde, es könnte – und sollte – noch mehr sein. Wir pflegen nämlich in der Kinderkommission – und das stelle ich nur allgemein fest – keine richtige Debattenkultur. Wir bringen kaum Initiativen auf den Weg. Lassen Sie mich nur zwei Beispiele nennen, um es deutlich zu machen:

In der letzten Sitzung hatten wir zum Beispiel zu dem Thema "Partizipation" – es wurde schon erwähnt – junge Gäste aus meiner Heimatstadt Ebersberg zu Besuch. Wir haben uns über den Achter-Rat informiert. Die 8. Klassen der Schulen am Ort können sich über Partizipationsstrukturen in die Kommunalpolitik einbringen. Ein tolles Projekt, das man durchaus als Leuchtturmprojekt bezeichnen kann! Die jungen Menschen haben uns aber auch mitgeteilt, dass es in Bayern noch viele Möglichkeiten gäbe, um die so wichtigen Partizipations- bzw. Beteiligungsstrukturen zu stärken. Als Mitglieder der Kinderkommission haben wir natürlich total aufmerksam zugehört; das war wirklich sehr interessant. Aber was erwächst daraus durch uns als Kinderkommission? – In diesem Fall: relativ wenig.

Ein weiteres Beispiel ist der Verein Kunterbunte Inklusion, der hier schon genannt wurde. Wir hatten Mütter von Kindern mit Behinderung da, die sehr, sehr eindrücklich geschildert haben, mit welchen Herausforderungen sie täglich im Zusammenhang mit dem Thema Inklusion zu kämpfen haben. Diese Berichte haben uns alle sehr berührt und betroffen gemacht. Auch ihnen haben wir sehr aufmerksam zugehört; aber wirklich anbieten konnten wir auch ihnen nichts. – Man könnte die Liste fortsetzen.

Bei einem weiteren Thema, das auch schon genannt worden ist, haben wir tatsächlich lange gerungen. Wir haben schließlich ein gemeinsames Positionspapier zur Kinderhospizarbeit entwickelt. Genau dort würde ich als Mitglied der Kinderkommission gern stärker anknüpfen. Das fände ich richtig gut. Wir sind ein starkes Gremium, das aber durchaus noch ein bisschen mehr Schlagkraft entwickeln könnte. Ich finde, Kolleginnen und Kollegen, liebe Tanja, das könnten wir uns für die nächste Legislaturperiode tatsächlich vornehmen – vorausgesetzt, dass die Kinderkommission wieder eingesetzt wird und deren Mitglieder sich einig sind.

Ansonsten bleibt auch mir am Ende nur noch, den Dank für die gute Zusammenarbeit auszusprechen. – Ihnen allen danke ich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die UN-Kinderrechtskonvention besagt, dass Kinder ein Recht auf Beteiligung, ein Recht auf Meinungsäußerung und ein Recht darauf, gehört zu werden, haben. Und ja, man müsste das Wahlalter dringend senken. Kinder und Jugendliche sind generell zu wenig im Fokus der Politik. Ich war in den vergangenen Tagen auf mehreren Veranstaltungen zum Thema Partizipation, unter anderem in München, Nürnberg und Regensburg. Immer wieder wurde deutlich, dass die Wünsche der Kinder zum Teil sehr einfach sind. Das ging bis hin zu einem Lämpchen für den Overheadprojektor im Klassenzimmer. Angesichts dieses Wunsches habe ich mich gefragt, was dort überhaupt noch Overheadprojektoren zu suchen haben.

Auch wenn ich an die psychische Versorgung von Kindern und Jugendlichen denke, wird mir bewusst, dass sie zu wenig im Fokus der Politik stehen – einfach deshalb, weil sie zu wenige Beteiligungsmöglichkeiten haben.

Die Kinderkommission ist kein Ersatz dafür. Und dennoch: Gerade weil Kinder und Jugendliche sonst zu wenig gehört werden, ist es umso wichtiger, dass wenigstens diese Kommission den Blick auf die Bedürfnisse von Kindern richtet.

Wir haben durchaus einige Sternstunden erlebt. Das war zum Beispiel – es ist schon einige Male erwähnt worden – das Online-Parlament während der Corona-Krise, in dem wir auch Kinder zu Wort kommen ließen. Wir haben auch zu sonstigen Sitzungen viele Kinder und Jugendliche eingeladen, aber auch Experten wie Kinderärzte, das Deutsche Jugendinstitut und viele mehr.

Ich denke, man darf von der Kinderkommission nicht zu viel erwarten. Es wurden keine Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht. Das darf in Zukunft gerne mehr sein.

Die Kinderkommission ist kein Tiger mit wirklich scharfen Zähnen; aber sie ist auch alles andere als ein Bettvorleger. Denn dieser Tiger ist sehr wach. Er zeigt mit seinen Pranken auf das, was sich ändern muss. Wir müssen weiter darüber beraten, wie wir die Situation von Kindern und Jugendlichen in Bayern verbessern können. Deshalb ist dieser "Tiger" unverzichtbar.

Ein weiterer Lichtblick war tatsächlich das Positionspapier zur Stärkung der Kinderhospizarbeit. Es ist Ausdruck eines fraktionsübergreifenden, starken Commitments für Kinder und Eltern in einer unvorstellbar traurigen Situation.

Ein weiterer Höhepunkt war unser Besuch der UNO in New York. Mich hat vor allen Dingen das Gespräch mit der stellvertretenden Sprecherin von UNICEF, Genevieve Boutin, beeindruckt. Sie hat uns insbesondere aufgefordert, nie wieder so lange Schulschließungen wie zur Zeit von Corona vorzunehmen.

(Beifall bei der FDP)

Interessant fand ich auch unsere Gespräche über frühkindliche Bildung und Chancengerechtigkeit. Aber ich muss schon sagen, die Kollegin, die aus Impfgründen nicht dabei war, hat hier im Landtag Anträge gestellt, dass Kinder mit Migrationshintergrund bei der Vergabe von Kitaplätzen benachteiligt werden sollen. Angesichts dessen frage ich mich wirklich, ob bei dieser Kollegin das Drängen bzw. der Wunsch nach Chancengerechtigkeit wirklich da ist.

Bei den anderen Kolleginnen und Kollegen ist der Wunsch nach guter Bildung und Chancengerechtigkeit sehr deutlich zum Ausdruck gekommen. Im Gespräch sagte die Vertreterin von UNICEF sehr deutlich, dass bestimmte Maßnahmen zur Förderung dieser Ziele verpflichtend sein sollten. Sie wunderte sich, dass das in Deutschland – im Gegensatz zu Nachbarländern wie Österreich, der Schweiz und Italien – nicht der Fall ist. Ihre Worte waren: "That is what we should work on." Ein Auftrag für die nächste Legislaturperiode!

Ich möchte mich an dieser Stelle bei der Vorsitzenden Tanja Schorer-Dremel sowie bei Johannes Becher, Doris Rauscher und Gabi Schmidt ganz herzlich für die Zusammenarbeit bedanken. Auch Herrn Stigler, Frau Karmasin, Frau Schweimer und Frau Kellner sage ich herzallerliebste Danke! Ich danke auch für den Rückhalt durch Ilse Aigner und das gesamte Präsidium.

Ich bin sehr froh, dass sich die FDP schon in den Koalitionsverhandlungen 2008 dafür eingesetzt hatte, dass es in Bayern endlich eine Kinderkommission gibt. Es war die erste in einem Landtag. Wir alle hier im Bayerischen Landtag können stolz darauf sein, dass wir sie haben. Auch wenn dieser Tiger seine Zähne nicht fletscht, so rückt er doch unsere Kinder in den Fokus der Politik. Damit trägt er dazu bei, dass wir unseren Blick in die Zukunft richten.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel von der CSU-Fraktion.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Kinderkommission ist und bleibt einzigartig. Sie hebt sich als Kommission von den Ausschüssen dieses Hauses ab. So ist auch unsere Arbeit oft anders.

Wir haben aber auf eine Art und Weise zusammengearbeitet und die eine oder andere wegweisende Entscheidung getroffen, die zeigt, dass man für etwas, was man im Streit nicht schaffen kann, im Miteinander einen gemeinsamen Nenner finden kann. Bisweilen ist es dann nicht unbedingt ein Konsens, sondern ein Minimalkonsens.

Es ist mir jetzt schon ein Anliegen, sehr geehrte Frau Kollegin Ebner-Steiner, noch einmal auf Ihre Aussagen Bezug zu nehmen. Wenn Sie öfter dagewesen wären, hätten Sie unsere Arbeit vielleicht besser schätzen können. Und wenn Sie zum Hospiz-Papier einen eigenen Vorschlag bzw. einen Ihrer Fraktion eingereicht hätten – das hat leider nicht stattgefunden –, hätten Sie sich vielleicht wiedergefunden. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass der Mitarbeiter der AfD-Fraktion der erste und einzige war, der während einer Sitzung der Kinderkommission des Raumes verwiesen werden musste. Dennoch haben wir es geschafft, konstruktiv zu arbeiten und – vor allen Dingen für die Kinder – über den Tellerrand hinaus zu schauen. Warum Sie, Frau Ebner-Steiner, in den USA nicht dabei waren, könnte vielleicht etwas – Kollegin Sandt hat es schon gesagt – mit der Einstellung der AfD zum Impfen zu tun haben.

Da ich es vorhin vergessen habe, sage ich an dieser Stelle, lieber Tobias Gotthardt und liebe Gabi Schmidt – Gabi Schmidt ist wie Doris Rauscher und ich schon länger dabei –, nochmals Danke für die konstruktive Zusammenarbeit, die vielen Impulse und vor allen Dingen die Arbeit, die ihr euch gemacht habt.

Und ja, liebe Doris, du hast in der Debatte über den Bericht der Kinderkommission 2018 gesagt, dass du die Arbeit mal gut und mal schlecht findest. Heute hast du gesagt, dass du die Arbeit mit gemischten Gefühlen betrachtest. – Gemischte Ge-

fühle waren auch bei vielen anderen dabei. Aber ich teile nicht deine Einschätzung, dass wir nichts bewegt haben. Ich erinnere nur an das Thema "Kunterbunte Inklusion", insbesondere was den Aspekt der Einschulung der Kinder angeht. Dieses Thema haben wir im Ministerium verankert. Die Rückmeldung aus dem Kultusministerium ist, dass man gerade bei diesem Bereich deutlich intensiver nachschaut.

Wir haben das Hospiz-Papier bis nach Berlin gebracht. Ich kann dir sagen, dass unser Papier auch in anderen Zusammenhängen in Fachkreisen durchaus geschätzt wird. Es wird Aufgabe der nächsten Kinderkommission sein, das Thema noch einmal aufzugreifen.

Und ja, Ebersberg war beeindruckend. Die Zeitungsberichte, die über viele unserer Sitzungen erschienen sind, zum Beispiel im "Münchner Merkur", aber auch in anderen Zeitungen, zeigen das auf, was hier passiert, und machen Lust auf mehr. Den Folgetermin, gerade mit Ebersberg, haben wir in der nächsten KiKo ja schon vereinbart.

Unser Entdeckertag, den der Landtag nach Corona am 17.07. wieder durchführt, war auch unser Baby in der letzten Kinderkommission. Wir haben dort ganz viel vorbringen können.

Liebe Julika, ich glaube, wenn es darum geht, über den Tellerrand hinauszuschauen, wird es auch sinnvoll sein, die Kontakte zu den Vereinten Nationen, zu UNICEF, zum UNHCR aufzugreifen, weiterzuschauen, das in unsere Arbeit mit hineinzunehmen. Ich weiß, dass gerade der Gesundheitsausschuss unter der Leitung von Bernhard Seidenath, der Sozialausschuss unter Doris' Leitung und von Thomas Huber, aber auch der Bildungsausschuss mit Tobias Gotthardt und Gerhard Waschler viele unserer Themen aufgegriffen haben.

An dieser Stelle auch ein großes Dankeschön an alle Ministerien, die immer da waren, die unsere Einwände ernst genommen haben. Nach fast zehn Jahren Kinderkommission habe ich sehr wohl das Gefühl, dass man im Ministerium auf uns hört, wenn es heißt: Kinderkommission.

Liebe Uli Scharf, wir gehören ja mehr oder weniger in vielen Bereichen auch zu dir. Deine Wertschätzung, die Wertschätzung deines Hauses, hat uns in den letzten Jahren ebenfalls getragen. Deswegen auch noch mal ein großes Dankeschön. Mir fällt jetzt gerade noch Frau Gold ein oder die Kinderschutzambulanz, die dein Haus auf die Wege gebracht hat, die wir begleiten dürfen, die wir in die Köpfe bringen. Deswegen ist es auch Aufgabe der Kinderkommission, für Kinderschutz da zu sein, und vor allen Dingen auch dieses Thema weiterzutragen.

Das Gleiche gilt für das Innenministerium. Wir hätten vieles zum Darknet, zu Cyberkriminalität, was früher nicht möglich war, ohne unser Innenministerium und auch das Justizministerium nicht umsetzen können. Deswegen sind wir vielleicht nicht das große Rad, aber wir sind das wichtige Rad, das den Motor in vielen Themen, wenn es um die Kinder geht, vorantreibt.

Deswegen abschließend noch mal ein Dankeschön. Ich würde mich freuen, wenn in der nächsten Legislatur wieder eine Kinderkommission eingesetzt wird und wir wieder den Arbeitsauftrag bekommen, uns für die Kinder einzusetzen, Kindern eine Stimme zu geben und Kinder sichtbar zu machen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Helmut Markwort, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
zur Änderung des Bayerischen Rundfunkgesetzes und des Bayerischen Mediengesetzes (Drs. 18/24731)
- Zweite Lesung -**

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Helmut Markwort von der FDP-Fraktion das Wort.

Helmut Markwort (FDP): Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Gesetz soll dazu dienen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk endlich zu reformieren. Der Bayerische Rundfunk sollte der Antriebsmotor sein, um die ganze ARD in Schwung zu bringen.

Sie kennen die Zahlen. Es gibt neue Zahlen. Die ganze Zeit reden alle davon, dass das teuerste öffentlich-rechtliche Rundfunksystem der Welt achteinhalb Milliarden Euro Einnahmen hat. Es sind zehn Milliarden! Die KEF, die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, hat diese Zahl in die Welt gesetzt und bestätigt. Zehn Milliarden Euro, das ist die Summe, die wir heute früh schon einmal gehört haben im Rahmen des Finanzausgleiches. Das Schlimme ist: Der größte Teil dieser zehn Milliarden geht nicht in das Programm, sondern in Verwaltung, Produktion und Technik.

Das war der Anstoß für dieses Gesetz, das wir vorlegen, und ich sehe mit einer gewissen Zufriedenheit, dass verschiedene Landtagsfraktionen, mächtige Fraktionen, sich inzwischen gemeldet haben: Sie wollen einer Beitragserhöhung nicht zustimmen. Sie wissen, wie das ist: Jeder einzelne Landtag kann das verhindern. Beim letzten Mal war das Sachsen-Anhalt. Jetzt sind es sechs Landtage, die wahrscheinlich dagegen stimmen werden.

Das löst einen großen Sparzwang aus. Immerhin sind die Anstalten jetzt dabei zu sparen. Aber wie? – Ich bin entsetzt: Sie wollen wieder beim Programm sparen. Die Zahl der Direktoren wird nicht verringert, aber die Zahl der freien Mitarbeiter wird schikaniert und eingeeengt, und das findet ohne die Aufsichtsgremien statt. Der Bayerische Rundfunk setzt sich mit den anderen zusammen, um die Hörspielabteilungen zu zentralisieren. Ich kann mich an keine Rundfunkratssitzung erinnern, in der wir den Auftrag gegeben haben oder auch nur darüber informiert worden sind, dass die Hörspielabteilungen zusammengelegt werden sollen.

Das Problem ist, dass wir immer weniger Programm bekommen. Immer mehr freie Mitarbeiter – das sind die Schwachen in dem System – werden schikaniert und eingeeengt, und die Kreativen haben keine Fürsprecher. Aber die Direktoren bleiben. Da redet man immer von Doppelstrukturen. Das sind keine Doppelstrukturen, das sind Quadrupel-Strukturen. Fünf, sechs, sieben, acht, neun Verwaltungsdirektoren, Technikdirektoren und Produktionsdirektoren sitzen in der ARD, und dann kommt noch das ZDF hinzu.

Meiner Ansicht nach müsste die Ministerpräsidentenkonferenz unbedingt den Auftrag geben, die Zahl der Direktoren plus anhängender Stäbe zu verringern. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, damit nicht immer die Direktoren zusammensitzen und

am Programm sparen. Wir bekommen immer weniger Programm, aber die Verwaltung bleibt. Eines Tages werden wir nur noch die Verwaltung live übertragen können, weil wir keine freien Mitarbeiter mehr haben.

Ein wichtiger Punkt ist auch die Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit. Wir kennen viele Beispiele dafür, dass Redakteure ihre eigene Meinung, ihre sogenannte Haltung in den Vordergrund bringen. Das muss durch die Aufsichtsgremien eingedämmt werden. Ich hoffe, dass diese sogenannte Zukunftskommission, die jetzt gegründet worden ist, dafür sorgt, dass Leute wie Böhmermann oder andere nicht einseitig ihre Meinung propagieren können.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Ingo Hahn von der AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Markwort von der FDP, ja, Sie stoßen in das Horn, dass Sie als FDP etwas verändern wollen. Es ist nur die Frage, wie glaubwürdig das jetzt ist so kurz vor der Landtagswahl. Sie sind sehr unkonkret in Ihren Forderungen. Sie sagen generell, dass Sie den öffentlichen Rundfunk schlanker haben wollen. Sie sagen aber nicht, welche Programme oder Sender Sie weniger haben wollen. Sie sagen, Sie wollen weniger haben und reduzieren. Es ist aber bei dem Beitrag völlig unklar, wie viel weniger. Warum sagen Sie das nicht einfach? Sie wollen neutralere Redakteure haben. Das haben Sie gerade auch gesagt. Sie sagen aber nicht, welche Sanktionen es gibt, wenn die weiterhin genau das machen, was sie jetzt machen, nämlich ihre politisch gefärbte Meinung in die Kommentare reinzubringen. Das ist also sehr unkonkret.

Da, wo Sie konkret werden, wollen Sie zum Beispiel fremde Sprachen neben dem Deutschen im Fernsehprogramm implementieren und dann sozusagen mit den deutschen Gebühren auch finanzieren. Das ist doch völlig kontraproduktiv. Das schafft nur Parallelgesellschaften. Insofern ist meine Frage: Ist das jetzt ein Wahlkampf-Gag der FDP, um Sie wieder über 5 % zu heben, oder ist das ernst gemeint?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Hahn, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Helmut Markwort (FDP): Herr Professor Hahn, Sie wissen, dass ich nur vier Minuten Redezeit habe und keine Gelegenheit hatte, Ihnen unseren kompletten Gesetzesentwurf vorzutragen. Ich hoffe, er liegt bei Ihren Akten. Wir sind in vielen Punkten sehr konkret, beispielsweise bei der Zusammensetzung des Rundfunkrats.

Ich fürchte ja, ich rede mir hier den Mund fusselig, und das Gesetz wird abgelehnt. Aber wer hier das Gesetz ablehnt, der beschneidet auch uns selbst. Nach unserer Vorstellung sind die Landtagsabgeordneten, die gewählten Volksvertreter, diejenigen, die über diese neue Zusammensetzung des Rundfunkrats, den ich genau aufgeschlüsselt habe, entscheiden sollen. Das wird hier leider abgewehrt.

Aber wir haben sehr viele konkrete Punkte. Die zentrale Botschaft ist natürlich: Mehr Programm, weniger Verwaltung.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Ute Eiling-Hütig von der CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CSU)

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Mehrheit der Menschen in Deutschland ist mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk unzufrieden. Ich auch. Ende 2022 sprach sich nicht einmal ein Drittel in einer repräsentativen Ipsos-Umfrage für den Fortbestand des ÖRR in der derzeitigen Form aus. Auch das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Berichterstattung von ARD und ZDF ist innerhalb von zwei Jahren von 74 % auf 62 % im Oktober 2022 gesunken, so die Forschungsgruppe Wahlen im ZDF. Diese Ergebnisse sind besorgniserregend und zeigen, dass beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland grundlegender Reformbedarf besteht. Darüber sind wir uns wohl einig.

Diesen Reformbedarf hat auch die FDP erkannt, aber leider sind die von ihr in diesem Gesetzentwurf vorgeschlagenen Änderungen größtenteils nur punktuell und in Teilen auch nicht mit den maßgeblichen Regelungen im übergeordneten Medienstaatsvertrag abgestimmt. Laut ihm umfasst der Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten neben Bildung, Information und Beratung auch die Unterhaltung. Der von der FDP geforderte vollständige Ausschluss der Unterhaltung aus dem Programm ist damit auf landesrechtlicher Ebene nicht nur nicht sinnvoll, sondern widerspricht auch der Rechtsprechung zur Rundfunkfreiheit gemäß Artikel 5 Absatz 1 GG, nach der der öffentlich-rechtliche Rundfunk für die Gesamtheit der Bevölkerung Programme in der vollen Breite des klassischen Rundfunkauftrags anbieten soll. Eine Aufgabenteilung zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern in dem Sinne, dass jene für den informierenden und bildenden und diese für den unterhaltenden Teil des Programmangebots zuständig wären, ist damit nicht vereinbar.

Wir teilen aber die Forderung, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk stärker auf seine Kernaufgaben, auf Information, Bildung und Kultur konzentrieren und damit gerade im Bereich der Unterhaltung von den privaten Medien unterscheidbar bleiben sollte. Der erst am 1. Juli 2023 in Kraft getretene Dritte Medienänderungsstaatsvertrag trägt dem Rechnung, indem die Unterhaltung beim Auftrag nicht mehr wie bisher gleichwertig neben Kultur, Bildung, Information und Beratung genannt, sondern in einem nachgelagerten Satz eingeschränkt wird. Ein Ausschluss der Unterhaltung beim BR würde eine einseitige Benachteiligung gegenüber allen anderen öffentlich-rechtlichen Sendern darstellen, deren Auftrag ungeschmälert bestehen bliebe. Das besondere bayerische Profil, das der BR auch durch seine Unterhaltungsformate bietet, ginge zugunsten nicht-bayerischer Angebote und Sendungen verloren. Gleichzeitig müsste der BR aber aufgrund seiner vertraglichen Verpflichtungen weiterhin die gemeinschaftlichen Angebote und Produktionen der ARD im Unterhaltungsbereich anteilig mitfinanzieren, ohne selbst daran partizipieren zu können. Außerdem würde dem Film- und Fernsehproduktionsstandort Bayern, den der Gesetzentwurf durch Einbeziehung eines Vertreters der Filmbranche in den Rundfunkrat vermeintlich stärken will, durch einen völligen Verzicht auf jegliche fiktionale Unterhaltungsformate schwerer Schaden zugefügt.

Völlig unklar bleibt, meine sehr verehrten Kollegen, der Gesetzentwurf hinsichtlich der Ausgestaltung der Hörfunkprogramme "BAYERN 1" und "BAYERN 3", die weiterhin populäre Musik, aber nicht mehr Unterhaltung bieten soll oder die Musik für jüngeres Publikum streichen will. Wenn der Auftrag, Musik für ein jüngeres Publikum sowie Inhalte für ein älteres Publikum zu bieten, generell gestrichen werden soll, so wird dies der zunehmenden Ausdifferenzierung der Publikumserwartung in den verschiedenen Generationen nicht gerecht und würde die Hörfunkprogramme des BR bewusst unattraktiv zugunsten privater Wettbewerber machen. Gleiches gilt für den geforderten sofortigen Umstieg auf ausschließlich digitale Verbreitung der Hörfunkprogramme. Laut Funkanalyse Bayern 2022 hören über 58 % der Menschen die BR-Radioprogramme auf UKW und nur 42 % digital. Ein sofortiger Umstieg wäre also gar nicht möglich und würde sehr viele Menschen vom Empfang

ausschließen. Dabei ist natürlich geplant, die Digitalisierung voranzutreiben, nur geht das nicht von jetzt auf gleich.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch der von der FDP geforderte vollständige Verzicht auf Werbung – der Anteil der Einnahmen des BR aus Werbung und Sponsoring beträgt gerade einmal 2,4 % – ist nicht sinnvoll, weil er die Gattung Radiowerbung für Werbekunden, die oft flächendeckend gleichzeitig im privaten wie im öffentlich-rechtlichen Hörfunk vertreten sein wollen, insgesamt unattraktiv machen würde. Dem Radio – öffentlich-rechtlich und privat – würde insgesamt Werbung verlorengehen, und die Einnahmesituation des BR würde sich verschlechtern – nicht viel, aber ein bisschen –, was wiederum im Widerspruch zur Forderung nach einem stabilen Rundfunkbeitrag steht.

Was die Arbeit und Zusammensetzung der Aufsichtsgremien betrifft, hat der Landtag erst 2017 umfangreiche Neuregelungen vorgenommen. Die Staatsregierung überprüft sie und berichtet dem Landtag erstmals Ende 2024. Bereits seit 2017 ist die Entsendung in die Aufsichtsgremien auf drei Amtsperioden beschränkt. Wer eine kompetente, erfahrene und – das ist mir besonders wichtig – gegenüber der Intendanz durchsetzungsstarke Gremienaufsicht möchte, sollte die Amtszeiten nicht noch weiter auf höchstens zwei Amtsperioden beschränken. Es dauert ohnehin lange genug, bis man richtig drin ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns aber alle einig, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk schlanker und effizienter werden muss, um seine Akzeptanz zu bewahren. Dazu müssen Synergieeffekte genutzt und Mehrfachstrukturen abgebaut werden, und es muss mehr Kooperation bei Verwaltung, Produktion, Technik, Zentralen Diensten und in der redaktionellen Arbeit stattfinden. Der Medienstaatsvertrag legt bereits fest, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zur Erfüllung ihres Auftrags zusammenarbeiten. Deshalb muss die Zusammenarbeit auch weiter vorangetrieben werden. Der Gesetzentwurf der FDP liefert dafür leider nur einzelne Beiträge, aber kein Gesamtkonzept. Deshalb müssen wir ihn leider ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Uli Henkel von der AfD.

Uli Henkel (AfD): Frau Dr. Eiling-Hütig von der CSU, in der Ersten Lesung haben Sie hier gesagt – und dabei haben Sie sich auf das Bundesverfassungsgericht bezogen –, dass die geforderte Staatsferne im Rundfunkrat eingehalten werde. Finden Sie es nicht ein bisschen übertrieben, dass die CSU mit fünf Rundfunkräten plus Staatsminister Herrmann im Rundfunkrat vertreten ist? Was sagen Sie zu meinem Vorschlag, den ich schon mehrfach unterbreitet habe, dass jede im Landtag vertretene Partei einen Vertreter und einen Stellvertreter in den Rundfunkrat schickt, weil die kleinen Parteien mit nur einem Rundfunkrat sonst gar nicht vertreten sein können, wenn der Vertreter einmal krank ist oder einen anderen Termin hat? Finden Sie es richtig, dass die Parteien im Rundfunkrat in einem solch extremen Proporz vorhanden sind? Sie von der CSU haben sechs Rundfunkräte. Einer kommt von der AfD. Wir haben einen Anteil von 10 %. Somit müssten Sie mindestens 60 % haben, was Sie bei den letzten Wahlen aber nicht erreicht haben. Deshalb glaube ich, dass die Staatsferne, die das Verfassungsgericht fordert, eigentlich nicht eingehalten wird. Die Regierungsparteien sind zu stark im Rundfunkrat vertreten, und das auch noch ohne Stellvertreter. Könnten Sie sich dem Vorschlag anschließen, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Henkel, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Uli Henkel (AfD): – dass jede Partei nur noch einen Vertreter entsendet?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Zu Ihrer Frage, was ich von dem Vorschlag halte, sage ich ganz offen: nichts. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass Staatsferne gegeben ist, wenn maximal ein Drittel von der Seite kommt. Das ist so. Das ist Fakt. Insofern entsprechen wir dem Gesetz. Ich finde das völlig in Ordnung so und lehne Ihren Vorschlag ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Sanne Kurz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Susanne Kurz (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrtes Präsidium! Starke und unabhängige freie Medien sind eine sehr wichtige Säule unserer Demokratie. Es ist sehr löblich, dass sich die FDP hier im Parlament mit ihren Ideen einbringt und Vorschläge unterbreitet, wie wir GRÜNE es unter anderem auch schon mit unserem Gesetzentwurf, der endlich auch in den Kontrollgremien des Bayerischen Rundfunks für Parität gesorgt hätte, getan haben. Einige Ideen der FDP sind gut, andere halten wir GRÜNE für problematisch, und manche würden aus unserer Sicht den Fortbestand eines starken, freien und unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks gefährden.

Ziemlich lustig ist, dass Frau Kollegin Eiling-Hütig davon spricht, dass im Gesetzentwurf die Unterhaltung fehlt, weil sich ja die Fraktionsvorsitzenden der Unionsfraktionen der Länder gerade erst in Rostock zusammengefunden haben. Herr Kollege Kreuzer schwänzte an diesem Tag den Vorsitz des Ausschusses für Grundsatzfragen und Medienpolitik des Kontrollgremiums, den er hätte leiten sollen. Er ging lieber nach Rostock, um dort ein Eckpunktepapier zu beschließen, in dem die Unterhaltung überhaupt nicht mehr vorkommt. Insofern verwundert es mich, dass das jetzt hier kritisiert wird, weil die Fraktionsvorsitzenden der Unionsfraktionen, hier der Fraktionsvorsitzende der CSU, die Unterhaltung offenbar auch am liebsten absägen und dort die Axt ansetzen würden.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: So, wie es halt im Gesetz steht!)

– Das steht aber nicht im Eckpunktepapier. In dem Eckpunktepapier – ich habe es hier, ich kann es gerne vorlesen – steht – ich zitiere –: keine Anhebung des Rundfunkbeitrags ab 2025. Da steht auch: "[...] Fokus auf Kernauftrag mit qualitativ hochwertiger Grundversorgung in den Bereichen Information, Bildung und Kultur". Ich kann hier kein einziges Wort zur Unterhaltung finden.

Jetzt ist es aber nicht nur so, dass wir hier eine sehr starke Filmbranche haben und wir in Bayern ein sehr starker Medienstandort sind, der selbstverständlich auch Unterhaltung produziert – im Idealfall sehr hochwertige Unterhaltung, auf die wir auch sehr stolz sind. Wir brauchen auch dringend Unterhaltung, um Menschen, die wir nicht erreichen, reinzuholen und an uns zu binden. Das ist das alte Prinzip von Brot und Spiele. Da hat man schon im alten Rom gewusst, die Leute kommen, und dann kann man sie natürlich erreichen. Deshalb muss da die Unterhaltung unserer Meinung nach auch mit drinstehen.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Wie gesagt, es ist gut, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, dass Sie nicht nur draußen durch die Lande ziehen, polemisieren und populistisch die Axt an die

Öffentlich-Rechtlichen ansetzen, sondern sich auch hier zu Wort melden, hier, wo es unsere Pflicht ist – oder zumindest unsere Pflicht wäre –, die Verantwortung zu übernehmen. Dieses Verantwortungsbewusstsein wünsche ich mir auch von den Unionsfraktionen, dass sie nicht nur in Rostock populistisch agieren, sondern hier auch sagen, was sie wirklich wollen, damit die Bürgerinnen und Bürger erfahren können, was die CSU eigentlich mit ihrem Bayerischen Rundfunk plant.

Bei der Sache mit dem Verantwortungsbewusstsein frage ich mich schon so ein bisschen – wenn da AfD-Framings übernommen werden, wenn die Unionsfraktion hier plötzlich Umerziehung vorwirft und wenn in diesem Eckpunktepapier als großer Wurf für die Reform, die dann alles rettet, das Verbot der Gender-Sprache mit drinsteht –, wie wir eigentlich einen guten Öffentlich-Rechtlichen zusammen erhalten wollen.

Wir brauchen eine Reform. Wir müssen das diskutieren. Deshalb noch mal vielen Dank für den Vorschlag hier. Vielleicht hat die CSU noch nicht gemerkt, dass sie einen Medienminister hat, der auch in der Rundfunkkommission sitzt und sich dort auch einbringen könnte. Er sitzt auch im Rundfunkrat. Auch dort könnte er sich einbringen. Aber vielleicht ist es ja ein großes Glück, dass sie das noch nicht getan und gemerkt hat.

Zurück zur FDP: Hörfunkwellen – sieben Programme. Ich habe mal durchgezählt. Was soll denn da weg? Da wünsche ich mir ein bisschen mehr Verantwortungsbewusstsein und dann auch ruhig den Mut zu sagen: Okay, wir haben mehr als sieben. Dann soll BR24 Radio weg – ehemals "B5 aktuell" –, oder "BAYERN 3" soll weg, oder "BAYERN 1" soll weg, "BR-Klassik" soll weg oder vielleicht "BAYERN 2" oder "BR Heimat" oder "BR Schlager". – Was würden Sie denn gerne kürzen, liebe FDP? Da wünsche ich mir konkrete Vorgaben.

Zu den Kontrollgremien komme ich gleich noch. Das ist eine riesengroße Baustelle, die wir wirklich dringend angehen müssen. Aber ich finde auch noch ganz wichtig, und das steht hier nicht drin: Es wäre ganz wichtig, dass wir in dem Bayerischen Rundfunkgesetz etwas implementieren, mit dem man einen Hinweis gibt, wie KEF-Anmeldungen funktionieren sollen. Mir ist klar, das muss über Medienstaatsverträge geregelt werden. Aber wir könnten zumindest eine Denkanregung in unser Gesetz aufnehmen, weil wir im Moment bei der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs eine Situation haben, wo der Beitrag im Prinzip unabhängig festgelegt wird, aber die Beitragsentscheide nicht unabhängig sind wegen des Drucks. Wenn wir ehrlich sind: Der ganze Streit kommt ja vor allem wegen des Beitrags. Ich wünsche mir sehr, dass wir inhaltlich nach vorne denken, aber die meisten interessieren sich ja nur für den Beitrag. Da müsste man zum Beispiel wie jedem anderen Medienunternehmen auch erlauben, Investitionen zu tätigen, nach vorne zu denken, damit man den Rundfunk in eine gute Zukunft führen kann.

Ganz kurz zu den Gremien: Bei uns in den Gremien fehlt Parität. Es fehlen Frauen, und nein – jetzt ist die Kollegin Eiling-Hütig weg –, es sind nicht 30 %, es sind 32 % Staatsnahe im BR-Rundfunkrat. Inzwischen sind es, weil der DGB jetzt wieder statt einer Frau einen Mann geschickt hat, auch wieder nur 33 % Frauen; migrantische Personen – eine Person von 50; Menschen unter 40 – eine Person; Menschen mit Behinderung – eine Person.

Das sind alles Dinge, die ein großes Problem sind. Deshalb danke für die Vorschläge. Viele Probleme – ich freue mich auf die Diskussion in der nächsten Legislatur. Wir lehnen den Gesetzentwurf im Augenblick ab.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Gehen Sie doch mal nach Kompetenz!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat der Kollege Alexander Hold von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ja, der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht vor großen Herausforderungen, insbesondere was die Relevanz und Glaubwürdigkeit betrifft. Das ist zum Großteil durch Vorfälle bedingt, die außerhalb des BR stattgefunden haben, die das Vertrauen in eine sparsame Haushaltsführung erschüttern und auch strukturelle Defizite offengelegt haben.

Daher gibt es vor allem eine Diskussion über den Umgang mit den Beiträgen, verbunden mit der Frage, in welcher Breite und Tiefe die Anstalten Programm machen sollen und welche und wie viele Kanäle es dazu braucht. Das ist natürlich keine leichte Führungsaufgabe, Gewohntes und Erreichtes gegenüber der Belegschaft oder auch den freien Mitarbeitern und Liebgewonnenes gegenüber den Zuschauern und Hörern infrage zu stellen.

Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich: Legen Sie nicht Hand an den Auftrag! Legen Sie Hand daran, wie dieser Auftrag vernünftig umgesetzt wird! Ja, ARD, ZDF und Deutschlandradio müssen sich ändern. Sie müssen sich auch dem Nutzungsverhalten der Hörer und Zuseher anpassen. Sie müssen sich bewegen. Dazu müssen sie in ihrer täglichen Arbeit einfach besser werden, enger zusammenrücken. Sie müssen Aufgaben und Ausstattung teilen. Sie müssen redundantes Programm reduzieren. Sie müssen dafür sorgen, dass Dinge, die man gemeinsam machen kann, auch gemeinsam gemacht werden, solange da die regionale Identität in keiner Weise berührt wird. Sie müssen natürlich auch schauen, dass sie sich an neue Seh- und Hörgewohnheiten anpassen, und das alles mit dem sensiblen Blick auf den Programmauftrag und die Diskussionen, die ja tatsächlich beim finanzierenden Bürger auch geführt werden.

Das haben Sie schon erkannt mit Ihrem Antrag. Aber rausgekommen ist eigentlich kaum etwas, das man letzten Endes brauchen kann. Nicht jeder Rundumschlag ist hilfreich, auch nicht Ihr Gesetzentwurf, ganz ehrlich gesagt. Sie tun so, als wäre es ein großer Wurf. Aber das ist höchstens ein laues Lüftchen, und das weht nicht mal in die richtige Richtung.

Sie sagen, Ihre zentrale Botschaft sei mehr Programm. Entschuldigung – und dann wollen Sie die Unterhaltung aus dem Programmauftrag streichen? – Das passt überhaupt nicht zusammen. Auf den ersten Blick mag das ja charmant sein, um mal Gebühren zu sparen, um den Beitrag zu senken. Aber ich sage mal ein Beispiel: Wer auf der Ehrentribüne des FC Bayern sitzt, kann vielleicht auf die "Sportchau" verzichten. Aber für manchen Normalbürger ist das die wichtigste Sendung in der Woche. Ganz ohne Unterhaltung fehlt dem Öffentlich-Rechtlichen für viele Menschen die Relevanz, sodass Sie auch mit dem informativen Grundprogramm, das dann am Ende mit dem Rumpfprogramm bleibt, nur noch eine kleine Minderheit erreichen würden und der Rest der Beitragszahler letzten Endes erst recht den Bezug zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und zur Beitragspflicht letzten Endes verlieren würde.

Wo ist denn überhaupt heute die Grenze zwischen Information und Unterhaltung? – Sie wissen das doch ganz genau: Man erreicht die Menschen heute nur noch mit unterhaltender Information. Sie sind sich auch selber nicht ganz sicher, ob Sie die Unterhaltung wirklich verbannen wollen. Sonst würden Sie da hinter Bildung, Information und Kultur nicht in Klammern reinschreiben, dass die auch unterhaltenden Charakter haben dürfen. Wo ist dann die Grenze? – Ich kann mir ausmalen, welche Diskussion es dann letzten Endes gibt. Was ist wertvolle Unterhaltung? Was ist unterhaltende Information? – Irgendwo in der Diskussion zwischen Böhmermann und Silbereisen sind wir dann, glaube ich, ganz schnell an einem Punkt, an

dem es gar keinen vernünftigen Ausweg mehr gibt und an dem alle aufeinander einkloppen.

Noch mal, Sie sagen: mehr Programm. – Zugleich wollen Sie die Hörfunkprogramme reduzieren. Ist das mehr Programm? – Dass Sie dabei ausgerechnet Musik für ein jüngeres Publikum streichen wollen, aber auch Inhalte für ein älteres Publikum, das ist schon beachtlich.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Ja, Medienrat, BR-Rundfunkrat – das ist eine große Baustelle. Die werden wir sicher angehen müssen. Aber was Sie da vorgelegt haben, ist, ehrlich gesagt, alles andere als ein großer Wurf. Die Vertriebenenverbände wollen Sie ganz rausnehmen. Das entspricht nicht der gesellschaftlichen Relevanz dieser Gruppe, ehrlich gesagt. Andere nehmen Sie dann rein, Konfessionslose und Atheisten. Entschuldigung, wer nicht in der Kirche ist, ist deswegen noch lange keine gesellschaftlich relevante Gruppe. Da müssen Sie zum Beispiel auch die Unsportlichen reinnehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Frage "Verzicht auf Werbung" ist das Einzige, wo ich dem Gesetzentwurf tatsächlich etwas abgewinnen kann. 2,4 %, – ich bin der Meinung, der Öffentlich-Rechtliche würde an Qualität gewinnen, wenn wir ihn werbefrei machen würden. Er müsste das letzten Endes auch verkraften. Er würde dadurch garantiert qualitativ einen Fortschritt machen. Da bin ich dabei. Aber das reicht natürlich nicht, um Ihren Gesetzentwurf gut zu finden und letzten Endes dafür zu sein, meine Damen und Herren. Wir brauchen Strukturreformen. Das ist gar keine Frage.

Zu guter Letzt lassen Sie mich einfach noch mal sagen: Wir brauchen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mehr denn je; denn er ist ein Bollwerk.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Er ist die einzig unabhängige, verlässliche und objektive Informationsquelle. Er ist ein Garant für Meinungsvielfalt, auch wenn man da oftmals Dinge hinterfragen muss, auch wenn man da oftmals genau hinschauen muss und auch wenn da etwas mehr Selbstreflexion im öffentlich-rechtlichen Rundfunk oftmals ganz gut wäre. Aber er ist ein Bollwerk gegen Fake News, gegen Versuche, durch Falschmeldungen und Hetze unsere Gemeinschaft zu destabilisieren. Das gewährt nur der öffentlich-rechtliche Rundfunk, und deshalb sollten wir ihn schätzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD gemeldet.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Hold von den FREIEN WÄHLERN, Sie haben gerade gesagt, die Sender des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seien ein Bollwerk für die Meinungsvielfalt. Das ist für mich der Kalauer des Tages. Wahrscheinlich für die Meinungsvielfalt Ihrer etablierten politischen Parteien; es ist für Sie schön, wenn Sie die AfD außen vor lassen können. Das ist sozusagen ein finanzierter Anti-AfD-Funk.

Ich möchte darauf eingehen, dass Sie die FDP zum Teil auch zu Recht kritisiert haben; aber selber machen Sie als Regierungspartei überhaupt keine Vorschläge. Das Einzige, was ich von Ihnen gehört habe, ist: Man bräuchte eine Strukturreform, und man könnte den öffentlich-rechtlichen Rundfunk werbefrei machen.

Ich frage Sie ganz konkret – Sie haben gesagt, "weniger" und "günstiger" –: Wie viel würden Sie dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk denn an Servicegebühren, an ehemals GEZ-Gebühren zur Verfügung stellen? Sagen Sie eine ganz konkrete Zahl, mit der wir auskommen müssen, damit wir das auch umsetzen können. Wie viele Euro in einem Quartal?

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Genau deshalb, nämlich um schäbige Diskussionen um den einzelnen Cent zu vermeiden, haben wir ein unabhängiges Verfahren über die KEF, die den Bedarf feststellt und festlegt, was der Rundfunk braucht.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Ich bin der Meinung, dass wir tatsächlich schauen müssen – –

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

– Wollen Sie jetzt meine Antwort hören oder nicht? Wenn Sie dauernd dazwischenbrüllen, dann lasse ich es einfach. Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Andreas Winhart (AfD): Ich höre Ihnen genau zu!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als Nächster hat der Abgeordnete Prof. Dr. Hahn für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Werter Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute also in Zweiter Lesung den Gesetzentwurf der FDP über die Änderung des Bayerischen Rundfunkgesetzes und des Bayerischen Mediengesetzes, welchen wir schon im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst abgelehnt haben. Positiv an diesem Gesetzentwurf ist allenfalls, dass die veritable Schiefelage im Hinblick auf die Qualität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als solche hier benannt wird. Ich erinnere an dieser Stelle an die Aussage von Christine Prayon, die nach über zehn Jahren beim ZDF gekündigt und den Sender verlassen hat. Sie sagte über die Satireformate im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Folgendes – ich zitiere –:

Da werden Narrative und Positionen von Gruppen, die gesellschaftlich in der Hierarchie weit oben stehen, unablässig wiederholt und gleichzeitig wird Stimmung gegen Andersdenkende gemacht. Das hat nach meinem Dafürhalten nichts mehr mit Satire zu tun.

Es ist nämlich eine komplette Verdrehung von Satire und Herrschaftskritik. Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk werden die Großen geschützt, und auf die Kleinen wird getreten. Harte Reformen sind also nötiger denn je. Aber so richtig ändern möchte auch die FDP nichts. Sie schreibt zwar in ihrem Gesetzentwurf von einer Fokussierung auf Bildung, Information und Kultur und auch von einer Berichterstattung nach den Regeln des Pressekodex des Deutschen Presserates. Die FDP sagt aber an keiner Stelle im Gesetzentwurf konkret, was eigentlich erreicht werden soll. Auch die Forderung nach einer Senkung des Rundfunkbeitrags klingt erst einmal gut, ist aber mit wenig Substanz unterfüttert. Herr Markwort, Bürger, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht nutzen, müssen auch nach dem Gesetzentwurf der FDP weiterhin Gebühren entrichten. Das ist grundfalsch und dringend zu reformieren. Meine Damen und Herren, als einzige Fraktion hier in Bayern stehen wir, die AfD, für eine vollständige Abschaffung der Rundfunkzwangsgebühr.

Viel konkreter ist man aber aufseiten der FDP bei der Umgestaltung des Rundfunkrates und des Medienrates. Hier möchte man bisherige Vertreter entfernen, und

zwar unter anderem die Vertreter der beiden großen Kirchen sowie ganz explizit den Vertreter des Bundes der Vertriebenen. Man möchte also die Vertriebenen jetzt auch aus dem Rundfunkrat vertreiben. Welch ein geschichtsvergessener und würdeloser Vorgang!

(Beifall bei der AfD)

Doch wer soll an die Stelle dieser Repräsentanten nachrücken? – Vertreter diverser Splittergruppen, sagt die FDP. Unter anderem sollen in Zukunft Vertreter der Queer- und Translobby einen Einfluss auf das Programm des öffentlich-rechtlichen Rundfunks haben. Meine Damen und Herren, man muss endlich aufhören, jede noch so kleine Gruppierung für Partikularinteressen in Gremien aufzunehmen, nur weil dies dem gerade vorgeblichen Zeitgeist entspricht.

Ein fragwürdiger Clou ist die Schaffung von Angeboten in verschiedensten Sprachen für unsere Neubürger. Worum es aber im Sinne einer tatsächlichen Integration gehen sollte, sind Angebote für Menschen, die Deutsch lernen wollen, und nicht die Schaffung weiterer Parallelgesellschaften.

Alles in allem bietet der Gesetzentwurf keine Verbesserung des obsoleten Systems. Aus diesen Gründen werden wir den Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als Nächste hat die Kollegin Inge Aures für die SPD-Fraktion das Wort.

Inge Aures (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich vorausschicken, dass wir von der SPD-Fraktion für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk stehen. Wir setzen auch weiterhin auf qualitativ hochwertigen Journalismus. Das muss ich eingangs einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Im Großen und Ganzen bietet der Gesetzentwurf der FDP den einen oder anderen guten Ansatz. Das muss man attestieren. Wir können dem Gesetzentwurf aber trotzdem nicht zustimmen, weil einige Punkte von uns anders gesehen werden. Ich möchte lediglich exemplarisch ein paar Punkte herausgreifen; denn im Ausschuss hat der Kollege Volkmar Halbleib die Argumente bereits vorgetragen. In der Ersten Lesung hat Martina Fehlner diese Punkte ebenfalls dargestellt. Ich möchte nur vier Punkte noch einmal nennen.

Zunächst einmal geht es um den Programmauftrag. Nach Auffassung der SPD gibt es keine Notwendigkeit, den Begriff der Unterhaltung aus dem Programmauftrag zu streichen. Die Streichung wollen wir nicht. Das öffentlich-rechtliche System muss in gebotener Vielfalt arbeiten. Es muss in gebotener Vielfalt Programme anbieten, um damit möglichst viele Menschen erreichen zu können.

Ein weiterer Punkt ist die Zusammensetzung des Rundfunkrates und des Medienrates. Nach unserer Meinung ist in den Gremien deutlich zu machen, dass die Gesellschaft facettenreich abgebildet sein muss. Wir haben ja gehört, dass das Gesetz erst vor einiger Zeit geändert wurde. Wir von der SPD sehen im Moment noch keine Notwendigkeit für eine erneute Änderung.

Wir unterstützen natürlich, dass die Sitzungen öffentlich und transparent sein sollen. Das wäre auch im Sinne der SPD. Wir wollen damit das verloren gegangene Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückholen.

Was die Hörfunkprogramme, die Programmschwerpunkte und die Verbreitung betrifft, erkennt auch die SPD, dass die traditionellen Wege der Verbreitung weniger werden. Allerdings ist es zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend, die Hörfunkprogramme ausschließlich digital verbreiten zu lassen.

Ein weiterer Punkt betrifft die Werbung. Auch hier gehen die Meinungen auseinander. Die Mischfinanzierung sollte nach Ihnen von der FDP abgewendet werden. Diesbezüglich vertritt die SPD auch eine andere Meinung. Insgesamt lehnen wir Ihren Vorschlag ab, da er weitreichende Folgen für die Mittelausstattung nach sich ziehen würde.

Die Vorschläge zur Wiederwahl der Intendanten und die Begrenzung der Zeit wären vielleicht vertretbar. Insgesamt sind plausible Ansätze vorhanden; aber für uns ist der Gesetzentwurf im Moment noch nicht akzeptabel.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/24731 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der SPD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach und Busch. Stimmenthaltungen? – Das sind zwei fraktionslose Abgeordnete. Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Bericht der Vorsitzenden des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden

Gemäß § 82 unserer Geschäftsordnung ist der Vollversammlung über die Behandlung der Petitionen jeweils für die Hälfte der Wahldauer des Landtags mündlich zu berichten. Die Berichterstattung obliegt federführend der Vorsitzenden des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden. Zunächst erteile ich der Vorsitzenden des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden, Frau Stephanie Schuhknecht, das Wort.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Trotz der sehr umfangreichen Tagesordnung am Ende der Legislaturperiode ist es gute Tradition, dass sich das Hohe Haus nach fünf Jahren einen Blick zurück gönnt und sich mit den Entwicklungen im Petitionswesen beschäftigt. Zunächst aber ein ganz herzliches Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dafür sorgen, dass das Petitionswesen in diesem Hohen Hause mit Leben erfüllt wird. Damit meine ich sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien, in den Fraktionen und in den Abgeordnetenbüros als auch vor allem die Büroleiterinnen und Büroleiter sowie die Sekretariatskräfte der Ausschüsse.

Die Büroleiterinnen und Büroleiter sind die ersten Ansprechpartner für die Petentinnen und Petenten und müssen viel Frust und Wut für uns abfangen. Mein besonderer Dank geht daher an Frau Fiebig. Sie hat zwar seit diesem Jahr eine neue Aufgabe – sie ist jetzt für den Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes zuständig –, aber sie hat den Petitionsausschuss für die längste Zeit des Berichtszeit-

raums betreut und ihre Nachfolgerin, Frau Zerbian, wunderbar eingearbeitet. Sie vertritt Frau Zerbian bei Bedarf auch weiterhin als Büroleiterin.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf für mich und die Kolleginnen und Kollegen des Petitionsausschusses sagen: Liebe Claudia, die Zusammenarbeit mit dir hat wirklich Freude bereitet. Vielen Dank dafür.

(Allgemeiner Beifall)

Das Ihnen vorliegende Zahlenmaterial zum Petitionswesen wurde diesmal von einem Team aufbereitet. Herzlichen Dank an Frau Forstner und Herrn Hechenblaikner für die Vorarbeit und die Unterstützung.

Nach Corona haben viele Petentinnen und Petenten wieder den Weg ins Maximilianeum auf sich genommen bzw. auf sich nehmen müssen, um ihr Anliegen persönlich vorzustellen. Ein weiterer Dank geht daher ganz speziell an das Team der Ostpforte und vor allem an die Offiziantinnen und Offizianten, die die begrenzte Zahl von Plätzen in den Sälen managen und manchmal auch schwierige Petentinnen und Petenten im Zaum halten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie ich in meinem Zwischenbericht vom Jahr 2021 schon ausgeführt habe, hat sich der seit der 16. Wahlperiode anhaltende Trend eines konstanten Rückgangs der Petitionen in dieser Wahlperiode auf den ersten Blick nicht bestätigt. Vergleichen wir die Berichtszeiträume, stellen wir fest, wir haben in dieser Wahlperiode sogar rund 700 Petitionen mehr als in der vorherigen Wahlperiode bearbeitet. Sehen wir uns die Zahlen aber etwas genauer an, stellen wir fest, dass sich über 1.000 Eingaben direkt oder indirekt mit dem Thema Corona befasst haben. Das sehen wir auch sehr eindrücklich an der Zahl der Petitionen im Gesundheitsausschuss. Dieser hatte in der 17. Wahlperiode rund 400 Eingaben zu bearbeiten. In der 18. Wahlperiode waren es 1.100. Daran sehen wir, dass das Thema Corona dort eine große Rolle gespielt hat. Damit hat der Gesundheitsausschuss erstmals fast so viele Petitionen wie der Verfassungsausschuss bearbeitet.

Müssen wir diese Petitionen herausrechnen, um einen längerfristigen Trend zu erkennen? – Unsere Statistik schlüsselt das nicht weiter auf. Zu bedenken ist aber, dass von den rund 9.900 Petitionen im gesamten Berichtszeitraum bereits 6.000 in der ersten Hälfte des Berichtszeitraums eingegangen sind. In der zweiten Hälfte war also wieder sehr klar der Trend zu einem Rückgang der Petitionszahlen zu erkennen. Wie ist dieser langjährige Trend zu interpretieren? – Ich persönlich glaube nicht, dass die Probleme weniger oder dass die Menschen in Bayern zufriedener mit der Verwaltung geworden sind. Die Regierungsfractionen sind zu diesem eher simplen Schluss gekommen. Das kann ich verstehen. Ich glaube aber, dass der Rückgang ganz unterschiedliche Ursachen hat.

Zu diesen Ursachen gehört sicherlich auch, dass unser Petitionswesen in der breiten Bevölkerung nicht sehr bekannt ist. In dieser Hinsicht ist auch unsere politische Bildung an den Schulen noch ausbaufähig. Wir haben aber mit dem von Anja Sieber erstellten Petitionsmodul zur Fortbildung der Studienseminare in Bayern einen guten ersten Schritt getan, um unser Petitionswesen bei den angehenden Lehrerinnen und Lehrern bekannter zu machen. Das ist ein guter Schritt, den wir fortsetzen sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Petitionsplattformen im Internet sind sehr beliebt und werden rege genutzt. Diese Petitionen finden jedoch häufig nicht den Weg in dieses Hohe Haus. Zwei Drittel der Petitionen an den Landtag enden mit einer negativen Erledigung. Das bedeutet, dass der Ausschuss in diesen Fällen keinen Fehler im Verwaltungshandeln erkennen konnte. Dennoch bleiben am Ende sehr viele Petentinnen und Petenten enttäuscht und frustriert zurück, weil sie nicht verstehen, warum man ihrem Anliegen nicht Rechnung tragen konnte.

Um wieder mehr Lust auf das Petitionswesen zu machen, gehen andere Bundesländer den Weg, einen unabhängigen Bürgerbeauftragten zu installieren oder regelmäßige öffentliche Sprechstunden der Ausschüsse in den Regionen anzubieten. Manche Bundesländer haben auch eine eigene Petitionsplattform eingeführt, auf der eine Mitzeichnung möglich ist. Das alles sind Maßnahmen, die wir für die nächste Legislaturperiode vorsehen könnten. Wir haben ein großartiges System; aber alles lässt sich noch verbessern. Vielleicht können wir in der kommenden Legislaturperiode interfraktionell darüber nachdenken, wie wir unser Petitionswesen auf die Höhe der Zeit bringen.

Ich kann die Abschaffung des Streamings der Ausschüsse und damit der Möglichkeit der Petenten, sich online zuschalten zu lassen, nicht unerwähnt lassen. Aus meiner Sicht ist das ein erheblicher Rückschritt in Bezug auf Transparenz und Bürgerfreundlichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Argumente haben wir hier bereits in aller Ausführlichkeit ausgetauscht. Nachvollziehbar sind Ihre Argumente für mich und einen großen Teil der Bevölkerung draußen nicht. Die Zuschaltung von Petentinnen und Petenten hatte sich bewährt. Entgegen allen Erwartungen hat diese Möglichkeit nicht dazu geführt, dass sich eine Masse von Petentinnen und Petenten zuschalten lässt, zumindest nicht mehr, als in Präsenz anwesend sind. Die Regierungsfractionen haben den Kompromiss ausgehandelt, der die Online-Öffentlichkeit, die persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Bürgerinnen und Bürger ausschließt. Dieser Kompromiss hat dem Petitionswesen nach meiner Meinung geschadet. Die notwendige Technik wäre ja da. Das würde auch nicht mehr kosten. Wir müssten nur den privilegierten Kreis öffnen und die Öffentlichkeit wieder zulassen. Das wäre ein Leichtes.

Ich hoffe, dass in der nächsten Wahlperiode wieder mehr Mut vorhanden ist und weniger Rückwärtsgang. Wir werden an diesem Thema dranbleiben. Vielleicht schaffen wir es ja in der Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, bevor ich zum Bericht aus den einzelnen Ausschüssen komme, lassen Sie mich noch kurz einen Blick auf die Massen- und Sammelpetitionen werfen, die sich ungebrochen großer Beliebtheit erfreuen. Wir bearbeiten jede Petition, egal ob sie von einer Person oder von 50.000 Personen eingereicht wurde. Wir sehen aber, dass die Zahl dieser Petitionen immer weiter steigt. In der letzten Legislaturperiode ging es noch um die Themen "Nein zur Dritten Startbahn", "Gentechnikfreie Lebensmittel" und "Ablehnung der Ausweitung der Atomstromproduktion am AKW Gundremmingen". In dieser Legislaturperiode waren die Top-drei-Themen der Sammelpetitionen "Verbesserung der medizinischen Versorgung von genitalverstümmelten Mädchen und Frauen", "Arbeitserlaubnis für einen abgelehnten afghanischen Asylbewerber" und "Überarbeitung der Kriterien des Prüfsiegels „Geprüfte Qualität Bayern“".

Wir sehen also, dass die Themen ganz vielfältig sind. Die Gesamtzahl der Unterschriften unter diesen Massenpetitionen steigt ebenfalls immer weiter. Wir haben

inzwischen 226 Petitionen mit insgesamt 1,24 Millionen Unterschriften. Das ist bei dem insgesamt rückläufigen Trend eine Aussage, dass die allen bekannten Online-Plattformen wie Change.org oder openPetition eine deutliche Konkurrenz zu unserem verfassungsrechtlich verbrieften Petitionswesen sind.

Ich habe schon in meinem Zwischenbericht gesagt, dass wir diesen Trend nicht ignorieren dürfen, sondern uns überlegen müssen, wie wir damit umgehen. Wir dürfen uns nicht das Wasser abgraben lassen, sondern müssen stattdessen gut nebeneinander arbeiten.

Coronabereinigt reichen immer weniger Menschen Petitionen ein. Gleichzeitig erreichen uns immer mehr online gesammelte Unterschriften für einzelne Anliegen. Wir müssen uns deshalb Gedanken machen, wie wir unser Petitionssystem bekannter machen und wie wir onlineaffine Menschen zu uns bringen. Da hoffe ich, dass wir uns gemeinsam Gedanken machen.

Jetzt komme ich, bevor ich zu den Fachausschüssen komme, zu meinem eigenen Ausschuss, dem Petitionsausschuss. Wir behandeln traditionell immer ungefähr 2.700 Eingaben und sind damit der Ausschuss, der die meisten Eingaben behandelt. Die Anzahl ist konstant geblieben, auch wenn sie prozentual mit 27 % tatsächlich leicht gesunken ist.

Es gibt dabei eine sehr interessante Verschiebung der Themen: In der 16. Periode waren es noch 325 Fälle aus dem Bereich des Ausländerrechts, in der 17. Periode waren es schon 651 Fälle, und im aktuellen Berichtszeitraum waren es 913 Fälle. Das heißt, wir reden hier fast über eine Verdreifachung. Damit haben wir mit 39 % aller Eingaben bei uns das Ausländerrecht als den größten Themenblock, mit dem wir uns befassen. Das dürfte erstens mit den steigenden Asylzahlen seit 2015 zu tun haben, zweitens mit den darauffolgenden Verschärfungen, die wir im Asyl- und Aufenthaltsrecht erlebt haben, und drittens – das möchte ich an alle weitergeben – sicherlich auch damit, dass wir bekannt dafür sind, diese Fälle sehr gewissenhaft und gründlich zu bearbeiten. Ich glaube, wir haben uns an der Stelle einen guten Ruf erarbeitet.

Zu Recht ging daher die Informationsfahrt des Petitionsausschusses im vergangenen Jahr nach Griechenland und in die Türkei, da ein ganz erheblicher Teil der Petitionen von Personen gestellt wird, die über Griechenland und/oder die Türkei in die EU einreisen. Mittlerweile ist auch eine Vielzahl von türkischen Staatsangehörigen, die Furcht vor Repressionen des Erdogan-Regimes haben, aus ihrer Heimat geflohen und kommt nach Deutschland. Das haben wir auch an den Zahlen im Petitionsausschuss gesehen. Gleichzeitig sehen wir, dass die Zahlen aus dem Herkunftsland Afghanistan eigentlich auf null gesunken sind. Inzwischen ist die Türkei das Land Nummer eins.

Aus Uganda zum Beispiel hatten wir in der 17. Wahlperiode nur eine einzige Petition. Jetzt hatten wir allein schon 48. Das ist sicherlich damit zu begründen, dass dort erheblich verschärfte Gesetze gegen Homosexuelle verabschiedet worden sind. Wir haben ganz viele Fälle von Leuten, die davon betroffen sind.

Aus Sierra Leone, Nigeria und Aserbaidschan haben wir auch jeweils eine Vervierfachung gesehen. Gerade Aserbaidschan hat sich in den vergangenen Jahren zu einem totalitären Regime entwickelt, das bei Pressefreiheit und dem Thema Unterdrückung der Opposition seinem russischen Nachbarn in nichts mehr nachsteht. Insofern haben wir uns auch damit sehr viel befasst.

Seit der Einführung des sogenannten Chancen-Aufenthaltsrechts erleben wir aber im Ausländerrecht doch eine spürbare Entlastung. Wir können jetzt eine höhere Zahl an Fällen positiv erledigen. In meinem Zwischenbericht hatte ich das Innenmi-

nisterium noch dafür kritisiert, dass die Bundesgesetze oft doch sehr restriktiv angewendet werden. An der Stelle möchte ich das Innenministerium im Zusammenhang mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht und dem IMS explizit loben. Es geschehen noch Zeichen und Wunder.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Harald Schwartz (CSU))

– Ja, explizit. – Denn auch die Staatsregierung hat eingesehen, dass es einen Zustand zwischen Duldung und Abschiebung rein rechtlich gar nicht geben kann und dass man Duldungen auch rückwirkend lückenlos erteilen kann. Ich hoffe, dass sich diese Erkenntnis nicht nur beim Chancen-Aufenthaltsrecht, sondern auch bei den anderen Fällen, die wir haben, durchsetzen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das vom Bundestag nun beschlossene neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz wird mit dem Spurwechsel für im Verfahren befindliche Asylbewerber und vielen weiteren legalen Einwanderungsmöglichkeiten sicherlich noch für weitere Entlastungen des Ausschusses in diesem Themenbereich sorgen.

Der Vollständigkeit halber möchte ich noch erwähnen, dass wir in der 18. Wahlperiode immerhin 20 Petitionen an die Härtefallkommission verwiesen haben. Das sind immerhin 8 mehr als in der Vorgängerperiode. Ein besonderer Dank gebührt an dieser Stelle dem Vorsitzenden Herrn Mück, der uns immer gut unterstützt hat. In der Zusammenarbeit hat es gut geklappt. Es wird immer Fälle im Ausländerrecht geben, die durch das Raster fallen, auch mit den nun geltenden Liberalisierungen. Ich würde mir dennoch wünschen, dass sich der Ausschuss öfter zutraut, bei menschlich tragischen Fällen, für die das Gesetz keine Lösung vorgesehen hat, die Härtefallkommission in Erwägung zu ziehen und die Fälle dorthin zu übergeben. Nur die Härtefallkommission kann am Ende gewisse rechtliche Hürden überspringen und die Fälle in aller Tiefe auch über eine längere Zeit prüfen und begleiten.

Das fand ich sehr spannend: Ich habe ein Gespräch mit der Verwaltung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages gehabt. Da wurde mir berichtet, dass Bayern das einzige Bundesland ist, das Fälle von abgelehnten Asylbewerbern an den Petitionsausschuss des Bundes überweist, obgleich die BAMF-Bescheide letztinstanzlich bestätigt wären. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Praxis sollten wir doch überdenken; denn ohne den Kollegen in Berlin zu nahe treten zu wollen: Wir überschätzen offensichtlich die Möglichkeiten des Bundes und unterschätzen vielleicht unsere eigenen, die wir hier in Bayern haben. Da würde ich mir wünschen, dass wir im Zuständigkeitsbereich von Bayern gemeinsam nach Lösungen suchen und im Zweifel eben die Verweisung an die Härtefallkommission nicht scheuen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Lassen Sie mich noch kurz zu den anderen Themen im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden kommen. Wir haben knapp 25 % Petitionen, die im weitesten Sinn mit Bauordnungsrecht zu tun haben, 19 % beziehen sich auf den Strafvollzug und gut 5 % auf das Gnadenwesen. Im Bereich des Strafvollzugs sind die Eingaben nicht nur prozentual, sondern auch in absoluten Zahlen erheblich zurückgegangen, nämlich von 630 auf 450. Im Bauordnungsrecht war nach wie vor das Thema "Bauen im Außenbereich" der größte Aufreger. Coronabedingt haben wir mit 50 Ortsterminen aber nur etwa die Hälfte der Zahl erreicht, die in den vorherigen Legislaturperioden üblich war, weil wir eine lange Zeit hatten, in der keine Ortstermine stattgefunden haben. Ich denke, es wird sich aber wieder normalisieren.

Mich freut besonders, dass wir in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode zu der guten Übung zurückgekehrt sind, dem Wunsch nach einem Ortstermin einfach zu entsprechen und nicht lange zu diskutieren, sondern ihn einfach gemeinsam zu beschließen. Wenn wir vor Ort gegangen sind, haben sich die Kolleginnen aber mit Herzblut dafür eingesetzt, eine einvernehmliche Lösung zu finden. Gelungen ist es uns nicht immer, weil es oft kommunale Planungshoheit ist. Wir wissen das alle. Aber eine gewisse Befriedung kann man vielleicht doch manchmal erreichen.

Vielleicht noch eine kleine Anekdote: In guter Erinnerung ist mir der kürzlich erfolgte Besuch des Petitionsausschusses aus Brandenburg geblieben. Die haben sich eine ganze Sitzung hinten reingesetzt. Wir hatten einen niederbayerischen Landwirt, der seine Petition vorgestellt hat. Der hat mit Verve und im tiefsten Dialekt ausgeholt. Die Fragezeichen in den Gesichtern der Brandenburger wurden immer größer. Die haben überhaupt nicht mehr verstanden, um was es eigentlich geht. Wir verstehen aber alle bayerischen Dialekt. Das kann ich versichern. Wir hatten bei den Ausschussmitgliedern kein Problem, und im anschließenden Austausch haben wir erklären können, was eigentlich Sache war. Die waren dann auch ganz dankbar. Man sieht: Dialekt wird auch bei uns im Ausschuss gesprochen. Wir haben da gut zusammengearbeitet.

Blicken wir nun in die Fachausschüsse.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Was? Niederbairisch, da hinten? Der Toni, genau. – Kommen wir zum Verfassungsausschuss. In dieser Periode ist ungefähr ein Drittel mehr an Petitionen zu bewältigen gewesen, fast 1.100. Einen allgemeinen Anstieg gab es vor allem bei den Beschwerden aus dem allgemeinen Verwaltungsrecht, beispielsweise gendergerechte Sprache, Datenschutz, Feiertagsrecht, aber auch beim Staats- und Verfassungsrecht. Bei Petitionen mit dem Ziel Einbürgerung konnten auch einige Erfolge erzielt werden. Neben den Möglichkeiten für Gefangene, zum Beispiel während der Corona-Zeit zu telefonieren und zu videotelefonieren, ging es in 50 % der Fälle um Beschwerden gegen Gerichte und Ermittlungsbehörden. Da ist es einfach schwierig, etwas zu tun. Die Kollegin Vorsitzende berichtet, dass in diesem Themenfeld bei gerichtlichen Entscheidungen etliche Petitionen als unzulässig zurückgewiesen werden mussten. Ich hatte das schon in meinem Zwischenbericht gesagt: Es wäre schön, wenn die Justiz ihre Entscheidungen ein bisschen stärker erklären würde, damit die Leute dann verstehen, warum bestimmte Dinge so entschieden worden sind. Das würde auch den Druck im Verfassungsausschuss rausnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Gesundheitsausschuss – den hatte ich schon erwähnt – hat erstmals annähernd so viele Petitionen behandelt wie der Verfassungsausschuss, nämlich ebenfalls fast 1.100, 730 davon zum Thema Corona. Neben der schon genannten Massenpetition zum Thema Genitalverstümmelung hat der Ausschuss auch verschiedene andere Dinge mit Würdigung beschlossen, zum Beispiel die Petition zur Wiedereinsetzung des Labors an der Kinderonkologie in Regensburg. Aber man sieht: Der Fokus nach Corona liegt wieder deutlich mehr auf den klassischen Aspekten der medizinischen Versorgung. Ich denke, das wird sich so fortsetzen.

Aus dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport berichtet mir der Kollege, dass auch hier die Zahl der Petitionen deutlich zugenommen hat, und zwar mit einer Steigerung von auch über 50 % auf über 800 Eingaben. Leider ist es auch dort so, dass viele Petitionen in der alleinigen Zuständigkeit der Kommunen liegen und insofern meistens nur für erledigt erklärt werden können, ohne Abhilfe zu schaffen. Das Thema Straßenbau-Erschließungsbeiträge hat selbst

nach der Abschaffung der Beiträge noch sehr viele Petitionen ausgelöst. Es scheint also immer noch ein Aufreger zu sein. Die entsprechende Härtefallkommission hat lange nicht entschieden. Deswegen gab es an der Stelle ganz viele aufgestaute Fälle. Die Petition mit den meisten Unterschriften hieß "Sport ist Teil der Lösung und nicht des Problems in der Corona-Pandemie". Auch da sieht man: Das Thema Corona war in dieser Legislaturperiode einfach sehr präsent.

Die Zahl der Petitionen im Sozialausschuss ist nur leicht angestiegen. Sie waren aber auch in der ersten Hälfte sehr deutlich vom Thema Corona geprägt. In der zweiten Hälfte geht es wieder vermehrt um Themen aus dem Schwerbehindertenwesen, also speziell um die Themen Inklusion, Barrierefreiheit, aber auch um das Thema Festsetzung des Grades der Behinderung oder um die Zuerkennung sogenannter Merkzeichen, beispielsweise Behindertenparkausweise und solche Dinge. Auch Beschwerden über Jugendämter, Entscheidungen, insbesondere in Bezug auf Inobhutnahmen von Kindern, spielten weiterhin eine große Rolle.

Der neu geschaffene Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr ist mit seinen 600 Petitionen direkt auf Platz sechs der Ausschüsse gerutscht. Seine Schwerpunkte hatte der Ausschuss, wie zu erwarten, bei den Themen ÖPNV, Straßenverkehrsrecht und Ausbau von Straßen und anderen Ingenieursbauwerken. Beispielsweise seien jetzt hier die Themen 49-Euro-Ticket, Geschwindigkeitsbegrenzungen, Beschwerden über die Deutsche Bahn – da können wir uns, denke ich, alle auch unsere Geschichten erzählen – oder die Frage der Installation von E-Ladesäulen in Tiefgaragen genannt. Insgesamt gab es 35 Ortstermine. Verständlicherweise kamen die alle aus dem Straßenbau- und Verkehrsrecht. Ich denke, Infrastrukturprojekte – das wissen wir alle – sind, egal welche Größe sie haben, sehr emotional beladen, weil sie einfach diese direkte Betroffenheit vor Ort auslösen. Insofern traue ich mich zu prophezeien, dass der Verkehrsausschuss bezüglich Petitionen sicherlich weiterhin Arbeit haben wird und uns diese Arbeit nicht ausgehen wird.

Der Bildungsausschuss hat interessanterweise einen Rückgang der Petitionen um fast 15 % auf etwa 570 Eingaben zu verzeichnen, und das, obwohl schon bei meinem Zwischenbericht fast 200 Eingaben zum Thema Corona da waren. Man sieht also: Da hat es sozusagen eine Verschiebung gegeben. Thematisch berichtet mir der Kollege Gotthardt von vermehrten Petitionen zu den Themen Anerkennung von Abschlüssen und Integration geflüchteter Kinder infolge der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Obgleich das Spektrum der Themen sehr breit war, gab es beispielsweise eine Petition über die Prävention zum Erhalt der psychischen Gesundheit von Schüler*innen. Die war auch sehr prominent. Dazu gab es auch viel Berichterstattung. Tatsächlich gab es 50.000 Unterschriften. Da wurde tatsächlich Würdigung beschlossen. Ich glaube, das war für die Schüler*innen eine große Anerkennung ihres Einsatzes. Dann hatten wir noch die Themen Sicherheit und Digitalisierung von Prüfungsunterlagen und auch die Problematik von Post-COVID bei Schüler*innen. Die wurden auch in Form einer Petition behandelt.

Jetzt kommen wir zum Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes. Das ist im Übrigen mit über 87 % der Ausschuss mit der höchsten Quote an negativen Erledigungen. In dieser Legislaturperiode gab es keinen einzigen Berücksichtigungs- oder Würdigungsbeschluss. Dass auch hier die Zahl leicht auf 500 zurückgegangen ist, verwundert nicht. Der Kollege berichtet mir aber von einer Petition, bei der tatsächlich durch einen Materialbeschluss auf gesetzgeberischer Seite etwas passiert ist. Es ging dabei um die Verbesserung der Eingruppierung heilpädagogischer Förderlehrer*innen. Mittlerweile wurden dieses Berufsbild des Fachlehrers Sonderpädagogik sowie ein Modellversuch mit 24 Plätzen eingeführt. Insofern sieht man, dass auch Petitionen im gesetzgeberischen Bereich Dinge anstoßen können. Besonders kontrovers wurde im Bildungsausschuss die Petition diskutiert, die sich gegen die Erhöhung des Mindestteilzeitmaßes bei Lehrer*innen in Grund-, Mittel-

und Förderschule beschäftigt hat. Die Sicherstellung des Unterrichts an sich und dessen Qualität wogen in dieser Diskussion am Ende aber schwerer. Deswegen wurde diese Petition letztlich abgelehnt.

Der Umweltausschuss, so berichtet die Kollegin, kann einen leichten Anstieg der Petitionen vermelden. Er beschäftigt sich neben den klassischen Umweltthemen des Natur- und technischen Umweltschutzes mit der Wasserwirtschaft, beispielsweise mit der Verunreinigung von Gewässern. Da gab es einen Fall von einer Fischzucht, die ihre Ware teilweise nicht mehr verkaufen durfte, weil das Gewässer verunreinigt war. Ein Würdigungsbeschluss hat dann tatsächlich zu einer Ersatzvornahme zur Reinigung des Gewässers durch das THW geführt. Damit wurde das Verkaufsverbot aufgehoben. Insofern ist das ein Beispiel, an dem man sieht, dass etwas erreicht werden konnte. Im Zuge dieses Verfahrens konnte sogar der Verursacher ermittelt werden. Jetzt geht es um die zivilrechtliche Auseinandersetzung. Man sieht an der Stelle, dass etwas voranging. Insgesamt hat sich der Umweltausschuss mit 43 Ortsterminen ein Bild vor Ort gemacht.

Dann kommen wir zum Ausschuss für Wissenschaft und Kunst. Hier berichtet der Kollege, dass es nach wie vor sehr um das Thema Corona-Hilfen geht. Im Denkmalschutz konnte beispielsweise der Komplettabriss der Heil- und Pflegeanstalt in Erlangen verhindert werden. Jetzt gibt es eine Lösung, die der Erinnerungskultur Raum gibt und gleichzeitig Platz für eine Klinikerweiterung bietet. Eine Petition des Berufsverbands Bildender Künstler*innen konnte dank eines Berücksichtigungsbeschlusses erreichen, dass eine Galerie der Künstler*innen im Museum Fünf Kontinente verbleiben konnte. Ein langfristiger Mietvertrag wird gewährt. Das Ersatzquartier für die Sanierungszeit konnte erhalten bleiben. Auch wenn die Eingaben zum Rundfunkbeitrag – wir hatten es vorher – immer noch den größten Anteil der Arbeit im Ausschuss ausmachen, sind es mittlerweile nur noch 21 % und nicht wie in der Vorgängerperiode 51 %. Insofern sieht man da, dass sich auch etwas verändert hat.

Im Finanzausschuss geht es natürlich vor allem um persönliche Steuerangelegenheiten sowie um die Themen Grundsteuer und Bayerische Eigenheimzulage. In einer Sammelpetition forderten die Petenten gemeinsam die Abschaffung des staatlichen Kirchensteuereinzuges. Insgesamt spielen dort Petitionen aber, genauso wie im Wirtschaftsausschuss, nur eine untergeordnete Rolle.

Die Kollegin berichtet mir hier neben den Schwerpunktthemen Windkraft, Freiflächen-Photovoltaik und Stromtrassen vor allem von Petitionen, die sich über die Rückzahlung von Corona-Soforthilfen beschwerten. In der ersten Hälfte war es genau umgekehrt: Da ging es nämlich darum, dass die Hilfen gewährt werden sollen. Man sieht sozusagen: Das ist an der Stelle gespiegelt.

Der Landwirtschaftsausschuss berät schon immer über die wenigsten Petitionen, nämlich diesmal nicht mal 160. Trotzdem haben immerhin 14 Ortstermine stattgefunden; in dem Umfeld erscheint mir da aber am berichtenswertesten, dass es tatsächlich einen Feldversuch für den Landwirtschaftsausschuss gibt, nämlich den kompletten Verwaltungsvorgang rund um Petitionen elektronisch abzuwickeln. Bisher ist es so, dass man zwar die Petition online einreicht, aber man sozusagen den Beschluss und die Unterlagen per Post als Brief geschickt bekommt. Der Landwirtschaftsausschuss hat es jetzt mal probiert, alles digital zu machen. Dann braucht es keine Unterschrift mehr. Damit kommen die Beschlüsse schneller bei den Bürgerinnen und Bürgern an. Das hat sich sehr bewährt. Das ist ein begrüßenswerter Fortschritt. Nach Rücksprache mit der Hausleitung soll das in der neuen Wahlperiode für alle Ausschüsse Stück für Stück ausgerollt werden. Ich glaube, das ist auf jeden Fall eine gute Sache.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss möchte ich noch erneut darauf aufmerksam machen, dass unsere Statistik mittlerweile fast 20 % aller Petitionen nur mit dem Begriff "Sonstige Erledigung" ausweist. Da ist es natürlich schwierig, eine Einschätzung zu treffen. Mir ist bewusst, dass sehr viele Rücknahmen von Petitionen darunterfallen, die wahrscheinlich zurückgenommen worden sind, weil sich die Angelegenheit irgendwie erledigt hat. Wir erleben das öfter auch im Asylbereich, dass der Titel erteilt wurde, und da nimmt man halt die Petition zurück. In meiner Wahrnehmung schreiben aber viele Petent*innen tatsächlich schon dazu, ob sich die Sache positiv erledigt hat, wenn sie die Rücknahme machen. Insofern würde ich mir wünschen, dass zumindest für den Bereich der positiven Rücknahmen in irgendeiner Form erfasst wird, warum die zurückgenommen worden sind, damit wir einen besseren Gesamtüberblick haben.

Mein letzter Punkt zu diesem Bericht lässt mich etwas wehmütig werden. Als Vorsitzende des Petitionsausschusses muss ich mich von einigen Kolleginnen und Kollegen verabschieden, die diesen Ausschuss geprägt haben und dem Landtag in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr angehören werden. Das ist zum einen der Kollege Rüth. Er gehörte dem Ausschuss tatsächlich zwanzig Jahre an. Die Kollegin Hiersemann hat es zehn Jahre gemacht, und die Kolleginnen Franke und Regitz immerhin fünf Jahre.

Lieber Berthold, liebe Alexandra, liebe Anne, liebe Barbara, zu jedem von euch und zu eurem Engagement für die Petentinnen und Petenten da draußen könnte ich wahnsinnig viel sagen, aber es würde heute den Rahmen sprengen. Insofern schließe ich jetzt meinen Bericht und sage herzlichen Dank für eure wertvolle Arbeit und denke, das ist den Applaus des gesamten Hohen Hauses wert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Harald Schwartz (CSU) und Prof. Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin, vielen Dank. Wir kommen nun zur Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Dr. Harald Schwartz von der CSU-Fraktion.

Dr. Harald Schwartz (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal darf ich mich den letzten Worten der Frau Vorsitzenden anschließen, die einen den Zahlen nach und auch in weiteren Teilen völlig zutreffenden Bericht gegeben hat. Ich möchte mich ebenfalls bei allen Mitstreitern im Ausschuss bedanken, da wir in den allermeisten Fällen – und das sollte nicht unerwähnt bleiben – einstimmige Beschlüsse gefasst haben. Natürlich gab es in fünf spannenden Jahren auch Themen, die streitig diskutiert wurden, zu denen verschiedene Ansichten formuliert wurden. Ich darf aber festhalten, dass die meisten Beschlüsse eben durchaus einstimmig gefasst wurden.

Der Dank an die Mitarbeiter, den ich ebenso herzlich erbringen will, wie das die Frau Vorsitzende getan hat, soll ebenfalls am Anfang stehen. Ich möchte insbesondere die Mitarbeiter der Ministerien einschließen, die wir regelmäßig gerne persönlich sehen. Deren Zuschaltung – das darf ich für die kommenden Jahre schon jetzt anmerken – sollte bitte immer die Ausnahme bleiben. Wir haben regelmäßig festgestellt, dass es bei Fragen, bei Diskussionen einen Unterschied macht, ob man sich im Raum befindet, ob man kurz etwas abstimmen kann, während man über Telefon und über Zuschaltungen eine ganz andere Kommunikation hat.

(Beifall eines Abgeordneten der CSU sowie des Abgeordneten Albert Duin (FDP))

Die Fälle, die wir behandeln, sind nur im Ausnahmefall von parteiideologischen Interessen, von irgendwelchen Stellvertreterkriegen geprägt. Das lässt sich auch an den Ergebnissen ablesen.

Frau Schuhknecht, ich sehe es ein bisschen anders als Sie, das wird Sie nicht verwundern. Ich glaube, es sind 92 % der Fälle erledigt, Sie haben die Zahlen genannt. Wir unterscheiden dann feinsinnig zwischen negativ und positiv erledigt. Negativ, das hört sich nun nicht wirklich positiv an, es ist aber ein positives Ergebnis für die Verwaltung. Warum? – Weil es bedeutet, dass wir uns im Ausschuss eine Petition, eine Eingabe angeschaut haben und zu dem Ergebnis gekommen sind: Hier hat die Verwaltung, hier haben die Gerichte, hier haben die anderen Gewalten richtig gehandelt. Wir können tatsächlich attestieren – und ich sage es noch einmal: in der Regel einstimmig –, dass wir nichts daran auszusetzen haben, dass das Ergebnis genau so bleiben kann, wie das Verwaltung und Justiz für uns bereits herausgefunden haben.

Sie hatten angemerkt, dass heute weniger Petitionen eingereicht werden, wobei die Gesamtzahl mit 10.000 noch immer sportlich ist und gar nicht stark abgenommen hat. Sie sagten, dass sie etwas abgenommen hat. Wenn Sie das daran festmachen wollen, dass die Leute heute weniger informiert seien, und die politische Bildung an den Schulen als Möglichkeit sehen, dem entgegenzuwirken, würde ich die Frage aufwerfen wollen: Glauben Sie, dass vor fünf Jahren, als es noch mehr Petitionen gab, die politische Bildung an den Schulen besser war? – Möglicherweise rennen Sie bei dem einen oder anderen älteren Kollegen offene Türen ein; ich denke aber, es hat andere Gründe. Heute haben wir eine solche Vielfalt von Möglichkeiten, wie sich die Bürgerinnen und Bürger in den politischen Prozess, in die Verfahren einbringen können. Die Petition ist ein wichtiges Mittel, aber sie ist eben nicht das einzige.

Schließlich: Wir befinden uns im Vorfeld eines Wahlkampfs, der auch in diesem Haus langsam immer deutlicher zum Tragen kommt. Dabei befinden wir uns in der Gefahr, dass man parteipolitische Erwägungen, die uns allen nicht fremd sind, möglicherweise auf dem Rücken von Petenten und im Zusammenhang mit einzelnen Sachfragen austrägt. Das wird der Sache sicher nicht gerecht.

Ich schaue Frau Hiersemann an – nicht im Zusammenhang mit diesem Sachverhalt, sondern im Hinblick auf die Ortstermine. Ich habe Sie damit gar nicht gemeint, Frau Hiersemann. Aber bei dem Ortstermin, der gerade angesprochen wurde, möchte ich anmerken: Wir haben sehr gute Usancen in diesem Ausschuss. Sie wissen, weil das, wie ich glaube, einmal einen Antrag von Ihnen betroffen hat, dass wir dem zu 99 % zustimmen. Manchmal gibt es aber auch die Überlegung, ob ein Ortstermin wirklich der Sache dient oder ob man vor Ort ein bisschen mediale Resonanz erzeugen will, die der Sache nicht gerecht wird. Ich bin sehr froh, sagen zu können – und es freut mich, dass Sie vorher alle Fraktionen eingeschlossen haben –, dass auch ich das Gefühl habe, dass über die Fraktionen hinweg in den allermeisten Fällen derartige Überlegungen zumindest im Petitionsausschuss keine Rolle spielen.

(Beifall der Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU) und Albert Duin (FDP))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben viele Fälle behandelt. Ich bin ein Stück weit stolz darauf, dass wir im bayerischen Petitionsausschuss eine Handhabung haben, die es nirgendwo anders gibt. Es gibt sie, Sie haben es erwähnt, nicht im Bundestag, wo Beamte Entscheidungen vorbereiten und mit Listen abstimmen. Es gibt sie auch nicht in einem anderen Bundesland. In Bayern kann sich jeder, der in Bayern ein Anliegen hat, an uns wenden, ob er in Bayern wohnhaft ist oder nicht. Er kann sicher sein, dass seine Sache von der Regierungskoalition und

von der Opposition angeschaut wird, dass es einen Berichterstatter und einen Mitberichterstatter gibt, dass das mündlich verhandelt wird und, wenn er möchte, dass er selbst zu Wort kommt. Er kann sicher sein, dass wir uns mit seiner Sache auseinandersetzen. Das alles ist nicht selbstverständlich. Immer wieder haben Kolleginnen und Kollegen, die uns besucht haben, gesagt, sie sind verwundert, wie wir das zeitlich schaffen. Unter uns, ich bin es manchmal auch. Wir dürfen aber froh und stolz sein, dass wir in Bayern ein solches Instrument haben, um das uns andere beneiden. Wir tun gut daran, diese Tradition weiterhin hochzuhalten und das bayerische Petitionsrecht noch viele Jahre zu pflegen.

An dieser Stelle sage ich allen Beteiligten Dank, vor allem auch den Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, die es mit uns manchmal auch nicht ganz leicht haben.

(Albert Duin (FDP): Ach was!)

Ich hoffe, es geht so weiter. Der Jutta richtest du bitte einen schönen Gruß aus, Rainer. Wir sehen uns morgen. Auf viele gute weitere Jahre.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Stephanie Schuhknecht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Ich möchte noch ein paar Dinge in der Aussprache ansprechen. Lieber Herr Dr. Schwartz, beim Thema Zuschaltung hatte ich auch die Ministerien erwähnt. Ich glaube, Sie haben recht, in der Debatte mit den Mitarbeiter*innen aus den Ministerien ist es einfacher, in die Diskussion zu kommen, wenn sie persönlich da sind. Das ist momentan aber auch möglich. Sie können sich zuschalten oder sie können hereinkommen. Das, woran sich die Geister geschieden haben und noch immer scheiden, ist doch das Thema, ob die Petent*innen hereinkommen müssen. Was die Barrierefreiheit angeht, so haben wir immer wieder Leute, die nicht mehr so gut zu Fuß sind, die vielleicht in der Früh beispielsweise aus Hof extra nach München fahren. Ich glaube, es strahlt Bürgerfreundlichkeit aus, wenn wir in solchen Fällen sagen: Da muss eine Zuschaltung möglich sein. Insofern hoffe ich, dass wir da zu einer anderen Handhabung kommen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich finde es sehr nett, wie Sie den Positiv- und den Negativ-Beschluss dargestellt haben. Da sieht man nämlich, aus welcher Sicht man kommt. Für die Verwaltung ist es sicher immer positiv, wenn sie einen Sachverhalt vom Tisch und abgeschlossen hat. Für den Petenten und für die Bürger*innen ist es dann positiv, wenn wir ihr Anliegen gesehen, gewürdigt haben und im Idealfall auch Abhilfe schaffen konnten. Deshalb ist diese Unterscheidung nicht nur feinsinnig, sondern in den meisten Fällen macht es schon Sinn, diese Unterscheidung nach positiv und negativ zu treffen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zu Ihrer Frage, ob die Leute vor fünf Jahren zufriedener waren oder besser Bescheid wussten, sage ich einmal: Ich glaube, der Unterschied ist, dass es diese Online-Alternativen noch nicht in dieser Masse gab. Insofern glaube ich schon, dass das einen Unterschied macht, dass wir jetzt große Konkurrenz aus dem Online-Petitionswesen haben und vielleicht neue Überlegungen zu diesem Thema anstellen müssen.

Sie haben schon grundsätzlich gesagt – und ich sehe das ebenso –, dass wir im Petitionsausschuss ein gutes Miteinander haben. Wir haben im Sinne und zum Wohle der Petent*innen diskutiert, jedenfalls in den allermeisten Fällen. Trotzdem, Sie haben das so charmant am Schluss formuliert: Die FREIEN WÄHLER hatten es nicht immer leicht mit Ihnen. Als Oppositionspolitikerin sage ich: Wir hatten es nicht immer leicht mit Ihnen beiden, mit der CSU und den FREIEN WÄHLERN.

(Karl Straub (CSU): Oh, oh, oh, oh, oh!)

– Ja, weil wir uns schon ab und zu gewünscht hätten, dass wir im Einzelfall eine Abstimmung haben, wo nicht der Koalitionszwang besteht, wo man vielleicht auch einmal unterschiedlich abstimmt. Schließlich haben wir teilweise bei den Wortmeldungen gehört, dass es eigentlich eine unterschiedliche Sichtweise auf die Dinge gegeben hätte. Am Ende aber war die Abstimmung dann doch konform. Ich glaube, bei eher unpolitischen Einzelfällen wäre das nicht nötig. Ich glaube, es wäre demokratisch sinnvoll, das freizugeben, eben weil das Einzelfälle sind. Es muss nicht gleich eine Koalitionskrise auslösen, wenn man in einem Einzelfall unterschiedlich abstimmt. Vielleicht können wir da noch hinkommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte auf ein Ereignis hinweisen, das ist schon ein Weilchen her, aber es ist mir bei der Vorbereitung doch sehr präsent gewesen. Wir hatten eine Sitzung, da sind zwei Polizisten in Zivil in die Ausschusssitzung gekommen. Ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern. Sie hatten sich als Zuschauer in die öffentliche Sitzung gesetzt. Wir wussten von einer Anfrage am Vortag rund um einen ausländerrechtlichen Fall. Es ging darum, dass der Betroffene untergetaucht war. Dann saßen die Polizisten in der Sitzung, und wir wussten erst einmal nicht so richtig, was wir damit anfangen sollen. Nach längerer Diskussion sind wir dann in eine nicht öffentliche Sitzung und die Beamten sind wieder nach Hause gegangen, aber es ist so ein ungutes Gefühl geblieben, weil wir den Eindruck hatten, dass sie da waren, um entweder den untergetauchten Betroffenen selbst in der Ausschusssitzung anzutreffen und vielleicht gleich zuzugreifen oder vielleicht zumindest von dem Eingabesteller – nicht der Betroffene selbst war der Petent – Informationen über den Aufenthalt der Person zu erhalten.

Im Anschluss habe ich mich auch an die Präsidentin des Hohen Hauses gewandt und versucht herauszufinden, wie wir damit künftig umgehen wollen. Ich habe schon deutlich gemacht, dass unsere Kontrollfunktion, die wir aus meiner Sicht haben, erschwert wird, wenn das Damoklesschwert eines sofortigen Zugriffs sozusagen über der Ausschusssitzung schwebt. Leider war die Antwort der Präsidentin unter dem Strich ernüchternd; denn die Polizei hat bestritten, dass sie da war, um diese Informationen zu gewinnen. Sie haben gesagt, wir hätten sie zur Sicherheit des Ausschusses angefragt. – Tatsächlich ist das aus meiner Sicht schlicht die Unwahrheit.

Leider war die Polizei in dem Fall auch nicht bereit, vielleicht einen Fehler, der passiert ist, einzuräumen. Durch die Aussagen der Polizei gilt der Vorfall auch bei der Präsidentin als immer noch unaufgeklärt und hatte keinerlei Konsequenzen. Es ist auch nicht mehr wieder passiert, das muss man auch sagen, aber ich wollte diesen Sachverhalt hier einfach noch einmal darstellen, weil es uns in diesem Moment sehr beschäftigt hat, und es ist an dieser Stelle wichtig, dass es nicht noch einmal passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin dankbar für die fünf Jahre Erfahrung als Vorsitzende des Petitionsausschusses und gleichzeitig gespannt, wer diese Aufga-

be ab November dann ausfüllen darf. Mein Verständnis für die Sorgen und Nöte der Bürger*innen ist auf jeden Fall deutlich geschärft worden. – Vielen Dank für Ihre Unterstützung, vielen Dank auch an alle Kolleg*innen noch einmal an der Stelle. Damit schließe ich.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Schuhknecht. – Nächster Redner ist der Kollege Rainer Ludwig für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In Artikel 115 Absatz 1 der Bayerischen Verfassung ist geregelt, dass alle Bewohner Bayerns das Grundrecht haben, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständige Behörde oder eben an den Landtag zu wenden. Dieses Recht ist eine tragende Säule unserer parlamentarischen Arbeit; denn Demokratie bedeutet Volksherrschaft, und das ist gut so.

Seit 1946 erfüllt der Petitionsausschuss diese Aufgabe, eine der wichtigsten und ältesten Aufgaben des Freistaats. Ob nun Erwachsene oder Minderjährige, Geschäftsfähige, Behinderte oder unter Betreuung und in Pflege stehende Personen, Inhaftierte und auch Menschen, die nicht im Freistaat wohnen oder ausländischer Herkunft sind – für viele von ihnen ist eine Petition oft die letzte Möglichkeit, gehört zu werden, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen. Dies gilt auch – wie Sie, Frau Vorsitzende, gesagt haben – für bestimmte juristische Personen, für Vereine und Genossenschaften; nicht nur Einzel-, sondern auch Sammel- und Massenpetitionen finden den Weg zu uns.

Das Petitionsrecht versichert den Betroffenen, dass ihr Anliegen und das Verhalten staatlicher Institutionen nochmals genauestens unter die Lupe genommen werden. Wir behandeln in unserer Arbeit die alltäglichen Probleme, Herausforderungen, oft auch tragischen Schicksale und existenziellen Belange der Menschen in unserem Land pragmatisch. Gesetzesänderungen oder Konflikte über baurechtliche Probleme, Gnadengesuche, Ausbildungsförderungen, Schulwegkosten, nachbarschaftliche Auseinandersetzungen und Asylfragen – das ist ein wahrlich facettenreiches Spektrum. Ich darf Ihnen aber versichern: Alle Petitionen werden von uns Abgeordneten mit größter Sorgfalt akribisch geprüft und gewürdigt. Wir nehmen uns jedes Anliegens verantwortungsvoll an, und wir nehmen vor allen Dingen jeden Betroffenen ungemein ernst.

Wir geben den Petenten auch die Möglichkeit, sich vor dem Ausschuss zu äußern, nehmen Ortstermine wahr und hören anerkannte Sachverständige an. Wir erfüllen ebenso unser Kontrollrecht und unsere Kontrollpflicht gegenüber den Landesbehörden. Der Ausschuss ist somit der parlamentarische Ort, an dem Bürgernähe regelrecht gelebt und geatmet wird. Gleichzeitig dient der Petitionsausschuss aber auch als wichtiger Seismograf für unsere Gesellschaft. Wir erfahren so, wie von uns beschlossene Gesetze in der Praxis wirken.

Wir hatten im vergangenen Jahr einen Antrag der GRÜNEN mit dem Begehren, das bisherige durch ein neues Bayerisches Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz zu ersetzen. Diese Gesetzesinitiative wurde in zwei Lesungen hier im Plenum nach ausführlicher Debatte mehrheitlich abgelehnt. Wir waren der Auffassung, dass sich die aktuelle Rechtslage und auch die Praxis des bayerischen Petitionsverfahrens bewährt haben. Defizite waren und sind für uns nicht erkennbar.

Insbesondere die Forderung nach einem unabhängigen Bürgerbeauftragten unter dem Aspekt der Mediation und die Einrichtung einer eigenen unabhängigen Behörde ging für uns ein Stück zu weit. Nutzen und Mehraufwand für ein solch millionen-

schweres und unnötiges Bürokratiemonster schienen uns nicht gerechtfertigt; denn wir sehen in jeder und jedem unserer Damen und Herren Abgeordneten einen Bürgerbeauftragten. Wir alle repräsentieren unsere Bürgerinnen und Bürger. Wir haben als gewählte Volksvertreter auch die höchste Verpflichtung zur Unabhängigkeit. Das ist zumindest mein Selbstverständnis.

Meine Damen und Herren, leider können wir nicht allen Petenten helfen. Dies ist oft ernüchternd, natürlich ist es aber umso erfüllender, dass wir zielorientierte Lösungen finden und viele Eingaben im Sinne der Petenten positiv verbescheiden konnten. Deshalb möchte ich zum Schluss meinen herzlichen Dank an die beiden Vorsitzenden, Frau Stephanie Schuhknecht und Herrn Dr. Harald Schwartz, ausdrücken. Sie führen und leiten mit Übersicht, Erfahrung und Kompetenz.

Ich schätze vor allem den fraktionsübergreifenden Ansatz in diesem Gremium. Er ist auch sehr wichtig; denn es darf hier keine Parteipolitik geben. – Da muss ich Ihnen, Frau Schuhknecht, zumindest in einem Punkt widersprechen: Fraktions- oder Koalitionszwang gibt es bei uns in diesem Gremium nicht.

(Widerspruch der Abgeordneten Alexandra Hiersemann (SPD))

Wir stimmen uns stets im Vorfeld einvernehmlich ab und ringen gemeinsam um die beste Lösung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich danke auch den Abgeordneten, den Mitarbeitern des Landtagsamtes, dem Ausschussbüro und nicht zuletzt den Damen und Herren aus den Ministerien, die uns mit wertvoller fachlicher Expertise hier zur Seite stehen. Sie alle stellen sicher, dass den Menschen ein transparentes und effektives Verfahren und somit eine große Teilhabe am demokratischen Prozess ermöglicht wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Ludwig. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Recht, über Petitionen zu entscheiden, ist eine zentrale verfassungsrechtliche Kompetenz des Landtags. Zudem hat unser Petitionswesen gleichsam die Funktion eines Seismografen für all die Erschütterungen in unserer Gesellschaft. Grob geschätzt entspringt ein Viertel aller Petitionen dem Bereich des Bauwesens, ein weiteres Viertel dem Bereich der Justiz, aber bei der Hälfte aller Petitionen beschäftigen wir uns mit dem Komplex Duldung, Aufenthalt und Nachzug. Dank der Impertinenz der SPD-Kollegin kostet das dann drei Viertel der Sitzungszeit.

(Beifall bei der AfD)

Bei diesen Themen schlägt der Seismograf genauso aus, wie er es in der öffentlichen Diskussion bei den Systemmedien tut, bei den Medien der sogenannten Zivilgesellschaft, die in weiten Teilen links-grün indoktriniert sind. Aber en passant: Ihr habt die Mehrheit nicht mehr. Zumindest nicht mehr in Sonneberg, und das ist gut so, und das ist erst der Anfang.

(Beifall bei der AfD)

Dieses Gieren nach jedem nur irgendwie möglichen Nachzug, dieses Lechzen nach Duldung von allem und jedem, dieser unbedingte Wille, unseren Sozialstaat

an die Wand zu fahren, all diese Verachtung des eigenen Volkes und der vielen Menschen, die sich über Jahrzehnte hinweg gut integriert haben

(Toni Schuberl (GRÜNE): Müssen wir das noch länger ertragen?)

und hier tüchtig und erfolgreich arbeiten, all diese Verachtung kommt in den Diskussionsbeiträgen einiger weniger Ausschussmitglieder überdeutlich zum Ausdruck.

(Florian von Brunn (SPD): Gehen Sie doch rüber zu Herrn Höckel!)

Diese Kollegen verdrängen eines vollkommen: Sie verdrängen, dass selbst die Arbeit unseres Petitionsausschusses hier auf Landesebene einen erheblichen Beitrag dazu leistet, weitere sogenannte Pull-Faktoren aufzubauen. Migrationsschübe verteilen sich nämlich nicht nach Geldleistung. Sie sind in den bedeutenden Zielen durchaus vergleichbar. Migration sucht weiche Faktoren. Wo dringe ich am leichtesten in die Sozialsysteme ein? Welche Justiz gewährt mir den höchsten Kulturrabatt? Wo kann ich mich meiner Abschiebung am besten entziehen? Diese Fragen entscheiden, ob ein Land geflutet oder eben weitgehend verschont wird.

Und genau hier sind die Stellschrauben, die nicht nur das bei Abschiebungen völlig überforderte Innenministerium in die richtige Richtung drehen könnte. Auch wir als Petitionsausschuss haben die Möglichkeit, noch einige Newtonmeter an Drehmoment draufzupacken, wenn wir es denn nur wollten, nämlich nach rechts, so wie man eine Schraube anzieht, so wie ein Franz Josef Strauß seinerzeit noch gedreht hätte. Der wusste noch, dass man mit Linksgewinden keinen Staat zusammenhalten kann.

(Beifall bei der AfD)

Die Ausschusskollegen der CSU haben sich von solchen Ordnungsgedanken weit, weit entfernt und sich dabei gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN dem Sozialexperiment Einwanderungsgesellschaft bereits ergeben. Ich frage mich in jeder Ausschusssitzung aufs Neue: Wie viel Fatalismus trägt ein Mensch in sich, der, vom Volke gewählt, den Ausverkauf unseres Rechtsstaates einfach so hinnimmt?

(Florian von Brunn (SPD): Oder Nazismus! Wir fragen uns auch, wie viel Nazismus in Ihren Aussagen steckt!)

Aber es gibt auch Lob zu verteilen, lieber Kollege. Mein Dank gilt den Referenten der Ministerien, die es kompetent und täglich aufs Neue fertigbringen, auch schwierigste Themen in abgeordnetengerechte Häppchen zu packen. Meine Anerkennung gilt unserem Ausschussbüro, das seiner politischen Neutralitätspflicht immer vollumfänglich entsprach, das seiner Neutralitätspflicht immer gerecht wurde. Danke schön auch dafür. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Alexandra Hiersemann für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Alexandra Hiersemann (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es wundert mich, dass Herr Böhm glaubt, mein Verhalten im Ausschuss beurteilen zu können. Sie sind nämlich meistens nicht da, wenn Ausländer- und Asylpetitionen behandelt werden, und wenn Sie da sind, beschäftigen Sie sich mit der von Ihnen geholten Butterbrezel.

Im Bayerischen Landtag sind wir zu Recht stolz auf das System, mit dem wir Petitionen anders als im Bundestag behandeln. Es ist dargestellt worden, was für uns das Wesentliche ist, und ich kann sagen, im Wesentlichen kann man dabei auch von einem kooperativen, manchmal sogar konstruktiven Miteinander im Petitionsausschuss sprechen.

Nachdem hier aber nun so viel Lob deutlich geworden ist – den letzten Redner ignoriere ich –, möchte ich schon einige kritische Punkte ansprechen, damit ein neuer Ausschuss im neu gewählten Landtag im Herbst vielleicht das eine oder andere besser machen möge.

Wie bekannt ist, bin ich im Wesentlichen – wir haben es ja eben schon gehört – mit Petitionen aus dem Ausländer- und Asylrecht befasst – mit großer Freude, je mehr sich die AfD darüber ärgert.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Das besondere Anwesenheits- und Rederecht der Petenten, das wir in Bayern haben, bedeutet, dass man als Ausschussmitglied auch den Petenten aus diesem Bereich Respekt entgegenbringen muss.

(Beifall bei der SPD)

Petenten sind mündige Bürgerinnen und Bürger, die in einer Demokratie von ihrem verfassungsgemäßen Recht der Eingabe bzw. Beschwerde Gebrauch machen. Aber in Zeiten des Wahlkampfes, die ich anders wahrnehme als der Kollege Schwartz, wird manchmal von manchen im Ausschuss ein Machtgehabe von oben herab demonstriert, das an den Gerichtstag mittelalterlicher Fürsten erinnert. Da werden manchmal ängstliche Ausländer eingeschüchtert. Zum Beispiel wurde ein junges Mädchen zu Beginn so eingeschüchtert, dass sie ihr bis dahin vorhandenes, durchaus ordentliches Deutsch vor Angst vergessen hatte. Da wurden Vorstrafen eines Ausländers dem deutschen Petenten um die Ohren gehauen, und es wurde so getan, als ob der ehrenwerte Petent selbst ein vermeintlich Schwerstkrimineller sei, obwohl die Vorstrafen schon vor mehr als fünf Jahren getilgt waren. Es wird also gerade in Wahlkampfzeiten hin und wieder schlicht Stimmung gemacht –

(Zuruf von der AfD)

Stimmung gegen manche Petenten, seien sie Deutsche oder Ausländer, die sich doch nur dafür einsetzen, dass wir den einen oder anderen Flüchtling hier behalten, der unserem Fachkräftemangel entgegenwirken könnte.

Natürlich erwarte ich nicht, dass alle Ausschussmitglieder, Herr Kollege Straub, rechtlich tief bewandert sind und die juristischen Feinheiten eines jeden Falles durchdenken können. Das ist auch in Ordnung. Wir haben da unser persönliches Spaßchen, Herr Kollege Straub und ich. Dafür haben wir ja dankenswerterweise die Beamten und Beamtinnen aus den Ministerien, die in großer Anzahl an langen Ausschusssitzungen und ebensolchen Vorbesprechungen mit CSU und FREIEN WÄHLERN artig teilnehmen. Ihre Aufklärung – das möchte ich ausdrücklich sagen – zu Nachfragen aus dem Ausschuss ist häufig hilfreich und daher dankenswert. Natürlich wollen sie dabei die Stellungnahme ihres Hauses, die vorher erstellt wurde, verteidigen. Das ist menschlich verständlich. Das entspricht allerdings nicht immer dem, was sich dann tatsächlich im Ausschuss möglicherweise herausgestellt hat.

Stellt aber die Opposition eine Frage an die Ministerien, so kommt vonseiten einiger Beamter in schöner Regelmäßigkeit die Antwort – Zitat –: Wie der Herr oder

die Frau Abgeordnete zutreffend dargestellt hat. Das ist wohl als Aufmunterung gemeint, gilt allerdings ausschließlich den MdLs der Regierungsfractionen, übrigens auch dann, wenn diese auch einmal, was aus deren Sicht selten genug vorkommen mag, keine güldenen Worte von sich gegeben haben. Der oder die derart gelobte Abgeordnete antwortet dann zum Dank traditionell mit dem Satz – Zitat –: Die Behörde, wahlweise das Ministerium, hat nichts falsch gemacht, das wollen wir doch einmal festhalten. –Daraufhin erfolgt heftiges Nicken aller Mitglieder von CSU und FREIEN WÄHLERN. Manchmal muss man also wirklich lachen – wie über die vorhersehbaren Abläufe in Kinder-Comics.

Was mich besonders irritiert, ist, dass immer mehr Parlamentarier im Ausschuss schlicht nicht mehr wissen, wer wen zu kontrollieren hat. Ich kann mir doch nicht vom Ministerium und dessen Behörden erklären lassen, wie ich als frei gewählter Parlamentarier abzustimmen habe. Das ist das Gegenteil von Kontrolle.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, dass ein neu gewählter Landtag bzw. Ausschuss den Grundsatz der Kontrolle der Exekutive wieder klarer erkennen und ihm folgen wird.

Zum Abschluss danke ich dem geduldigen Ausschussdienst – die Namen sind genannt –, ebenso den Vertretern des Stenografischen Dienstes und unserem freundlichen Offizianten, Herrn Höhenberger. Ich danke meiner Vorsitzenden Stephanie Schuhknecht und ausdrücklich Herrn Kollegen Schwartz, der manchmal zügig und zackig – ich habe das aber sehr geschätzt – die Sitzungsführung übernommen hat.

Ein letzter Satz. In zehn Jahren Zugehörigkeit zum Petitionsausschuss war ich sicherlich keine einfache Abgeordnete, wofür ich um Verständnis bitte. Tatsächlich war es aber eben nicht meine Aufgabe, nett zu lächeln und zu winken und den Ministerien zuzuwinken, sondern im Rahmen des Rechts und manchmal auch mit der gebotenen Menschlichkeit das Bestmögliche für die Petenten und manches für Menschen in tiefster Not zu erreichen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Bravo! – Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Liebe Frau Kollegin, Sie haben uns ja jetzt schon – –!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich habe Sie noch gar nicht aufgerufen, Frau Schuhknecht,

(Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Entschuldigung!)

aber Sie sind gerne trotzdem dran. Ihre Zwischenbemerkung, bitte.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Tut mir leid. Ich hatte mich schon so aufgefordert gefühlt.

Liebe Kollegin Hiersemann, Sie haben ja den Vergleich aus zwei Perioden. Vielleicht können Sie ausführen, was sich im Laufe der Zeit im Petitionsausschuss getan hat, und uns dann sagen, was wir für die Zukunft berücksichtigen sollten.

Alexandra Hiersemann (SPD): Frau Kollegin Schuhknecht, ich meine, ein sehr wesentlicher Punkt ist tatsächlich die Verkleinerung des Petitionsausschusses wie auch des Rechts- und Verfassungsausschusses, die zu Beginn der Periode stattgefunden hat. Wir sind nur noch 14 Mitglieder für viele, viele Petitionen, die zu bearbeiten sind. Es gibt Mutmaßungen, warum man damals diese Ausschüsse verkleinert hat. Sonst hätten von großen Fraktionen – das sage ich ganz abstrakt – vielleicht manche in mehrere Ausschüsse gemusst. Ich finde das sehr bedauerlich,

und ich finde das vor allem als Signal gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ungut; denn der Petitionsausschuss ist der einzige Ausschuss, in dem ein ganz direkter Kontakt zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Parlamentariern stattfindet.

Ansonsten hat sich vieles geändert. Man sollte ihm ja gar nicht so viel Ehre antun: Vom Vertreter der AfD – sowohl vom jetzigen als auch seinem Vorgänger – kam, wenn ich Bericht erstattet habe, immer schmerzhaftes lautes Atmen. Ich fand das, offen gestanden, unangenehm – impertinent wäre jetzt nicht das richtige Wort, Herr Böhm. Herr Ludwig, ich fand es hochinteressant, dass ich kein einziges Mal gesehen habe, dass Sie beide von den FREIEN WÄHLERN anders als die CSU-Mehrheit abgestimmt hätten.

Letzter Punkt. Was sich sicher geändert hat, ist, dass von einigen Abgeordneten ein mehr als hartnäckiges Festhalten an Schwarzbauten in ihren Stimmkreisen über lange Zeit, die viel länger war als die Debatte zu Ausländerpetitionen, durchgezogen wurde. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Hiersemann. War das eigentlich Ihre vermeintlich letzte Rede, Frau Kollegin Hiersemann?

(Alexandra Hiersemann (SPD): Nein!)

– Noch nicht. Dann braucht es auch von meiner Seite aus noch keine Würdigung. Sie sind sicherlich im Laufe des Juli noch einmal dran. Okay.

Dann sind wir bei Herrn Kollegen Albert Duin für die FDP. Bitte schön.

Albert Duin (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, wieder etwas versöhnlicher zu sein. Ich muss nämlich sagen, dass ich mich im Petitionsausschuss wirklich wohlfühlt habe. Ich danke allen Referenten, die unheimliche Vorarbeit geleistet haben, auch den Offizianten und den Bediensteten und Angehörigen der Ministerien, die für mich auch viele Dinge klarer dargestellt haben. Ich danke der Vorsitzenden, die immer ein offenes Ohr hatte, und auch dem Stellvertreter, Herrn Schwartz, danke meinen Kollegen, mit denen ich viele Ortstermine gemacht habe, von denen – Gott sei Dank – sehr viele positiv ausgegangen sind. Ich danke besonders Frau Hiersemann, die mir erklärt hat, dass mein Bauchgefühl mit dem Recht manchmal nicht richtig übereinstimmt. Das habe ich ja erklärt: Dicker Bauch – da kommt natürlich ein ganz anderes Gefühl rüber, als wenn man das Gesetz sehr gut kennt. Sie haben mir oft genug erklärt, welche Gesetze da richtig anzuwenden sind.

Zum Herrn Böhm möchte ich sagen, dass er, wenn er sich auch nur einmal so geäußert hätte wie die Ausführungen, die er heute hier von sich gegeben hat, statt stillschweigend – wie gesagt – Brezen zu kauen und irgendwas zu trinken und möglichst den Mund zu halten – – Er war ein Ausfall. Der Herr Böhm war ein kompletter Ausfall.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

Die fünf oder sechs Minuten des heutigen Tages, die er zur Verfügung hatte, waren vollkommen überflüssig.

(Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Wir hatten im Petitionsausschuss ja oft genug auch Themen, bei denen wir uns hervorragend verstanden haben. Wir haben uns vorher abgestimmt. Wir haben vieles geschafft, auch bei vermeintlichen Flüchtlingen, die hier waren. Wir haben in einem Fall – wenn Ihr euch noch erinnern könnt – eine Vorabgenehmigung geschafft. Wir haben sie dann nach Madrid geschickt, weil die Botschaft dort ja quasi auf sie gewartet haben soll. Dann kommt sie zur Botschaft in Madrid, und die Botschaft in Madrid sagt, wir wissen damit gar nichts anzufangen, obwohl sie von unserer Seite die Vorabgenehmigung hatte, bei uns was zu machen. Gott sei Dank kam es zurück. Gott sei Dank haben wir es dann auch so hingekriegt. Da wundert es mich: Warum haben wir den Umweg über Madrid gemacht? Wir hätten es auch gleich hier genehmigen und vernünftig regeln können.

Ich kann mich gut erinnern: an einen Ortstermin mit Benjamin Miskowitsch. Da war vorher eigentlich klar: Der Petent hat recht. Es ging um einen Segelverein am Ammersee. Wir sind rausgefahren und haben uns dann die Sache vor Ort angeschaut. Da ist uns klargeworden, dass das alles nicht stimmt und dass die Petition falsch war. Dann konnten wir sie guten Gewissens ablehnen bzw. vor Ort zusammen mit dem Bürgermeister, der da war, einen Kompromiss finden. Das war wirklich befriedigend.

Ich muss sagen: Ich habe diesen Ausschuss jetzt viereinhalb Jahre begleitet, und ich habe es richtig gern gemacht. Ich glaube, der Petitionsausschuss macht mit die meiste Arbeit. Jeder von uns fängt da früh an; sobald er am Donnerstag die Informationen hat, fängt er an, die Sachen aufzuarbeiten, Telefonate zu führen, sich auch mal vor Ort anzuschauen, worum es denn überhaupt geht. Ich denke, dieses Engagement kann man gar nicht hoch genug einschätzen.

Nirgends kommt der Mensch dem Parlament und dem Abgeordneten so nah, kommt so direkt in Konfrontation oder Übereinstimmung wie im Petitionsausschuss. Das ist eine wunderbare Sache. Wir sind nicht irgendwelche Gestalten, die oben am Himmel schweben, sondern man kann mit uns reden. Wir gehen zu den Bürgern. Wir helfen ihnen, so gut es geht.

Manchmal geht's eben nicht, aber es war ein gutes Miteinander. Ich bedanke mich dafür. Ich habe es unheimlich gerne gemacht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Duin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann ist die Aussprache geschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt des heutigen Tages,
Tagesordnungspunkt 10:

Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)

Energieeffizienz von Flüchtlingsunterkünften durchsetzen
(Drs. 18/28434)

Ich eröffne die Aussprache. Redezeit der Fraktionen: 32 Minuten. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der zu debattierende Antrag fußt auf meiner Anfrage. Die Antwort darauf war einer Demokratie, die an Abgeordnetenrechten interessiert ist, unwürdig. Im weiteren

Schriftverkehr mit den Ministerien war der Hinweis auf die Allgemeine Geschäftsordnung für Behörden des Freistaats Bayern formal gewiss korrekt, im Effekt aber eine grobe Missachtung meines Fragerechtes als MdL.

Unser Freistaat muss sich jährlich gegen eine Migrationswelle stemmen, die Wohnraum in der Größenordnung von Amberg verschlingt, Wohnraum für 40.000 Sozialwanderer, Wohnraum, dessen energetischer Zustand nach den Regeln des Baugesetzbuches nahezu vollkommen belanglos ist. Aber den Bürgern, die hier den Laden am Laufen halten, wird aus Berlin die Graichen-Pumpe ins Heft diktiert. Brave Bürger sollen sich für ein grünes Ideologiegespinnst verschulden, sie sollen den Urlaub eindampfen und womöglich an der Bildung ihrer Kinder sparen. Dem gilt es sich zu widersetzen.

Mittlerweile geht die Gesamtzahl der Migranten, die unter den Erleichterungen des § 246 BauGB untergebracht sind, allein in Bayern in die Hunderttausende. Die meisten dieser Erleichterungen sind auf Ende 2024 befristet. Dann sollen unzählige Unterkünfte über Nacht ganz plötzlich schärfsten Standards entsprechen? – Nein, dazu wäre Bayern finanziell gar nicht in der Lage. Unser Handwerk hat zum Glück angenehmere Aufträge.

Die in den Nebel führende Antwort der Staatsregierung ist Beleg für die aus deren Sicht wohl notwendige Verschleierung der perfiden Umstände. Was Sie mit Ihrer Politik betreiben, ist nichts anderes als aktive Inländerdiskriminierung.

(Beifall bei der AfD – Zurufe der Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) und Tim Pargent (GRÜNE))

Was als sogenannter Kulturrabatt durch die bayerische Justiz geistert, ist im Bauministerium das konsequente Negieren aller energetischen Standards beim Bewältigen des migrantischen Zustroms. Bester Beweis ist die massenhafte Aufstellung der als Energieschleudern verschrienen Stahlcontainer. Energieschleudern sind diese kulturfremden Containerdörfer nicht nur im Winter, sondern auch jetzt im Sommer, da sie klimatisiert werden müssen –

(Florian von Brunn (SPD): Der Einzige, der kulturfremd ist, sind Sie, Herr Böhm!)

klimatisiert mit Strom aus toxischem Fracking-Gas, das aus den Staaten zu uns genauso hergeschippert werden muss wie alte schmutzige Steinkohle aus Südamerika. Hauptsache, unsere saubere Kernkraft wurde eliminiert; danke an Markus Söder auch gerne dafür.

Einen Vorteil haben Wohncontainer aber doch: Wir können sie jederzeit aus unseren schönen bayerischen, schwäbischen und fränkischen Dörfern auch wieder abtransportieren, abbauen, um weit außerhalb auf der grünen Wiese damit Siedlungen zu errichten. Am besten aber, wir verladen all die Container gleich in Richtung Nordafrika, um dort in Algerien, Tunesien oder sonst wo Migrationszentren zu schaffen, Zentren, denen in vielen aufgeklärten europäischen Demokratien schon lange das Wort geredet wird.

(Florian von Brunn (SPD): Mit Aufklärung haben Sie nichts am Hut, genauso wenig wie mit Demokratie! – Tim Pargent (GRÜNE): Ich würde mich schämen!)

Die wenigen Hundert, die dann einen wirklichen Grund für Asyl haben, die kann unser Freistaat auch aufnehmen und in energetisch maßvoll ertüchtigten Wohnungen unterbringen.

(Beifall bei der AfD)

Frauen und Töchter unserer wirklichen Mehrheitsgesellschaft werden sich über ein solches Augenmaß freuen. Setzen Sie sich schon heute dafür ein, indem Sie unserem Antrag zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Jochen Kohler für die CSU-Fraktion.

Jochen Kohler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich muss der Freistaat seiner Aufnahmeverpflichtung nachkommen. Natürlich ist es der Staatsregierung ein großes Anliegen, die bei uns ankommenden Menschen schnell unterzubringen und dadurch Notlagen zu verhindern bzw. abzuwenden. Und natürlich geht es aufgrund des enormen Zuzugs von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine in erster Linie darum, schnell Unterkunfts-kapazitäten zu akquirieren.

Die Akquise von Unterkünften erfolgt, wie Sie wissen, durch die Regierungen und die Kreisverwaltungsbehörden im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten vor Ort und unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Weitergehende rechtliche Einschränkungen, wie Sie sie in Ihrem Antrag fordern, würden die aufgrund des angespannten Immobilienmarktes ohnehin schwierige Akquise von Unterkünften weiter erschweren und sind daher abzulehnen.

Unabhängig von der reinen Energieeffizienzklasse hat aber auch und gerade das persönliche Verhalten Auswirkungen auf den Energieverbrauch. Daher wurde ja auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, die staatliche Unterbringungsverwaltung gebeten, die in den Unterkünften lebenden Personen – a) – für die aktuelle Situation zu sensibilisieren und – b) – über die Möglichkeiten zu informieren, wie man durch das persönliche Verhalten Energie einsparen kann.

Wir lehnen diesen Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Kohler. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ursula Sowa für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Sowa (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begründe, warum wir diesen unsäglichen Antrag ablehnen, indem ich einen Satz aus der Begründung zitiere:

Das politisch in Bund und Ländern selbstverschuldete Erfordernis, immer mehr Menschen mit vorübergehendem und auch längerfristigem Wohnraum versorgen zu müssen,

– darin schließen Sie, wie in einem Satz zuvor zu lesen ist, die 152.000 Ukrainer ein, die vor dem Krieg geflüchtet sind –

befindet sich schon prinzipiell im Widerspruch zu den Klimazielen, da jeder zusätzliche Bewohner auch zusätzliche Energie verbraucht.

Allein dieser Satz, den ich hier mit Gruseln zitiert habe, führt uns dazu, zu urteilen: Das ist perfide, menschenverachtend, respektlos, würdelos, unchristlich. Wir lehnen das ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Sowa. – Nächster Redner ist Herr Kollege Rainer Ludwig für die FREIEN WÄHLER.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich meiner Vorrednerin anschließen. Zu dem vorliegenden Antrag der AfD-Fraktion verweise ich auf die Behandlung im federführenden Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr. Der mehrheitlichen Ablehnung dort gibt es aus unserer Sicht nichts hinzuzufügen. Die AfD verfolgt einmal mehr rein populistische Ziele. Nicht nur leugnet sie grundsätzlich die Klimakrise. Im vorliegenden Fall geht es nicht um die Energieeffizienz von Flüchtlingsunterkünften. Die Antragsformulierung ist – das zeigt sich deutlich – Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit und richtet sich gegen die Asyl- und Einwanderungspolitik in unserem Land.

Ich muss Ihnen schon sagen: Es ist wirklich unerträglich und widerlich, wie die AfD hier versucht, ein Thema zu korrumpieren. Es ist ein erneuter Versuch, durch Stimmungsmache, verzerrte Fakten und Hetze Misstrauen zu säen und unsere Demokratie zu untergraben. Dieser Antrag ist aus unserer Sicht nur noch billig. Wir lehnen ihn entschieden ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Ludwig. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Inge Aures für die SPD-Fraktion.

Inge Aures (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die SPD-Fraktion lehnt diesen Antrag ab. Wir haben im zuständigen Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr darüber diskutiert. Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Aures. – Nächster Redner ist Herr Kollege Sebastian Körber für die FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Unabhängig von den ekelhaften Ausführungen, die Sie gerade gemacht haben, ist inhaltlich so viel Schmarrn drin, dass man darüber gar nicht weiter reden muss. Ablehnung! – Danke.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Körber. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen des Hauses sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenik. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich danke Ihnen für die konzentrierten Beratungen und wünsche Ihnen einen schönen Feierabend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 20:33 Uhr)

